Jahresberichte 2013

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin

Altersversorgung für die Finanzwirtschaft

BVV auf einen Blick

	2013	2012	2011	2000	1990
Anzahl					
Mitglieds-/Trägerunternehmen	745	730	728	510	427
Anwärter	347.622	345.239	343.045	294.742	221.873
Rentner	102.184	100.634	98.893	68.344	46.122
Mio. Euro					
Jahresrentenansprüche	2.518	2.515	2.508	2.522	1.607
Leistungen	623	615	591	360	137
Verlustrücklage	902	841	770	132	61
Deckungsrückstellung	23.363	22.594	21.736	13.192	5.609
Kapitalanlagen	24.193	23.306	22.478	13.465	5.653
Beitragseinnahmen	600	562	546	476	295
Betriebskostensatz[1)]	1,4 %	1,4 %	1,4 %	2,0 %	2,0 %
Laufende Vermögenserträge	825	993	887	882	412
Nettoverzinsung	3,7 %	4,4 %	3,5 %	6,5 %	6,6 %
Bilanzsumme	24.705	23.898	22.978	13.898	5.903
Gesamtüberschuss[2)]	140	259	56	417	182
Netto-Beschäftigtenzahl[3)]	180	178	177	180	199

[1)] direkte Verwaltungsaufwendungen für den Versicherungsbetrieb im Verhältnis zu den gebuchten Beiträgen

[2)] inklusive Reserveverstärkungen für gestiegene Lebenserwartung und Berücksichtigung zukünftiger Zinsverpflichtungen sowie Direktgutschriften

[3)] ohne Mitarbeiter in Ausbildung

Inhalt

Seite

Bericht des Vorstandes 2

Jahresbericht 2013 – BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin 9

Organe, Verantwortliche Aktuarin, Treuhänder, Abschlussprüfer 10
Lagebericht 12
Bilanz 26
Gewinn- und Verlustrechnung 28
Anhang 29
Anlagen zum Lagebericht 46
Weitere Angaben zum Anhang 49
Statistische Angaben zum Jahresbericht 51
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 55
Bericht des Aufsichtsrates 56

Jahresbericht 2013 – BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin 57

Organe, Abschlussprüfer 58
Lagebericht 60
Bilanz 62
Gewinn- und Verlustrechnung 62
Anhang 63
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 64
Bericht des Aufsichtsrates 65

Jahresbericht 2013 – BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin 67

Organe, Verantwortliche Aktuarin, Treuhänder, Abschlussprüfer 68
Lagebericht 70
Bilanz 74
Gewinn- und Verlustrechnung 76
Anhang 77
Anlagen zum Lagebericht 84
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 86
Bericht des Aufsichtsrates 87

Definition von Kennzahlen 88

Erläuterung wesentlicher Fachbegriffe 89

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen 91

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen 105

Bericht des Vorstandes

Herausfordernde Rahmenbedingungen

Auch im Berichtsjahr 2013 hat das nach wie vor außerordentlich niedrige und künstlich herbeigeführte Zinsumfeld die geschäftlichen Aktivitäten des BVV maßgeblich geprägt. Rückblickend haben die Kapitalmärkte in den ersten Monaten des Jahres die Hoffnung auf eine Erholung geweckt. Die Ankündigung, dass im Herbst Anleihekäufe der US-Notenbank reduziert werden könnten, führte dann jedoch im Mai zu erstaunlich kräftigen Negativreaktionen der Märkte. Eine sichere und gemessen an den Verpflichtungen hinreichende Rendite zu erwirtschaften, bleibt weiterhin überaus anspruchsvoll.

Der BVV ist wie auch andere Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung von den strukturellen Veränderungen der Verhältnisse an den Kapitalmärkten mehrfach betroffen. Dabei wirkt der hohe Rechnungszins der Vergangenheit für die lebenslangen Renten noch weit in die Zukunft, andererseits begrenzt der aufsichtsrechtliche Rahmen regulierter Pensionskassen die Flexibilität der Vermögensanlage.

Daher hat auch weiterhin die Stärkung der Finanzkraft des Unternehmens höchste Priorität. Seit nunmehr fast 105 Jahren steht der BVV für eine attraktive und stabile Versorgung seiner Mitglieder. Die Leistungsversprechen an unsere Versicherten und Rentner langfristig zu erfüllen, ist das primäre Ziel unserer Geschäftstätigkeit.

Europäische Einflüsse auf die betriebliche Altersversorgung

Überarbeitung der Pensionsfondsrichtlinie

Die Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority) hat im Juli 2013 die Ergebnisse der Auswirkungsstudie zur Übertragung der Solvency II-Prinzipien auf Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) veröffentlicht. Diese haben gezeigt, dass einheitliche europäische Regelungen auf Basis eines Holistic Balance-Sheet-Ansatzes (ganzheitliche Bilanz) die Gegebenheiten der EbAV in Deutschland nicht sachgerecht abbilden können.

Aufgrund der fehlenden belastbaren Ergebnisse aus der Auswirkungsstudie gab die Europäische Kommission im Herbst 2013 bekannt, dass der Entwurf der überarbeiteten Pensionsfondsrichtlinie die quantitativen Anforderungen von Solvency II zunächst ausklammert und sich auf Verbesserungen in den Bereichen Governance (Geschäftsorganisation) und Transparenz (Informationspflichten) beschränkt.

Damit hat die intensive Einbringung der Vertreter der EbAV sowie der Fachverbände, die sich an Politik und Öffentlichkeit wandte und an der auch der BVV maßgeblich beteiligt war, einen ersten Erfolg gezeigt, indem die Einführung neuer Eigenkapitalregeln bis auf Weiteres nicht umgesetzt wird. Für den BVV tragen die Prinzipien von Solvency II den Besonderheiten von EbAV nicht ausreichend Rechnung. Sollten die quantitativen Anforderungen für EbAV dennoch eingeführt werden, so sind die erheblichen Eigenkapitalanforderungen nach Solvency II für existierende Bestände im Ergebnis nur durch die Mitgliedsunternehmen und die Versicherten selbst mittels Leistungsreduzierungen oder zusätzlicher Beiträge zu finanzieren. Aufgrund der Größenordnung der Eigenkapitalanforderungen können hiervon existenzielle Gefahren für EbAV ausgehen. Die verkündeten Bestrebungen des nationalen Gesetzgebers, die zusätzliche Altersversorgung in Deutschland weiter auszubauen, würden damit konterkariert.

Mobilitätsrichtlinie

Die Überarbeitung der Richtlinie war im Jahr 2007 aufgrund des Vetos zahlreicher Mitgliedsstaaten wegen der geplanten Neuregelungen zur Unverfallbarkeit eingestellt worden. Im Juni hat der Europäische Rat nunmehr einen neuen Ent-

wurf vorgelegt. Darin ist das Mindestalter für unverfallbare Anwartschaften auf 21 Jahre (bislang 25 Jahre) und die Frist für Unverfallbarkeit auf drei Jahre (bislang fünf Jahre) herabgesetzt worden. Außerdem ist die Erstattung von arbeitnehmerfinanzierten Beiträgen bei Ausscheiden ohne unverfallbare Anwartschaft vorgesehen.

Auch aus Sicht des BVV sind die geplanten Änderungen kritisch zu sehen: Eine Verkürzung der Unverfallbarkeitsfristen würde zu höheren Kosten für die Arbeitgeber führen und damit die Attraktivität der betrieblichen Altersversorgung schmälern. Zur Verbesserung der Begründung und Wahrung von Zusatzrentenansprüchen muss jedoch die betriebliche Altersversorgung auf Seiten der Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer verstärkt in den Fokus rücken. Die Arbeitgeber haben die betriebliche Altersversorgung bereits vor Jahren als Instrument zur Bindung von Mitarbeitern entdeckt. Sie beteiligen sich maßgeblich an der Finanzierung dieses Modells, in dem sie Mitarbeitern für ihre Betriebstreue Zuschüsse zur betrieblichen Altersversorgung zahlen.

Einflüsse von Rechtsprechung und Gesetzgebung

Gleichbehandlung

Auf europäischer und nationaler Ebene werden derzeit insbesondere Aspekte der Gleichbehandlung diskutiert. Für den BVV sind derartige Diskussionen relevant, da sich in den Bedingungen so genannte Spätehen-, Altersabstands- sowie Altersdifferenzierungsklauseln finden, die gegebenenfalls auf den Prüfstand zu stellen sind. Diese sind allerdings nach aktueller Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) nicht zu beanstanden.

Veränderung der Versorgungsordnung

Am 12. Februar 2013 hat der 3. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) (Az. 3 AZR 636/10) entschieden, dass individualvertraglich zugesagte Versorgungsansprüche wirksam durch eine kollektive (verschlechternde) Betriebsvereinbarung abgelöst werden dürfen, wenn die Versorgungszusage eine dynamische Verweisung auf die Richtlinien in ihrer jeweiligen Fassung enthält.

Diese Entscheidung verdeutlicht, dass mittels tarifvertraglicher Regelungen die betriebliche Altersversorgung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer optimal ausgestaltet werden kann.

Gespaltene Rentenformel

Endgehaltsbezogene Versorgungszusagen werden häufig mit einer „gespaltenen Rentenformel“ zugesagt. Gehaltsbestandteile oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (BBG) werden bei der Berechnung der Betriebsrente stärker gewichtet als Gehaltsbestandteile darunter.

Anhand der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter wird die BBG jährlich angepasst. Zur Steigerung des Beitragsaufkommens hatte der Gesetzgeber jedoch im Jahr 2003 die BBG einmalig außerplanmäßig um 500 Euro erhöht (so genannter „BBG-Sprung“). Dadurch reduziert sich wegen der überproportionalen Berücksichtigung der oberhalb der BBG liegenden Gehaltsbestandteile bei einer Anrechnungszusage die Betriebsrente. Das BAG hat nun in einem Urteil vom 23. April 2013 (Az. 3 AZR 475/11) seine eigene Entscheidung vom 21. April 2009 revidiert, wonach im Wege ergänzender Vertragsauslegung der BBG-Sprung bei der Ermittlung einer Betriebsrente herausgerechnet werden müsse. Nunmehr vertritt das BAG die Auffassung, ein Anspruch auf eine höhere Betriebsrente könne nur nach den Regeln über die Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) geltend gemacht werden, was aber voraussetzt, dass die Renteneinbußen für die Betroffenen so schwerwiegend sind, dass ihnen ein Festhalten am Wortlaut der Versorgungszusage nicht zumutbar ist.

Von der außerordentlichen Erhöhung der BBG in der gesetzlichen Rentenversicherung haben die Versicherten des BVV profitiert, denn auch

die BVV-Zuwendungsbemessungsgrenze ist im Jahr 2003 deutlich gestiegen. Die weiteren Erhöhungen im BVV orientieren sich an der BBG, sodass die BVV-Renten letztendlich durch die außerplanmäßige Steigerung höher ausfallen.

Neues Kapitalanlagegesetzbuch

Am 22. Juli 2013 ist das neue Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) in Kraft getreten. Es löst das bisherige Investmentgesetz ab und setzt die europäische Richtlinie über die Verwaltung von alternativen Investmentfonds (AIFM-RL) fristgerecht in deutsches Recht um. Die für den BVV wesentlichen Bestimmungen des Investmentgesetzes wurden unverändert in das neue Gesetz übernommen. Im Nachgang wurde am 18. Dezember 2013 auch das begleitende Steuergesetz verabschiedet.

Krankenversicherung der Rentner

Zu Fragen der Krankenversicherungspflicht (KVdR-Pflicht) auf Pensionskassenleistungen soweit sie auf Beiträgen beruhen, die der Arbeitnehmer nach dem Ausscheiden beim Arbeitgeber geleistet hat, sind aktuell mehrere Verfahren beim Bundessozialgericht (BSG) anhängig. Eines dieser Verfahren (Az. B 12 KR 26/12 R) hat konkret die KVdR-Pflicht von Rentenzahlungen aus einer vom Arbeitnehmer nach dessen Ausscheiden bei einem Mitgliedsunternehmen mit freiwilligen Beiträgen in der BVV Pensionskasse fortgeführten Versorgung zum Gegenstand. Eine höchstrichterliche Entscheidung zu dieser Problematik steht nach wie vor aus und wird von den Verfahrensbeteiligten sowie allen betroffenen Rentnern weiterhin mit Spannung erwartet. Der BVV bleibt zunächst weiterhin als Zahlstelle verpflichtet, die Beiträge an die entsprechenden Krankenkassen abzuführen.

Produkte und Beratung

Bedarfsorientierte Lösungen

Auf der Grundlage von Erfahrungen aus seiner 105-jährigen Geschichte und aus dem regelmäßigen direkten Austausch mit den Mitgliedern zeichnet sich der BVV durch eine hohe Kompetenz aus. So können wir auf Basis effizienter Prozesse besonders attraktive Produkte der betrieblichen Altersversorgung anbieten. Dabei spielt die bedarfsgerechte Weiterentwicklung unserer Produkte eine große Rolle. So wurde im Jahr 2013 die Produktpalette durch einen nicht versicherungsförmigen Pensionsplan ergänzt.

Darüber hinaus wurden Angebote entwickelt, die im Bereich der ergänzenden Vorsorge kollektive Teilnahmen wie „Opting-Out“ beziehungsweise „Active-Choice“ ermöglichen. Einzelne Kunden nutzen diese Optionen bereits. Als spezialisierter Anbieter der betrieblichen Altersversorgung für das Finanzdienstleistungsgewerbe hat der BVV bereits einen sehr hohen Nutzungsgrad innerhalb der privaten Banken erreicht. Diesen Bestand gilt es zu stabilisieren. Darüber hinaus fokussiert sich der BVV darauf, Neukunden zu gewinnen und die Geschäftsaktivitäten innerhalb des gesamten Finanzdienstleistungsbereichs auszubauen.

Interne Verbesserungen

Weiterbildung und Kommunikation

Um die Kompetenz der Mitarbeiter auf dem erreichten hohen Niveau zu halten, wurden im Berichtsjahr die Schulungsmaßnahmen zur Wissensvermittlung weitergeführt und -entwickelt. Mit einer systematischen Erfassung des Weiterbildungsbedarfs ist der Grundstein für neu zu entwickelnde Schulungseinheiten gelegt. So können unsere Kunden sicher sein, jederzeit eine optimale Beratung über ihre BVV-Versorgung zu erhalten.

Eine kompetente, professionelle und zeitgemäße Ansprache unserer Kunden gehört zum Selbstverständnis des BVV. Daher wurde erstmals im November 2013 ein „Webcast“ mit ausgewählten Mitgliedsunternehmen durchgeführt. Die Verantwortlichen der Unternehmen hatten die Möglichkeit, mit den zuständigen BVV-Mitarbeitern direkt über das Internet zu kommunizieren. Die Rückmeldungen der Teilnehmer war durchgehend sehr positiv.

Im Jahr 2013 hat der BVV ein Projekt initiiert, das auf Basis der Ergebnisse der in 2012 durchgeführten Umfrage bei unseren Kunden, die Kommunikation noch zielgerichteter an den Bedürfnissen und Wünschen der Mitgliedsunternehmen, Versicherten und Rentnern ausrichten wird.

Prozessoptimierung

Die regelmäßige Überprüfung und Optimierung unserer Geschäftsprozesse ist eine wesentliche Grundlage für die effiziente Organisation des Unternehmens und gehört zu den jährlich wiederkehrenden hoch priorisierten Aufgaben. Zusätzlich sind auch im Jahr 2013 die stetig hinzukommenden verwaltungstechnischen Vorgaben umgesetzt worden.

Planmäßig sollte zum 1. Februar 2014 die Einführung des europaeinheitlichen SEPA-Verfahrens (Single Euro Payments Area) zum bargeldlosen Zahlungsverkehr in allen Mitgliedsstaaten abgeschlossen sein. Die Europäische Kommission hat diese Frist nunmehr um sechs Monate verlängert. Der BVV hatte bereits im November 2013 sämtliche maßgeblichen Geschäftsprozesse angepasst.

Angesichts weiter zunehmender Herausforderungen für die betriebliche Altersversorgung hat sich der Führungskräftekreis im abgelaufenen Jahr mehrfach mit strategischen Fragestellungen befasst, die bestehenden Zielstellungen überprüft und angepasst sowie die Planungsprozesse optimiert.

Vermögensanlage

Die Entwicklung der Konjunktur wie auch der Finanzmärkte war in 2013 global von einer zunehmenden Dispersion geprägt. In den USA hat sich der konjunkturelle Ausblick spürbar aufgehellt und prägte dort Aktien- und Anleihemarkt entsprechend positiv beziehungsweise negativ. In Europa blieb der Aufschwung recht verhalten – die Effekte an Aktien- und Anleihemärkten wirkten in der Tendenz wie in den USA, allerdings weniger ausgeprägt. In den Schwellenländern hat demgegenüber – neben „hausgemachten“ Problemen in einzelnen Ländern – die im Mai eingeleitete Diskussion um eine Drosselung der sehr expansiven Geldpolitik der US-Notenbank vielfach zu signifikanten Kursrückgängen bei Aktien, Anleihen und Währungen geführt.

Der in den Vorjahren von der Europäischen Zentralbank (EZB) eingeschlagene Weg des „ultrabilligen Geldes“ wurde fortgesetzt: Im November erfolgte eine weitere Senkung des maßgeblichen Refinanzierungssatzes auf das Rekordtief von 0,25 Prozent. Weitere Strukturreformen und erste Anzeichen einer Trendwende in den so genannten Peripherieländer in Verbindung mit der entschlossenen Haltung der EZB führten zu einer Entspannung bei der Bewertung des Risikos eines Auseinanderbrechens der europäischen Währungsunion und in der Folge zu deutlich niedrigeren Refinanzierungskosten für diese Staatengruppe und deren angeschlagenen Bankensysteme.

Konjunktur

Per Saldo war das vergangene Jahr ein Jahr der wirtschaftlichen Konsolidierung in Europa. Die Bremseffekte der notwendigen Austeritätspolitik wurden kompensiert durch die positiven Effekte der globalen konjunkturellen Entwicklung und der eingeschlagenen Strukturreformen. Insbesondere der deutliche Rückgang der Lohnstückkosten in den Peripherieländern sorgte für wachsende Wettbewerbsfähigkeit, ablesbar an verbesserten Leistungsbilanzen, und lieferte positi-

ve Impulse. Insgesamt verläuft das Wirtschaftswachstum jedoch sehr flach und ist weiterhin anfällig und auf unterstützende Maßnahmen der EZB angewiesen.

Für die USA war das abgelaufene Jahr konjunkturell zwar eher durchschnittlich, aber es zeigte sich bereits, dass für 2014 ein kräftigerer Rückenwind für die Konjunktur zu erwarten ist. Die auslaufenden Belastungen der restriktiven Budgetpolitik, die Belebung des Arbeitsmarktes und spürbar positive Einkommenseffekte für den amerikanischen Konsumenten aus den Aktien- und Immobilienmärkten waren und sind die Hauptstützen für den wirtschaftlichen Aufschwung.

Demgegenüber verzeichneten die Emerging Markets, trotz ihrer im Vergleich zu den Developed Markets immer noch höheren Wachstumsdynamik, ein vergleichsweise verhaltenes Jahr. Die Entwicklung verlief in den Ländern und Regionen nicht homogen, wobei insbesondere Lateinamerika konjunkturell eine deutliche Abkühlung erfahren musste.

Positiv überrascht hat die Entwicklung Japans. Getragen von einem weiteren großen Konjunkturpaket, ausgesprochen lockerer Geldpolitik und angekündigten Reformen hat der japanische Yen stark abgewertet und so den Aufschwung unterstützt. Ob es sich dabei nur um ein „Strohfeuer“ handelt oder dies die Basis für eine stabile Wiederbelebung ist, wird die Zukunft zeigen. Skepsis ist allerdings angebracht.

Insgesamt zeigt sich die Weltwirtschaft mit Blick auf 2014 auf einem stabileren Wachstumspfad, wobei die Diskrepanzen tendenziell anhalten.

Zinsmärkte

Das abgelaufene Jahr war in doppelter Hinsicht zweigeteilt. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen stieg zwar im Jahresverlauf per Saldo um 40 Basispunkte auf immer noch magere 1,90 Prozent an, erreichte aber mit rund 1,20 Prozent im Mai noch einmal die Tiefststände des Jahres 2012. Die Zinssätze für Anleihen der europäischen Peripherieländer spiegelten das Auf und Ab der Bundesanleihen tendenziell wider, allerdings mit einem zusätzlichen, überlagernden Trend. Als Ergebnis der eingeleiteten Reformen und der schwindenden Risikoaversion sind die Renditen in der Peripherie kräftig gefallen. Die Risikoaufschläge gegenüber Bundesanleihen haben sich je nach Laufzeit und Land um bis zu einem Prozentpunkt verringert. Sich verringernde Risikoaufschläge waren auch im Segment der Unternehmensanleihen zu konstatieren. Angesichts der Renditeerfordernisse des BVV bleibt der risikobewusste und diversifizierte Ausbau in Schuldner mit geringerer Bonität eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten, dem Niedrigzinsumfeld zu begegnen.

Bereits im letzten Jahresbericht haben wir auf die wachsende Bedeutung alternativer verzinslicher Anlagen wie Infrastruktur- und Immobilienfinanzierungen hingewiesen. In beiden Segmenten hat der BVV erste Schritte unternommen, der Markt erweist sich jedoch als weniger dynamisch und – nicht zuletzt aufgrund regulatorischer Anforderungen – schwieriger investierbar als vielfach angenommen. Eine Ausweitung der Engagements ist für 2014 absehbar, es wird aber eine geraume Zeit dauern, bis ein wesentliches Volumen im Portfoliokontext erreicht ist.

Aufgrund des nach wie vor unzureichenden Renditeniveaus von Anleihen mit höchster Bonität wird der opportunistische und breit diversifizierte Ansatz fortgeführt. Das heißt, die erreichten Investitionsgrade in Anleihen von Schwellenländern und Unternehmensanleihen werden mindestens stabil bleiben. Um die Planbarkeit der Erträge sicherzustellen, wird auf eine Balance zwischen Investments im zinstragenden Direktbestand und externen Mandaten geachtet.

Aktienmärkte

Der positive Grundton des Jahres 2012 setzte sich auch in 2013 fort. Dass einige Aktienmärkte zur Jahresmitte keine oder nur eine geringe positive Wertentwicklung aufwiesen, war nicht der

Rückkehr der Krise geschuldet, sondern der Ankündigung der amerikanischen Notenbank, die massiven Liquiditätsmaßnahmen zurückzuführen. Die Irritationen an den Kapitalmärkten waren jedoch nach dem Sommer überwunden und die Kombination aus außerordentlich niedrigen Zinsen, Unternehmensgewinnen und Konjunkturerholung ließ die Aktien zum Teil deutlich anziehen. Die Aktienmärkte der entwickelten Regionen USA und Europa wiesen mit +29,6 Prozent für den S&P 500 und +21,5 Prozent für den Eurostoxx50 TR das beste Ergebnis der letzten Jahre aus. Auch der japanische Aktienmarkt lieferte dank der Maßnahmen der Regierung und der Zentralbank ein Rekordjahr. Dagegen entwickelten sich die Schwellenländer schwach mit MSCI Asia Pacific ex Japan +0,4 Prozent sowie MSCI Latin America –16,9 Prozent. Der BVV allokiert aus Gründen der Risikosteuerung und langfristig unterschiedlicher fundamentaler Perspektiven global diversifiziert in Aktien. Der Gleichlauf mit der Wertentwicklung einzelner Märkte wie zum Beispiel dem deutschen Aktienmarkt – im Positiven wie im Negativen – ist daher nicht Ziel der Anlagestrategie.

Die physische Aktienquote des BVV betrug zum Jahresultimo 2013 4,7 Prozent. Aufgrund hoher Volatilitäten an den Aktienmärkten und restriktiver aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen verbietet sich eine signifikant höhere Aktienquote. Zudem gebieten die im Niedrigzinsumfeld aufgrund der Ertragslage beeinträchtigten Risikobudgets sowie der BaFin-Stresstest strategische, das heißt permanente Absicherungsmaßnahmen, die vor substanziellen Aktienmarkteinbrüchen schützen. Deshalb ist der Bilanzausweis lediglich eine Momentaufnahme und kein verlässlicher Indikator für eine mögliche Partizipation an der Marktentwicklung. Fakt ist aber, dass die gegebenen Rahmenbedingungen uns seit Jahren lediglich eine begrenzte Partizipation an der Entwicklung der Aktienmärkte erlauben.

Immobilienmärkte

Auf den europäischen Büroflächenmärkten haben die leicht verbesserten Konjunkturdaten für positive Impulse gesorgt. Allerdings verläuft die Entwicklung der einzelnen Märkte aufgrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen divergent. Insgesamt bleibt der Bürovermietungsmarkt auf europäischer Ebene leicht hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Das aggregierte Mietwachstum der wichtigsten Investmentstandorte fällt eher gering aus. Gleichwohl haben einige Standorte, wie beispielsweise London, erheblich an Dynamik gewonnen, was sich in einem beschleunigten Mietpreiswachstum niederschlägt. Südeuropas Büromärkte haben die zyklische Talsohle erreicht beziehungsweise stehen kurz davor – eine durchgreifende Erholung ist aktuell nicht absehbar. Europaweit nehmen die Flächenfertigstellungen leicht zu, bleiben aber auf geringem Niveau. Hierdurch zeigt sich die europäische Leerstandsquote weitestgehend unverändert. Nachgefragt werden insbesondere kosteneffiziente Flächen mit hoher Mitarbeiterdichte.

Ein sehr deutlicher Anstieg ist bei den in 2013 global gehandelten Investitionsvolumina in Gewerbeimmobilien zu verzeichnen. Das größte Wachstum fand im asiatisch-pazifischen Raum statt. Einen wesentlichen Beitrag hierzu hat der wiederauflebende japanische Markt geleistet, die Umsätze in China und Australien sind auf Rekordniveau gestiegen. Aber auch die Regionen Amerika und Europa konnten die Vorjahresvolumina übertreffen, Deutschland und Großbritannien hatten hieran einen signifikanten Anteil.

Wegen stark limitierter Verfügbarkeit attraktiver Investmentopportunitäten verfolgt der BVV den Ausbau seines globalen Immobilienportfolios ohne Fokussierung auf spezielle Sektoren oder Regionen konsequent weiter. Ziel ist es, sich weltweit ergebene Chancen flexibel zu nutzen. Hierbei liegt der Fokus auf Objekten, die nicht nur kurzfristig eine stabile und risikoarme Vermietungssituation gewährleisten, sondern deren Werthaltigkeit durch ein professionelles Asset Management weiter gesteigert werden kann.

Ausblick

Es ist davon auszugehen, dass uns das Umfeld extrem niedriger Zinsen noch geraume Zeit begleiten wird, auch wenn die Folgen der schweren Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise langsam abklingen und der konjunkturelle Ausblick auf 2014 verhalten optimistisch stimmt.

Der niedrige Zins wird allerdings angesichts der Anforderungen der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten und unserer Risikoziele beziehungsweise der regulatorischen Rahmenbedingungen die zentrale Herausforderung der kommenden beiden Jahre bleiben. Hoch priorisiert bleibt daher die Diversifikation unserer Vermögensanlage, die insbesondere Assetklassen mit planbaren Erträgen im Bereich unserer Zielrendite zu adressieren hat.

Jahresbericht 2013

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin

Aufsichtsrat

Heinz Laber *Vorsitzender*	Mitglied des Vorstandes, UniCredit Bank AG, München
Gabriele Platscher *stellv. Vorsitzende*	Vorsitzende des Betriebsrates, Deutsche Bank Braunschweig/Hildesheim
Ulrich Sieber *stellv. Vorsitzender bis 31.12.2013*	ehem. Mitglied des Vorstandes, Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Hans-Hermann Altenschmidt	Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates, Commerzbank AG, Essen
Michael O. Bentlage	Partner, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Frankfurt am Main
Edwin Echl	Mitglied des Vorstandes, SEB AG, Frankfurt am Main
Harold Hörauf *bis 30.09.2013*	ehem. Mitglied des Aufsichtsrates, Bankhaus HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf
Bettina Kies-Hartmann	Stellvertretende Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Michael Klaus	Mitglied des Partnerkreises, B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG, Frankfurt am Main
Peter König	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, UniCredit Bank AG, München
Dr. Stephan Leithner *ab 21.06.2013*	Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Annegret Oerder	Mitglied des Betriebsrates, Commerzbank AG, Köln
Dr. Hans-Walter Peters	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
Karin Ruck *bis 23.07.2013*	ehem. Mitglied des Betriebsrates, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Helene Strinja	Vorsitzende des Betriebsrates, SEB AG, Frankfurt am Main

Vorstand

Dr. Helmut Aden	Berlin
Rainer Jakubowski	Berlin

Verantwortliche Aktuarin

Katrin Schulze

Treuhänder

Michael Waage	Treuhänder
Friedhelm Dresp	stellv. Treuhänder

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berlin

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. ist eine überbetriebliche Pensionskasse in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit. Er bietet seinen Mitgliedsunternehmen betriebliche Altersversorgung als Pensionsversicherung sowie auch als Rückdeckungsversicherung für die zugesagten Leistungen der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. – der Unterstützungskasse des BVV – und des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG.

Mitglieder beim BVV Versicherungsverein sind deutsche Banken, Finanzdienstleister und diesen verbundene Dienstleistungsunternehmen, deren versicherte Mitarbeiter sowie ehemalige Mitarbeiter, die ihre Versicherung freiwillig fortsetzen. Mitglieder sind auch die BVV Versorgungskasse und der BVV Pensionsfonds.

Jeder Versicherte kann zur Ergänzung seiner betrieblichen Altersversorgung weitere Versicherungen (Entgeltumwandlung, Riester-Rente) abschließen und damit die Höhe seiner späteren Versorgung individuell bestimmen.

Gegenstand der Versicherung ist die Erbringung einer Rentenleistung nach Erreichen der Altersgrenze, bei andauernder Berufsunfähigkeit oder Erwerbsminderung sowie die Zahlung von Hinterbliebenenrenten und Sterbegeldern.

Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Beitrag zahlenden Versicherten rückläufig entwickelt. Die Anzahl der neu hinzugewonnenen Teil- und Vollmitgliedsunternehmen sowie der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen stieg wie auch die Gesamtzahl der beim BVV versicherten Mitarbeiter an. Der Zugang im Rentenbestand entwickelte sich planmäßig.

Das Berichtsjahr war erneut von herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Für die Finanz- und Ertragskraft des BVV ist die Entwicklung an den globalen Kapitalmärkten von ausschlaggebender Bedeutung. Vor dem Hintergrund des weiterhin vorherrschenden außerordentlich niedrigen Zinsniveaus und der sehr geringen Risikoprämien in den traditionellen Anleihesegmenten lassen sich derzeit nur in begrenztem Umfang Renditen im Zielkorridor des BVV erreichen. Bis auf Weiteres können zielgerechte Renditen nur unter Akzeptanz erhöhter Risiken auf dem Fundament der regulatorischen Rahmenbedingungen erzielt werden. Frühzeitige strategische Weichenstellungen und kontinuierliche Maßnahmen zur Festigung der Finanzkraft führen auch weiterhin dazu, dass der BVV für hervorragende Produkte und ein attraktives Beitrags-/Leistungsverhältnis stehen kann.

Der BVV bietet seinen Versicherten nach wie vor eine im Marktvergleich erstklassige Verzinsung, die deutlich über dem Niveau der Renditen an den Kapitalmärkten liegt.

Die langfristige Sicherung der Versichertengelder und die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungsverpflichtungen haben für den BVV gegenüber einem reinen Renditestreben höchste Priorität.

Gesamtwirtschaftlicher Überblick

Die Situation der Peripherieländer in der Eurozone hat sich im Jahr 2013 leicht gebessert, wodurch sich das Risiko aus der Staatsschuldenkrise insgesamt reduziert hat. Die rezessive Tendenz konnte somit zunächst überwunden werden. Nicht zuletzt die Senkung des Leitzinses von 0,5 Prozent auf 0,25 Prozent steigert die Investitionsnachfrage und sollte somit einen weiteren Aufschwung bewirken.

In Deutschland ist die Wirtschaft mit 0,4 Prozent zwar nicht so stark gewachsen wie erwartet, wird aber in 2014 durch die steigende Konsumnachfrage, bedingt durch den andauernden Niedrigzins eine Phase des Aufschwungs durchlaufen. Trotz des geringen Wirtschaftswachstums konnte der Arbeitsmarkt mit einem neuen Hoch von 42,2 Mio. Beschäftigten einen erneuten leichten Anstieg verzeichnen.

Neben den USA, deren Wirtschaft insbesondere durch die Abgabenerhöhungen und die Ausgabenkürzungen gebremst wurde, ist auch in China ein deutlich niedrigerer Wachstumsgrad von 7,7 Prozent zu erkennen. Daher liegt die Entwicklung der Weltwirtschaft leicht hinter den Erwartungen zu Beginn des Jahres 2013 zurück.

Für das Jahr 2014 wird ein steigendes Wirtschaftswachstum erwartet, welches nicht nur durch die sich stabilisierende Wirtschaft in der Eurozone, sondern auch durch den Aufschwung in den USA und China hervorgerufen werden sollte.

Entwicklung der Lebensversicherungsbranche

Das weiterhin anhaltende – im historischen Vergleich extreme – Niedrigzinsniveau hat dazu geführt, dass die Lebensversicherungsbranche in den Medien verstärkt in die Kritik gerät. Jüngste Berichte über die „Notlage“ von Lebensversicherern wurden sowohl vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft wie auch vom Finanzausschuss des Bundestages als schlichtweg falsch und verantwortungslos bezeichnet. Fest steht, dass erhebliche Belastungen aus der Dotierung der Zinszusatzreserve für die gesamte Lebensversicherungsbranche entstanden sind.

Die Bemühungen der Versicherungsbranche, über Gesetzesänderungen die hälftige Ausschüttung der aufgrund der Niedrigzinsphase hohen Bewertungsreserven zu reduzieren, scheiterten im Vermittlungsausschuss des Bundestages und Bundesrates. Gleichwohl sieht das Finanzministerium, dass durch die auch im Jahr 2013 vergleichsweise hohen Ausschüttungen der Bewertungsreserven eine Verschlechterung der künftigen Risikotragfähigkeit der Lebensversicherer entstehen wird. Regulierte Pensionskassen wie der BVV, die nach Eintritt in den Ruhestand lebenslang Rentenzahlungen leisten, sind von dieser Herausforderung nicht betroffen.

Da in anhaltenden Niedrigzinsphasen gerade bei Rentenversicherungen die Lücke zwischen den langfristigen Zinsgarantien von bis zu 60 Jahren sowie den Laufzeiten verfügbarer Kapitalmarktinstrumente immer stärker zum Tragen kommt, haben etliche Versicherer ihre Produktpalette erweitert und neue Tarife (mit eingeschränkten Garantien oder auch ganz ohne diese) auf den Markt gebracht. Auch der BVV stellt sein Produktangebot vor dem Hintergrund der dauernden Erfüllbarkeit der Leistungsverpflichtungen in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand.

Der Stresstest 2013, den die BaFin zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 durchgeführt hat, bestätigt die Risikotragfähigkeit der deutschen Versicherungswirtschaft. Wie im Vorjahr haben sämtliche Lebensversicherungsunternehmen den Stresstest bestanden. Dies gilt auch für den BVV und die große Mehrheit der Pensionskassen.

Entwicklungen in der betrieblichen Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung hat in Deutschland eine lange und erfolgreiche Tradition. Dabei gehört sie gemeinsam mit der privaten Altersvorsorge sowie der gesetzlichen Rente zu den Trägern der Alterssicherung. Zurzeit nutzt nur jeder dritte Mitarbeiter die Möglichkeit der Gehaltsumwandlung im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung, obwohl die Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf der Hand liegen und der Versorgungsgrad der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzliche Alterssicherung erfordert. Die betriebliche Altersversorgung hat sich bereits in der Vergangenheit mit ihren kollektiven Vorteilen als effizientes Modell für den Aufbau einer ergänzenden Altersvorsorge erwiesen. Hier gilt es den Hebel anzusetzen und sowohl die Firmen als auch ihre Mitarbeiter verstärkt für zukunftsträchtige Lösungen zu sensibilisieren.

Durch die Reformen der letzten Jahre wird sich das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig um ca. 20 Prozent reduzieren. Die aktuellen Zahlen der Deutschen Rentenversicherung Bund veranschaulichen die Notwendigkeit für eine zusätzliche Vorsorge. Das durchschnittliche Rentenniveau der Standardrente beläuft sich

bereits heute auf lediglich 44,6 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Die derzeitige monatliche Durchschnittsrente liegt für Männer bei 1.005 Euro und für Frauen bei 685 Euro.

Um den Bewusstseinswandel zugunsten einer zusätzlichen Absicherung des Lebensstandards im Alter zu beschleunigen, werden derzeit in der Branche unterschiedliche Ansätze diskutiert, wobei auch eine verpflichtende betriebliche Altersversorgung zur Sprache kommt. Ein Blick auf andere europäische Länder wie beispielsweise die Niederlande oder die Schweiz zeigt, dass die verpflichtende Gestaltung einer betrieblichen Altersversorgung oder die Implementierung von so genannten Opting-Out Mechanismen, sei es durch Festlegung per Gesetz (Schweiz) oder Tarifvertrag (Niederlande), zu einer signifikanten Verbesserung in der Altersabsicherung der Bevölkerung führen kann.

Eine alternative Vorgehensweise zum Ausbau einer zusätzlichen Altersvorsorge ist die Verankerung von zusätzlichen kapitalgedeckten Vorsorgelösungen in Tarifverträgen. Beispielgebende Ansätze hierfür gibt es unter anderem in der chemischen Industrie.

Wirtschaftsbericht

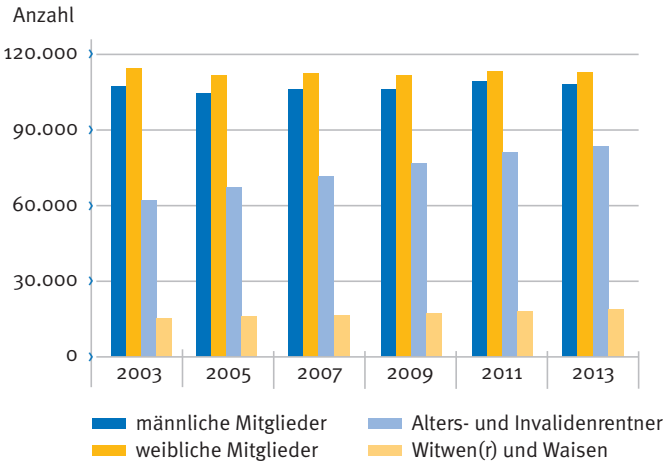
Jahresabschluss, Überschuss, Gewinnquellen

Aus dem Überschuss des Geschäftsjahres von 63,4 (72,5)[1] Mio. Euro wurden 61,7 (70,8) Mio. Euro in die Verlustrücklage eingestellt und 1,7 (1,7) Mio. Euro als Direktgutschriften ausgeschüttet. Ein zusätzlicher Betrag von 76,8 (186) Mio. Euro konnte für die Verstärkung der Zinsreserve in die Deckungsrückstellung eingestellt werden. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde wie im Vorjahr nicht dotiert. Das Zinsergebnis aus der Kapitalanlage war infolge des anhaltenden extremen Niedrigzinsniveaus wie im Vorjahr rückläufig und reduzierte sich um 84,7 Mio. Euro auf 687,9 (772,6) Mio. Euro. Die Investmentfondserträge sanken ebenfalls um 81,3 Mio. Euro auf insgesamt 133,3 (214,6) Mio. Euro. Die außerordentlichen Erträge stiegen hingegen um 23,0 Mio. Euro auf insgesamt 103,4 (80,4) Mio. Euro. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen gingen hauptsächlich dank der um 12,2 Mio. Euro geringeren Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen um 15,8 Mio. Euro auf 59,9 (75,7) Mio. Euro zurück. Das Gesamtergebnis der Kapitalanlage entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem infolge des anhaltenden außerordentlich niedrigen Zinsniveaus um 129,8 Mio. Euro rückläufig.

Bestandsentwicklung

Die Anzahl aller Anwärter, die direkt oder über die Rückdeckungsverträge mit der BVV Versorgungskasse sowie dem BVV Pensionsfonds bei uns versichert sind, hat sich wie auch die Anzahl aller Leistungsempfänger im Berichtsjahr erneut erhöht. Einschließlich beitragsfrei Versicherter hatte der BVV 347.622 (345.239) Anwärter und 102.184 (100.634) Rentner. Einzelheiten können den Übersichten auf den Seiten 46 ff. entnommen werden.

Entwicklung des Bestandes der beitragspflichtigen Versicherten und der Rentner



[1] Angaben in Klammern jeweils Vorjahreszahlen

Pflichtversicherungen

Unter Berücksichtigung der über die Rückdeckungsverträge bei dem BVV angemeldeten Mitarbeiter ist die Gesamtzahl der Pflichtversicherten gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Die in Rückdeckung genommenen Neuanmeldungen bei der BVV Versorgungskasse betreffen vornehmlich Versicherungsabschlüsse im Neutarif RN.

Freiwillige Versicherungen

Die Anzahl der Weiterversicherungen ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen.

Der Bestand an Versicherungen im Tarif ARLEP (Altersrententarife) betrug zum Abschlussstichtag 81.025 (73.813).

Zahlenangaben zum Bestand der freiwilligen und der Zusatzversicherungen sind auf den Seiten 46 bis 48 abgedruckt.

Leistungsempfänger

Der Rentenbestand entwickelte sich stetig. Am Ende des Berichtsjahres wurden 70.728 (69.740) Altersrenten, 12.583 (12.453) Invalidenrenten und 18.873 (18.441) Hinterbliebenenrenten gezahlt. Die Inanspruchnahme von Altersrenten vor Vollendung des 65. Lebensjahres (vorgezogene Altersrente) ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen nach zum Teil deutlichen Rückgängen in den Vorjahren in 2013 wieder leicht angestiegen.

Vorgezogene Altersrente

	Anspruchs-berechtigte	Tatsächliche Inanspruchnahme
Anzahl der beitragszahlenden Versicherten		
Männer Jg.: 1948-1950	2.050	978
Frauen Jg.: 1948-1952	1.802	430

Angaben zum Bestand der Leistungsempfänger sind auf den Seiten 52 bis 54 abgedruckt.

Mitgliedsunternehmen

Am 31. Dezember 2013 waren 745 (730) Unternehmen Vollmitglied im BVV. Diese Unternehmen melden alle Mitarbeiter, denen sie eine Versorgungszusage geben, bei dem BVV Versicherungsverein oder der BVV Versorgungskasse an.

Im Berichtsjahr wurden 28 (18) neue Unternehmen für die Vollmitgliedschaft im BVV gewonnen. Gleichzeitig haben 13 (16) Unternehmen zumeist durch Verschmelzungen ihre Mitgliedschaft beendet.

Im Jahr 2013 haben sich 21 (23) Unternehmen entschlossen, die durch Entgeltumwandlung finanzierte betriebliche Altersversorgung ihrer Angestellten beim BVV durchzuführen. Dafür haben sie die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV Versicherungsverein oder in der BVV Versorgungskasse erworben. Demgegenüber haben im Berichtsjahr 9 (3) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV zumeist wegen Unternehmensfusion beendet. Insgesamt bestand am 31. Dezember 2013 für 366 (354) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV.

Eine Aufstellung aller Mitglieds- und Trägerunternehmen sowie der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen ist auf den Seiten 91 ff. abgedruckt.

Beiträge

Die Beitragseinnahmen stiegen um 38,2 Mio. Euro auf 600,1 (561,9) Mio. Euro. In diesem Betrag sind die von der BVV Versorgungskasse gezahlten Rückdeckungsbeiträge in Höhe von

Bestand der Pflichtversicherten

	Direktgeschäft		Rückdeckungsgeschäft		Gesamtgeschäft
	Alttarif DA	Neutarif DN	Alttarif RA	Neutarif RN	
Anzahl am 31.12.2013	12.692	15.062	66.125	59.339	153.218
Anzahl am 31.12.2012	13.980	12.366	68.830	59.749	154.925

348,7 Mio. Euro sowie die Einmalbeiträge des BVV Pensionsfonds von 26,8 Mio. Euro enthalten. Der Beitragsanstieg von 6,8 Prozent ist hauptsächlich auf die um 23,9 Mio. Euro erhöhten Einmalbeiträge des BVV Pensionsfonds zurückzuführen. Ferner sind die Einmalbeiträge aus dem Versorgungsausgleich bei Ehescheidung von 18,4 Mio. Euro auf 25,6 Mio. Euro angestiegen.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die laufenden Erträge sanken im Berichtsjahr auf 824,7 (993,3) Mio. Euro. Unter Einbeziehung von realisierten Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 103,4 (80,4) Mio. Euro ergaben sich Gesamterträge von 928,1 (1.073,7) Mio. Euro. Die durchschnittliche Verzinsung des Kapitalanlagebestandes betrug 3,4 (4,3) Prozent. Unter Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses wurde eine Nettoverzinsung von 3,7 (4,4) Prozent erreicht.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

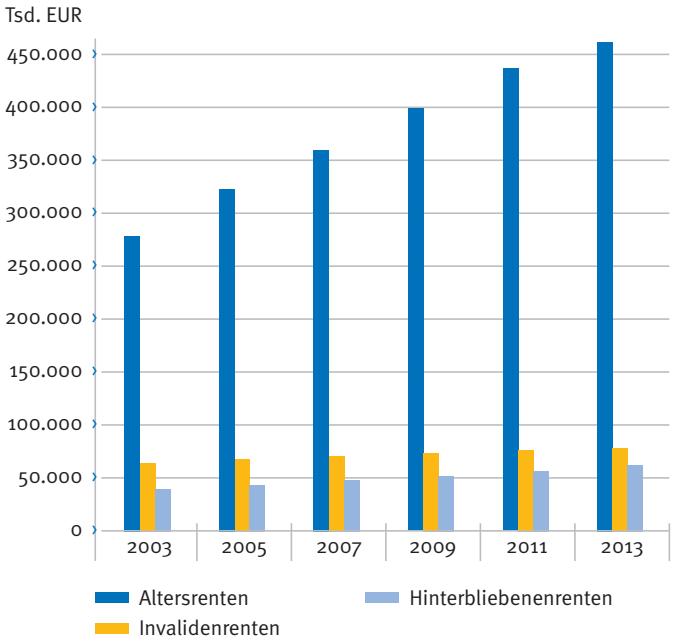
Die laufenden Aufwendungen sanken im Berichtsjahr auf 8,4 (12,0) Mio. Euro. Unter Einbeziehung von Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 51,5 (63,7) Mio. Euro ergaben sich Gesamtaufwendungen von 59,9 (75,7) Mio. Euro.

Leistungen

Die gesamten Versicherungsleistungen sind von 615,2 Mio. Euro auf 623,5 Mio. Euro gestiegen. Die Erhöhung des Aufwandes um 8,3 Mio. Euro ist mit dem planmäßigen Anstieg der laufenden Rentenleistungen zu erklären. In den gesamten Versicherungsleistungen sind über die BVV Versorgungskasse sowie über den BVV Pensionsfonds gezahlte Leistungen in Höhe von 53,1 Mio. Euro enthalten.

Gezahlte Versicherungsleistungen nach Rentenarten

(Renten mit Vorjahreszahlungen und Regulierungsaufwendungen einschließlich Überschussbeteiligung)



Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten sind wie in der Lebensversicherungswirtschaft als „Verwaltungsaufwendungen für den Versicherungsbetrieb“ ausgewiesen. Mit 1,4 (1,4) Prozent der Beitragseinnahmen blieb der Verwaltungskostensatz im vierten Jahr in Folge auf konstant niedrigem Niveau. Er liegt damit nachhaltig deutlich unter dem Durchschnitt der Lebensversicherungsbranche.

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis ist hauptsächlich durch die Erträge aus Dienstleistungsverträgen sowie durch Zinsaufwendungen für Nachrangdarlehen, Gemeinkosten für das Unternehmen als Ganzes sowie Zinsaufwendungen für langfristige Personalrückstellungen gekennzeichnet. Es betrug zum Bilanzstichtag –16,9 (–16,7) Mio. Euro.

Kapitalanlagen

Das Jahr 2013 stand im Zeichen der abflauenden Nachwirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, der eingeleiteten Kursänderung der amerikanischen Notenbank sowie starker Divergenzen in der Entwicklung an den Finanzmärkten der etablierten Industrieländer gegenüber den sich entwickelnden Volkswirtschaften (Emerging Markets).

Auch wenn sich das weltwirtschaftliche Wachstum verhältnismäßig robust gezeigt hat, dominierte an den Zinsmärkten nicht das fundamentale Umfeld, sondern die Aktivität der Notenbanken. Ob USA, Japan oder Europa, die Zentralbanken unterstützen die wirtschaftliche Lage mit nahezu unbegrenzter Liquidität für die Banken. Somit ergab sich kein Umfeld, in dem sich kurzfristige Renditen signifikant aufwärts bewegen konnten mit der Folge einer deutlich steileren Zinskurve. Im Frühjahr des Berichtsjahres wurden die Tiefstände des Jahres 2012 für zehnjährige Bundesanleihen bei rund 1,20 Prozent nochmals erreicht, um sich von dort langsam aufwärts zu bewegen. Die zum Jahresende erreichten rund 1,90 Prozent stellen vor dem Hintergrund der Anforderungen unserer Versicherten einen immer noch unzureichenden Wert dar, sodass eine weitergehende Diversifikation des Anlageportfolios notwendig war und ist.

Die Entwicklung an den internationalen Aktienmärkten zeigt ein in mehrfacher Hinsicht zweigeteiltes Bild. Einerseits verlief das Jahr 2013 per Saldo positiv (als Beispiel Eurostoxx50 TR Index +21,5 Prozent), andererseits waren zur Jahresmitte aufgrund konjunktureller Unsicherheiten und Sorgen über die nachlassende Unterstützung der amerikanischen Notenbank die Märkte teilweise nahezu unverändert (Eurostoxx50 TR +1,1 Prozent). Des Weiteren gab es eine Zweiteilung der Wertentwicklung zwischen den entwickelten Volkswirtschaften beziehungsweise Developed Markets und den Emerging Markets. Waren letztere die Treiber der vergangenen Jahre, schlug in 2013 das Pendel um und bescherte den entwickelten Ländern trotz nach wie vor deutlich geringerer Wachstumsraten erheblich höhere Kurszuwächse. Wie in den Vorjahren nutzte der BVV den bewährten Schutz eines Optionsoverlays, der im Jahresverlauf taktisch variiert, aufgrund der hohen Unsicherheit aber niemals gänzlich aufgegeben wurde. Die damit verbundene Versicherungsprämie führte – wie auch das aufgrund der Systematik des BaFin-Stresstests seit Jahren relativ geringe Engagement in Aktien – naturgemäß zu einer unterdurchschnittlichen Teilnahme an der Marktbewegung.

Die Diversifikationsstrategie des BVV wurde auch in 2013 konsequent fortgesetzt. Die Strategische Asset Allocation des BVV änderte sich dahingehend, dass Infrastruktur als Anlageklasse sowohl im Rahmen von Eigenkapitalbeteiligungen als auch auf dem Weg von Fremdkapitalfinanzierungen neu besetzt wurde. Diversifikation ist jedoch kein Selbstzweck, jede Anlageklasse wird immer wieder hinterfragt und analysiert und wann immer es opportun erschien, wurde die Chance genutzt, im klassischen Anleihesegment zu investieren und damit die kalkulierbare Zinsbasis des Portfolios zu stärken. Dennoch hat sich der Direktbestand zinstragender Investments aufgrund des extremen Niedrigzinsniveaus rückläufig entwickelt, was die Planbarkeit der Kapitalerträge beeinträchtigt.

Zusammensetzung der Kapitalanlagen in Prozent

	2013	2012
Investmentanteile	35,0	33,5
Namensschuldverschreibungen	29,9	32,1
Schuldscheinforderungen	19,9	23,1
Festverzinsliche Wertpapiere	12,0	10,2
Einlagen bei Kreditinstituten	3,0	0,8
Grundstücke und Hypotheken	0,2	0,2
Beteiligungen	–	0,1

Der Bestand der indirekt über Fonds gehaltenen Immobilien beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 5,7 Prozent des Gesamtvermögens. Neben der klassischen Anlage in Immobilien rückte in 2013 die Finanzierung von Immobilien in den Anlagefokus. Für das kommende Jahr plant der BVV, dieses Segment weiter auszubauen.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung bildet die notwendige Reserve, um die laufenden und zukünftigen Verpflichtungen aus dem Direkt- und dem Rückdeckungsgeschäft unter Berücksichtigung der noch zu zahlenden Beiträge und der Verzinsung zu erfüllen. Zum 31. Dezember 2013 erhöhte sich die Deckungsrückstellung gegenüber 2012 von 22,594 Mrd. Euro um 3,4 Prozent auf 23,363 Mrd. Euro. Hierin sind 11,8 Mio. Euro zur Deckung der Anpassungszuschläge 2014 enthalten. Zur Stärkung der Reserven im Zinsbereich wurde ein Betrag von 76,8 Mio. Euro zurückgestellt.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Die Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist auf Seite 40 dargestellt.

Aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung werden Anpassungszuschläge für unsere Versicherten und Rentner finanziert. Die Summe der jährlichen Anpassungszuschläge ergibt eine Überschussrente, die unbefristet zusätzlich zu der bedingungsgemäßen Rente (Stammrente) gezahlt wird.

Für das Jahr 2015 wurden die Überschussanteile unverändert belassen.

Die genauen Angaben sind den Tabellen auf den Seiten 49 und 50 zu entnehmen.

In der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind 16,4 (12,6) Mio. Euro für den Anpassungszuschlag für das Jahr 2015 gebunden.

Verlustrücklage

Die Verlustrücklage beträgt 902,5 (840,7) Mio. Euro. Die steuerfreie Dotierung des Berichtsjahres von 61,7 Mio. Euro ist angesichts des außerordentlich schwierigen Kapitalmarktumfeldes ein weiterer bedeutender Schritt zur Stärkung der Finanzkraft und dient zur notwendigen Stabilisierung der geforderten Eigenkapitalausstattung. Die Eigenkapitalquote des BVV unter Hinzurechnung der Nachrangdarlehen sowie der ungebundenen Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant und beträgt im Verhältnis zur Deckungsrückstellung 5,2 Prozent.

Liquidität

Die Finanzlage des BVV ist durch eine ausreichende Liquidität in Form von Barmitteln sowie jederzeit veräußerbaren Wertpapieren gekennzeichnet. Liquiditätsengpässe, die infolge einer unzureichenden Marktliquidität der Kapitalanlagen oder aufgrund erhöhter Zahlungsanforderungen auftreten können, sind für den BVV nicht zu erwarten. Insgesamt stehen zum Bilanzstichtag Einlagen bei Kreditinstituten und laufende Guthaben in einer Gesamthöhe von 711,4 (191,1) Mio. Euro zur Verfügung.

Prognosebericht

Das Berichtsjahr 2013 war erneut von herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt und stand im Zeichen der abflauenden Nachwirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Angesichts des weiterhin vorherrschenden außerordentlich niedrigen Zinsniveaus verbunden mit sehr geringen Risikoprämien in den traditionellen Anleihesegmenten sowie extremer Abweichungen in der Entwicklung der Developed und Emerging Markets können kaum adäquate Renditen im Zielkorridor des BVV erzielt werden. Insgesamt ist festzustellen, dass die anspruchsvollen Überschussziele des Jahres 2013 nicht erreicht wurden. Dieses Ergebnis spiegelt sich daher auch in den Steuerungskennzahlen des BVV wider. So lagen die Erfolgskennziffern der Kapitalanlage zum Teil unter den Vorjahreswerten. Im Gegenzug dazu konnten die Verwaltungskostenquote stabil gehalten und die Beiträge sogar deutlich gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote blieb im Zuge der planmäßigen Dotierung der Verlustrücklage sta-

bil. Die Verstärkung der pauschalen Zinszusatzreserve lag jedoch unterhalb des Jahresziels.

Für das Geschäftsjahr 2014 erwartet der BVV keine nachhaltige Verbesserung an den Kapitalmärkten. Eine Zinswende scheint nicht in Sicht und auch die Ertragszuwächse an den Aktienmärkten werden nicht in dem Ausmaß der vergangenen Geschäftsjahre zu erreichen sein. Für die Kapitalerträge, die Nettoverzinsung und die Durchschnittsverzinsung prognostizieren wir deshalb größenordnungsmäßig Ergebnisse auf dem Niveau des Jahres 2013.

Die Verwaltungskosten planen wir unverändert konstant auf dem Niveau des Jahres 2013. Gleiches gilt für die Beitragseinnahmen aus dem Direktgeschäft des BVV Versicherungsvereins sowie die Rückdeckungsbeiträge der BVV Versorgungskasse. Im Rahmen des Pensionsfondsgeschäfts erwartet der BVV leicht positive Effekte. Angesichts dieser Prognosen bleiben positive Entwicklungen vor allem im beitragszahlenden Versichertenbestand unser erstrangiges Ziel. Der BVV plant weitere Unternehmen für seine attraktiven Versorgungsangebote zu gewinnen.

Die Eigenkapitalquote soll trotz stark steigender Deckungsrückstellungen auf stabilem Niveau gehalten werden. Zielsetzung ist ferner eine gegenüber dem Jahr 2013 gesteigerte Zinsreserveverstärkung.

Insgesamt geht der BVV für das kommende Jahr von einem Gesamtüberschuss in der Größenordnung des Jahres 2013 aus.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Risikobericht

Risikomanagement

Das im BVV installierte Risikomanagement ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es dient der frühzeitigen und vollständigen Identifikation, Analyse, Bewertung, Überwachung und Steuerung von bestandsgefährdenden Risiken oder von Entwicklungen, die zu bestandsgefährdenden Risiken führen könnten. Die Verantwortung für die Identifikation, Beschreibung, Messung und Bewertung der Einzelrisiken ist dezentral bei den Fachbereichen des BVV angesiedelt. Das zentrale Gesamtrisikomanagement verantwortet das implementierte Risikomanagementsystem, dessen Pflege und Weiterentwicklung. Es hat die Aufgabe, nach Sammlung, Plausibilisierung und Aggregation der Einzelrisiken die Gesamtrisikolage des BVV zu bewerten, zu überwachen und darüber zu berichten.

Die Gesamtrisikolage wird im Rahmen einer unternehmensweit durchgeführten jährlichen Risiko-Inventur auf der Grundlage von Prognosen der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadenpotenzials ermittelt. Über wesentliche Risiken wird monatlich berichtet. Es existiert ein im Unternehmen implementiertes Ad-hoc-Reporting bei kurzfristigen, schwerwiegenden Änderungen der Risikosituation.

Als zentrales Element des Risikomanagements im BVV ist ein Asset-Liability-Management (ALM) eingerichtet. Ziel ist es, die langfristige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu überwachen. Hierzu werden durch Spezialisten aus den Bereichen Mathematik, Gesamtrisikomanagement, Portfoliomanagement, Kapitalanlagecontrolling und Rechnungslegung umfangreiche Analysen (Asset-Liability-Studien) durchgeführt, um die bilanziellen Auswirkungen verschiedener Szenarien zu analysieren.

Die Ergebnisse aus der Risikoüberwachung durch das zentrale Gesamtrisikomanagement sowie aus den Asset-Liability-Studien werden innerhalb des Risikokomitees ausgewertet. Dem Risikokomitee gehören neben dem Vorstand und dem zentralen Risikomanager weitere dezentrale Risikoverantwortliche an. Mit Hilfe des so etablierten Risikomanagementsystems kann der BVV frühzeitig negative Entwicklungen erkennen, bewerten und steuern.

Der BVV erfüllt mit den vorhandenen Systemen und Einrichtungen zur laufenden Risikoüberwachung und -steuerung die für Versicherungsunternehmen in Deutschland geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement. Das Risikomanagement des BVV wird regelmäßig durch die Interne Revision geprüft. Ferner erfolgt die in den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) vorgeschriebene Risikoberichterstattung an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und den Aufsichtsrat.

Um das erreichte Qualitätsniveau im Risikomanagement kontinuierlich zu verbessern und die Einhaltung stetig zunehmender aufsichtsrechtlicher Anforderungen sicherzustellen, unterliegt das Risikomanagementsystem einem ständigen Optimierungsprozess. Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung bildet das ALM-System.

Der BVV berücksichtigt die folgenden Risikokategorien:

- Risiken aus Kapitalanlagen,
- versicherungstechnische Risiken,
- operationelle Risiken und
- strategische Risiken.

Diese werden nachfolgend näher erläutert.

Risiken aus Kapitalanlagen

Oberstes Ziel des Risikomanagements im Hinblick auf die Kapitalanlagen des BVV ist die Gewährleistung der dauernden Erfüllbarkeit der sich aus den Versicherungsverträgen ergebenden Zahlungsverpflichtungen. Darüber hinaus dienen die Erträge aus Kapitalanlagen zur nachhaltigen Stärkung der Risikotragfähigkeit des BVV. Die vorgenannten Ziele werden systematisch im Rahmen des strukturierten Investmentprozesses und des Asset-Liability-Managements berücksichtigt. Bei der Definition der strategischen Anlagepolitik werden die Ergebnisse der Asset-Liability-Studien beachtet, um die langfristige Erfüllbarkeit der versicherungstechnischen Verpflichtungen zu sichern.

Risiken, die aus einzelnen Kapitalanlagen resultieren, können die Anlageziele Rentabilität, Sicherheit und Liquidität gefährden. Der Grundsatz der Mischung und Streuung bildet daher einen wesentlichen Maßstab bei der Risikosteuerung der Kapitalanlagen. Die Überwachung und Steuerung der Risiken aus Kapitalanlagen erfolgt fortlaufend und wird durch entsprechende Prozesse beziehungsweise organisatorische Maßnahmen sichergestellt. Das installierte Frühwarnsystem liefert Impulse zur Risikosteuerung und ist in den unternehmensweiten Risikomanagementprozess eingebunden. Für die Risiken aus Kapitalanlagen werden Risikobudgets definiert, die sich aus der Risikotragfähigkeit des BVV ableiten. Bei Überschreitung dieser Risikobudgets werden vorab definierte Prozesse ausgelöst, deren Ziel es ist, die dauerhafte Risikotragfähigkeit des BVV zu erhalten.

Die Überwachung und Bewertung der Risiken aus Kapitalanlagen erfolgt durch das Kapitalanlagecontrolling. Als Element des Gesamtrisikomanagements stellt es die Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken aus Kapitalanlagen sicher und fungiert innerhalb des Investmentprozesses als unabhängige Kontroll- und Überwachungsinstanz. Die hierbei eingesetzten Modelle, Instrumente und Verfahren unterliegen einem kontinuierlichen Qualitätssicherungs- und Weiterentwicklungsprozess.

Die Risiken aus Kapitalanlagen lassen sich in die vier Kategorien Marktrisiko, Kreditrisiko, Konzentrationsrisiko und Liquiditätsrisiko unterteilen.

Das Marktrisiko beschreibt die Gefahr des Wertverlustes von Kapitalanlagen aufgrund negativer Veränderungen von Marktpreisen oder preisbildender Faktoren wie Aktienkursen, Zinsen oder Währungskursen. Aufgrund des sehr hohen Anteils der verzinslichen Papiere an den Kapitalanlagen des BVV haben Veränderungen des Zinsniveaus und der bonitätsbedingten Risikozuschläge (Credit Spreads) einen sehr großen Einfluss auf die Wertschwankungen der Kapitalanlagen. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt primär durch Diversifikation der Werttreiber im Direktbestand. Aktien- und Fremdwährungsanlagen in den Investmentspezialfonds sind durch derivative Sicherungsstrategien gegen negative Marktentwicklungen abgesichert. Die eingesetzten Absicherungsinstrumente werden systematisch überwacht und an die Entwicklungen der Kapitalmärkte und der internen Risikobudgets angepasst. Wesentliche preisbildende Marktfaktoren werden kontinuierlich überwacht. Darüber hinaus sind Szenariorechnungen, Sensitivitätsanalysen und Stresstests zur Quantifizierung der Auswirkungen negativer Marktentwicklungen installiert. Ergänzend werden im Rahmen von Asset-Liability-Studien die Auswirkungen verschiedener Kapitalmarktentwicklungen auf den Bestand analysiert und bewertet.

Die Ergebnisse der Stressszenarien zu Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken stellen sich für den BVV im Geschäftsjahr 2013 folgendermaßen dar:

Aktienschock-Szenario (in EUR)		
Stressfaktor	**0 %**	**–20 %**
Marktwert	1.958.291.372	1.724.170.128
Delta Marktwert	–	–234.121.244

Zinsänderungs-Szenario (in EUR)			
Stressfaktor	**–1 %**	**0 %**	**1 %**
Marktwert	23.325.639.325	21.813.615.266	20.348.211.865
Delta Marktwert	1.512.024.060	–	–1.465.403.401

Das Kreditrisiko umschreibt die Gefahr einer Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit eines Schuldners und kann gegebenenfalls zum totalen Ausfall einzelner Forderungen führen. Um dieser Gefahr zu begegnen, setzt der BVV auch hier auf eine breite Streuung der Kapitalanlagen sowie ein umfassendes und kontinuierlich weiterentwickeltes Limitsystem. Im Rahmen des installierten Kreditüberwachungsprozesses können negative Entwicklungen einzelner Emittenten frühzeitig erkannt werden. Infolge einer Bonitätsverschlechterung eines Emittenten wird ein tiefergehender Analyseprozess ausgelöst, auf dessen Basis Entscheidungen über den weiteren Umgang mit dem betroffenen Bestand im Portfolio und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen zu treffen sind. Das Ausfallrisiko wird durch Vermögensanlagen bei Emittenten mit einem Investment-Grade-Rating oder mit erstklassiger Besicherung minimiert. Die Überwachung der Bonität der Emittenten sowie der Auslastungsgrade der definierten Limite erfolgt permanent. Die Verschuldungskrise europäischer Staaten geriet an den Finanzmärkten insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2013 zunehmend in den Hintergrund, dennoch werden die Auswirkungen dieser Staatsschuldenkrise und die Bewältigung der Folgen auch in den nächsten Jahren spürbar sein. Der BVV hat seine Engagements in Staatsanleihen hochverschuldeten EU-Staaten (Italien, Spanien, Irland) weiter reduziert und war hier zum Bilanzstichtag gemessen am Zeitwert der Kapitalanlagen mit 1,2 Prozent investiert.

Die Ratingstruktur der Rentenpapiere im Direktbestand stellt sich ausgehend von einem Gesamtnominalwert in Höhe von 15.111.212.090 Euro folgendermaßen dar:

Rating	Prozent
AAA	29,5
AA+	12,2
AA	6,0
AA–	20,7
A+	1,6
A	6,2
A–	5,9
BBB+	3,2
BBB	7,5
BBB–	1,4
BB+	1,6
BB	–
BB–	–
B+	4,0
B	–
B–	–
CCC+	–
CCC	–
CCC–	–
CC+	–
CC	–
CC–	–
NR	0,1

Rentenpapiere im Direktbestand (in EUR)

	Buchwert	Markwert
Staaten	5.361.073.023	6.018.686.852
Pfandbriefe	6.056.040.215	7.152.582.701
Banken	2.292.980.002	2.458.593.217
Unternehmensanleihen	1.249.116.083	1.318.674.096
	14.959.209.323	16.948.536.866

Ein Konzentrationsrisiko innerhalb der Kapitalanlagen resultiert aus zu hohen Investitionen in einzelne Anlagen oder Anlageklassen. Diesem Risiko wird im BVV durch eine umfassende Diversifikation, das implementierte Limitsystem sowie eine strenge Berücksichtigung der Grundsätze zur Mischung und Streuung begegnet.

Liquiditätsrisiken bestehen zum einen in einer unzureichenden Marktliquidität der Kapitalanlagen und zum anderen in der Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen aufgrund abweichender Zahlungsströme. Eine ausführliche vierteljährliche und jährliche Vorabanalyse und Planung der Zahlungsströme belegt, dass diese Risiken für den BVV derzeit nicht existieren.

Versicherungstechnische Risiken

Risiken, die sich aus der Abweichung von tatsächlichen Zahlungsströmen aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber den ursprünglich erwarteten Werten ergeben, werden als versicherungstechnische Risiken bezeichnet.

Die Rechnungsgrundlagen für die Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft wurden auf der Grundlage von Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von versicherungstechnischen Faktoren ermittelt. Wesentliche Kalkulationsparameter stellen Annahmen zum Zinsniveau, zur Biometrie (vor allem zur Entwicklung der Lebenserwartung und der Berufs- sowie Erwerbsunfähigkeit) und zu den Verwaltungskosten dar. Diese Parameter können sich im Zeitablauf signifikant verändern. Das Risiko nicht ausreichender Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen wird deshalb durch laufende aktuarielle Analysen und umfangreiche Prognoserechnungen überwacht.

Dem Risiko nicht ausreichender Rechnungsgrundlagen begegnet der BVV unter anderem durch eine vorsichtige Kalkulation der Versicherungstarife und – soweit notwendig – den Aufbau zusätzlicher Rückstellungen. In der Vergangenheit hat der BVV erhebliche Mittel zur Berücksichtigung der verlängerten Lebenserwartung zurückgestellt. Die verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind damit aus heutiger Sicht ausreichend. Ihre Angemessenheit wird weiterhin jährlich überprüft.

Das Zinsrisiko ist angesichts eines Rechnungszinses von überwiegend 4 Prozent in den Bestandsverträgen im bestehenden Niedrigzinsumfeld eines der zentralen Risiken. Der Fortbestand des historisch niedrigen Zinsniveaus kann langfristig die Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gefährden. Deshalb wird zur Stärkung der Reserven in der Rechnungsgrundlage Zins die pauschale

Zinszusatzreserve weiter erhöht und damit diese im Jahr 2010 begonnene Maßnahme zur Risikominderung in der Rechnungsgrundlage Zins fortgesetzt. In den kommenden Jahren ist zunächst mit weiteren Belastungen durch die Stärkung der Reserven in der Rechnungsgrundlage Zins zu rechnen. Ziel dieser Maßnahme ist die Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen auch im Falle negativer Kapitalmarktentwicklungen.

Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken betreffen den laufenden Geschäftsbetrieb. Dazu zählen Risiken, die infolge von Unangemessenheit oder von Versagen der internen Verfahren, Menschen und Systeme oder infolge von externen Ereignissen eintreten können. Dies schließt Rechtsrisiken ein.

Die Informationstechnik nimmt innerhalb des Geschäftsbetriebes des BVV eine besondere Stellung ein. Daher unterliegen insbesondere die hieraus resultierenden Risiken einem strengen Überwachungs- und Kontrollprozess.

Das in die Geschäftsprozesse integrierte Interne Kontroll- und Steuerungssystem (IKS) reduziert das Risiko aus menschlichem Fehlverhalten durch Implementierung von Kontrollmaßnahmen wie Vier-Augen-Prinzip und ergänzende Stichprobenverfahren, durch Funktionstrennungen und Kompetenzregelungen. Die Interne Revision überwacht die Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des IKS im Rahmen ihres Prüfungsauftrages.

Strategische Risiken

Das Management strategischer Risiken erfolgt unter anderem innerhalb des strukturierten Prozesses zur Strategieentwicklung für das Unternehmen unter Einbeziehung aller Abteilungen des BVV. Die Zielerreichung im Rahmen des Strategieprozesses wird durch das installierte strategische Controlling überwacht.

Infolge der engen Verbindung des BVV und seiner Versicherungsleistungen mit dem privaten Bankgewerbe hängt die Entwicklung des Versichertenbestandes stark von der dortigen Beschäftigungssituation ab. Um dem Risiko eines Mitgliederrückganges beim BVV durch Veränderungen der Beschäftigtenzahlen im Bankgewerbe zu begegnen, erfolgt ein zielgerichteter Ausbau des Leistungsangebotes auch für potenzielle Mitglieder der gesamten Finanzdienstleistungsbranche.

Das Firmenkundenbeziehungsmanagement und die Erschließung neuer Firmenkundensegmente sind zentrale Maßnahmen mit besonderer strategischer Relevanz für die Mitgliedergewinnung, für die Kundenbindung und für die Sicherung des Bestandes an Vollmitgliedschaften im BVV.

Zusammenfassung

Mit Hilfe des im BVV installierten Risikomanagements können bestandsgefährdende Risiken oder Entwicklungen, die zu bestandsgefährdenden Risiken führen könnten, frühzeitig identifiziert werden. Bestandsgefährdende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BVV beeinträchtigen, bestehen derzeit nicht.

Die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen in Höhe von 1.023 Mio. Euro sind durch Eigenmittel in Höhe von 1.220 Mio. Euro bedeckt. Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote von 119,3 Prozent verfügt der BVV damit über eine angemessene Eigenmittelausstattung. Zur Abdeckung von Risiken ist ein Risikokapital von 3.213 Mio. Euro vorhanden.

Ausblick und Perspektiven

Seit mehr als 100 Jahren konzentriert sich der BVV auf das Angebot einer effizienten und flexiblen betrieblichen Altersversorgung für die Unternehmen und Mitarbeiter der Finanzdienstleistungsbranche. Diesem Gedanken folgend hat der BVV in den vergangenen Jahren gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen sein Produkt-

angebot weiterentwickelt. Die Zufriedenheit mit den Produkten und Serviceleistungen und das klare Bekenntnis der Mitglieder zu einer gemeinsam von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten betrieblichen Altersversorgung in Form eines Garantieproduktes bestätigen diesen Weg und eröffnen Chancen für die erfolgreiche Weiterentwicklung des BVV.

Der demografische Wandel und die sich daraus ergebende Problematik rund um das Altersicherungssystem werden die Weiterentwicklung der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland prägen. Dies zeigt sich auch in der aktuellen politischen Diskussion. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Regierungsvertrag zwischen CDU und SPD den Ausbau der betrieblichen Altersversorgung zwar mit aufgenommen, blieb aber inhaltliche Details schuldig. Hier hätte man sich ein deutlicheres Signal für die betriebliche Altersversorgung gewünscht, um deren flächendeckenden Ausbau vorantreiben zu können.

Der BVV hat den Anspruch gegenüber seinen Mitgliedsunternehmen, Versicherten und Rentnern, kompetent und professionell zu agieren, um für die Bewältigung der vielfältigen externen Herausforderungen und die Nutzung möglicher Marktchancen gut gerüstet zu sein. Darüber hinaus ist es unser Ziel, attraktive Leistungen anzubieten. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass der BVV effizient und kostengünstig agiert.

Im Jahr 2013 hat der BVV bereits damit begonnen, Ansätze bezüglich einer „Nachhaltigen betriebliche Altersversorgung“ auszuarbeiten und kundengerechte Lösungen zu evaluieren. Diese Aktivitäten werden auch das zukünftige Handeln des BVV bestimmen, da aus unserer Sicht die betriebliche Altersversorgung im Rahmen der sozialen Sicherung eine unverzichtbar wichtige Rolle spielt. Hierbei sind vor allem die weitere Ausgestaltung der kollektiven Pflichtversicherung sowie der freiwilligen Entgeltumwandlung angesprochen.

Die betriebliche Altersversorgung wird auch weiterhin durch die Dynamik und Vielschichtigkeit in Gesetzgebung und Rechtsprechung mit einer hohen Komplexität belastet sein. Die durch die EU-Kommission geplante Einführung des Solvency-II-Ansatzes im Rahmen der Überarbeitung der Pensionsfondsrichtlinie wurde dahingehend abgemildert, dass die quantitativen Anforderungen von Solvency II ausgeklammert werden und man sich auf Verbesserungen in den Bereichen Governance (Geschäftsorganisation) und Transparenz (Informationspflichten) beschränkt. Die Umsetzung dieser qualitativen Anforderungen wird jedoch herausfordernd sein und den Aufwand für den BVV deutlich erhöhen.

Wirtschaftlich ist für das Jahr 2014 tendenziell eine Fortsetzung wesentlicher Entwicklungen des vergangenen Jahres realistisch. Das globale Wachstum sollte durch die weiter expansive Geldpolitik der wesentlichen Notenbanken gut abgestützt sein. Zwischen den westlichen Industriestaaten und den so genannten Emerging Markets gibt es graduelle Verschiebungen. Während in den Developed Markets ein leicht besseres wirtschaftliches Umfeld zu erwarten ist, dürften sich in den Emerging Markets die Wachstumsraten weiter auf hohem, aber leicht ermäßigtem Niveau bewegen.

Wir erwarten auch im Jahr 2014 ein Anhalten des extremen Niedrigzinsumfeldes. Die Zentralbanken haben sehr deutlich formuliert, dass Zinserhöhungen im kommenden Jahr nicht auf der Tagesordnung stehen. Selbst bei positiver wirtschaftlicher Entwicklung sollte dadurch ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen begrenzt bleiben.

Sollten sich bei steigenden Renditen Gelegenheiten ergeben, wird die Stärkung des klassischen zinstragenden Bestandes vorrangig vorangetrieben. Im Fokus stehen hierbei neben Unternehmensanleihen Immobilien- und Infrastrukturfinanzierungen. Eine signifikante Ausweitung von hochvolatilen Assetklassen wie Aktien ist nicht geplant. Abgesehen von dem aufsichtsrechtlichen Korsett, das die Allokation generell eng limitiert, ist auch der Marktzyklus zu beachten. Das nach der seit 2009 anhaltenden Hausse

inzwischen erreichte Bewertungsniveau und die zu beobachtenden Begleiterscheinungen erinnern nicht nur bei Aktien bereits an die im Jahr 2007 aufgetretenen „Blasenbildungen“ an den Finanzmärkten und mahnen zur Vorsicht.

Angesichts der klaffenden Lücke zwischen vergleichsweise hohen Rechnungszinsen und zum Teil künstlich herbeigeführten Niedrigzinsen bei risikoarmen Staatsanleihen bewegt sich der BVV wie auch andere Pensionskassen und Versicherungen weiter auf einem kritischen Pfad. Vor dem Hintergrund hoher Garantieleistungen unserer Tarife wird der Spielraum für Überschussbeteiligungen bis auf Weiteres ausbleiben. Priorität haben unverändert – nicht zuletzt im Interesse der Versicherten und Mitgliedsunternehmen – die Stärkung der Finanzkraft des BVV und die Verbesserung der Risikotragfähigkeit.

Weitere Angaben zum BVV

Jährliche Renteninformation

Die Renteninformation für das Jahr 2013 wird der BVV ab Mai 2014 an die Versicherten versenden. Die Renteninformation wird einen Kurzbericht über die Lage des Unternehmens enthalten.

Mitarbeiter

Die Zahl der im Jahr 2013 durchschnittlich im BVV tätigen Mitarbeiter ist von 206 im Vorjahr auf 212 gestiegen. Im Jahresdurchschnitt waren 5 Mitarbeiter in Ausbildung in unserem Hause tätig.

Zusätzlich wurde für den BVV-Grundbesitz noch eine gewerbliche Kraft beschäftigt.

Unser Dank gilt allen BVV-Mitarbeitern für ihre erfolgreiche Arbeit. Dem Betriebsrat danken wir für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Jahresabschluss 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2013
Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	EUR	2012 Tsd. EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				217.919	277
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			41.028.569		43.115
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		5.161.000			5.161
2. Beteiligungen		698.841			22.870
			5.859.841		28.031
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		8.478.668.785			7.800.214
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		2.907.613.288			2.382.831
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		389.808			541
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	7.226.596.035				7.488.853
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.825.000.000				5.374.200
		12.051.596.035			12.863.053
5. Einlagen bei Kreditinstituten		708.300.000			188.200
			24.146.567.916		23.234.839
				24.193.456.326	23.305.985
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		105.758			91
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen		2.590.603			3.364
			2.696.361		3.455
II. Sonstige Forderungen			133.170.950		191.046
				135.867.311	194.501
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			1.188.449		1.079
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			3.141.871		2.869
III. Andere Vermögensgegenstände			49.873.679		48.604
				54.203.999	52.552
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			319.381.060		343.411
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			1.463.323		931
				320.844.383	344.342
				24.704.589.938	23.897.657

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Berlin, den 4. März 2014

Der Treuhänder
Michael Waage

Passivseite

				2012
	EUR	EUR	EUR	Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		902.482.347		840.745
II. Bilanzgewinn		0		0
			902.482.347	840.745
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			200.000.000	200.000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		8.082		7
II. Deckungsrückstellung		23.362.791.752		22.594.303
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		58.104.325		69.265
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		134.474.779		147.457
			23.555.378.938	22.811.032
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		24.618.751		24.279
II. Sonstige Rückstellungen		4.314.172		4.225
			28.932.923	28.504
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	648.799			234
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	3.534.808			2.537
		4.183.607		2.771
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		147.750		95
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon:				
aus Steuern: 400.660 EUR; 2012 376.874 EUR				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 EUR; 2012 26.917 EUR		12.957.361		13.959
			17.288.718	16.825
F. Rechnungsabgrenzungsposten			507.012	551
			24.704.589.938	23.897.657

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 4. Februar 2014 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Berlin, den 4. März 2014

Die Verantwortliche Aktuarin
Katrin Schulze

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	EUR	2012 Tsd. EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	600.326.712			562.025
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	192.752	600.133.960		158
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		–287		1
			600.133.673	561.868
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			11.760.109	9.940
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		161.496		1.523
davon: aus verbundenen Unternehmen 161.496 EUR; 2012 158.007 EUR				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen -- EUR; 2012 -- EUR				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.401.089			4.618
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	821.164.847			987.198
		824.565.936		991.816
c) Erträge aus Zuschreibungen		0		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		103.361.879		80.362
			928.089.311	1.073.701
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			549.210	431
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		634.621.481		615.554
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		–11.160.596		–360
			623.460.885	615.194
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		768.489.011		857.920
bb) Anteil der Rückversicherer		0		0
			768.489.011	857.920
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			0	0
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
Verwaltungsaufwendungen			8.092.189	7.713
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		7.099.004		8.304
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.265.155		3.719
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		51.548.643		63.702
			59.912.802	75.725
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			1.642.264	1.717
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			78.935.152	87.671
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		328.868		413
2. Sonstige Aufwendungen		17.277.413		17.102
			16.948.545	16.689
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			61.986.607	70.982
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			84.267	0
5. Sonstige Steuern			165.338	230
6. Jahresüberschuss			61.737.002	70.752
7. Einstellung in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			61.737.002	70.752
8. Bilanzgewinn			0	0

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben.

Grundstücke werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten – vermindert um die planmäßigen linearen und erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen – bilanziert.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen, Investmentanteile, Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Hypotheken, Schuldscheindarlehen und andere Forderungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit ihren jeweiligen Anschaffungskosten oder durchschnittlichen Anschaffungskosten bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden ausschließlich bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Zuschreibungen erfolgen, soweit zuvor außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden und die Gründe hierfür nicht mehr bestehen. Bei Schuldscheindarlehen werden die Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich eines kumulierten Amortisationsbetrages einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Namensschuldverschreibungen werden grundsätzlich mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Die den Namensschuldverschreibungen zuzurechnenden Nullkupon-Anleihen werden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zuschreibung aktiviert. Das beim Kauf von Namensschuldverschreibungen anfallende Disagio oder Agio wird entsprechend der tatsächlichen Laufzeit der jeweiligen Darlehen auf die künftigen Jahre verteilt.

Die unter den Einlagen bei Kreditinstituten ausgewiesenen Tagesgelder werden zum Nennwert bilanziert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit den Nominalbeträgen bilanziert. Einzelwertberichtigungen werden vorgenommen, soweit die zu Grunde liegenden Beitragsforderungen uneinbringlich sind.

Sonstige Forderungen und Andere Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet; für zweifelhafte Miet- und Nebenkostenforderungen besteht eine Pauschalwertberichtigung. Einzelrisiken werden jeweils individuell wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt zu Anschaffungskosten nach Abzug planmäßiger Abschreibungen. Die jeweiligen Abschreibungsbeträge werden ausgehend vom Zeitpunkt der Anschaffung im Geschäftsjahr pro rata temporis verrechnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen, noch nicht fälligen Zinsen und Mieten werden zum Nominalwert bilanziert. Die sonstigen Abgrenzungen werden mit dem jeweiligen Nominalwert angesetzt.

Die unter den nachrangigen Verbindlichkeiten auszuweisenden Nachrangdarlehen sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Ein bei Ausgabe angefallenes Disagio wurde unter den Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und ist nach Maßgabe des zu Grunde liegenden Nachrangdarlehens jährlich aufzulösen.

Die Beitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln berechnet, wobei von der jeweiligen Beitragsfälligkeit ausgegangen wird.

Anhang

Die Deckungsrückstellung wird auf der Grundlage des aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplanes einzelvertraglich prospektiv unter Verwendung von aus dem eigenen Bestand entwickelten biometrischen Rechnungsgrundlagen berechnet.

Für den Bestand des Alttarifs wird für die Berechnung der Deckungsrückstellung ein Rechnungszins von 4 Prozent verwendet. Basis ist die Höhe der individuell erworbenen Rentenanwartschaften einschließlich bereits zugeteilter Überschussanteile. Die Barwerte der zukünftigen Beiträge und der hierfür anzurechnenden zukünftigen Rentensteigerungen werden auf Basis der vertragsindividuellen Werte ermittelt. Dabei gehen die zukünftigen Beiträge unter Abzug eines Verwaltungskostenanteils von 5,5 Prozent in die Berechnung ein. Dieser Verwaltungskostenanteil dient zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten und zur Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung.

Im Neutarif und in den im Jahr 2002 eingeführten Zusatztarifen wird die Berechnung der Deckungsrückstellung unter Verwendung der folgenden Rechnungszinssätze durchgeführt:

Tarif	Rechnungszins
Neutarife 1998	4,00 %
Zusatztarife ab 2002	3,25 %
Zusatztarife ab 2004 und Neutarife ab 2005	2,75 %
Neutarife ab 2007 inkl. Ergänzungstarife und Zusatztarife ab 2007	2,25 %
Neutarife ab 2012 inkl. Ergänzungstarife und Zusatztarife ab 2012	1,75 %

Vor dem Hintergrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten setzt der BVV im Jahr 2013 den Ausbau der pauschalen Zinszusatzreserve in der Deckungsrückstellung fort.

Die Rechnungsgrundlagen für die Neutarife ab dem Jahr 2007 berücksichtigen einen auch in Zukunft anhaltenden Trend zur Langlebigkeit. Beginnend mit dieser Tarifgeneration berücksichtigt der BVV daher nicht nur das Alter des Versicherten, sondern auch sein Geburtsjahr. Diese Rechnungsgrundlagen sind aus heutiger Sicht auch in Zukunft mit ausreichenden Sicherheiten versehen.

Für Verträge mit Beginn vor dem Jahr 2007 wurden als Reaktion auf die fortschreitende Zunahme der Lebenserwartung neue biometrische Rechnungsgrundlagen eingeführt. Diese Rechnungsgrundlagen sind für den Bestand aus heutiger Sicht ebenfalls ausreichend. Die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen wird jährlich überprüft.

Zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten und Dotierung der Verwaltungskostenrückstellung sind rund 5,5 Prozent der Bruttobeiträge vorgesehen.

Die Verwaltungskostenrückstellung ist im Alt- und Neutarif in Höhe von 2 Prozent der Deckungsrückstellung für Renten und Anwartschaften der Versicherten zuzüglich 1 Prozent des Aktivenrentenbarwertes für beitragsfreie Versicherungen im Alttarif und alle Versicherungen des Neutarifs in der Deckungsrückstellung enthalten.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird entsprechend der voraussichtlichen Inanspruchnahme für Versicherungsfälle der letzten Geschäftsjahre einschließlich eines pauschalen Ansatzes für Schadenregulierungsaufwendungen bilanziert.

Die Höhe der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ergibt sich aus den Entnahmen für den Anpassungszuschlag sowie der Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres. Die Überschussbeteiligung erfolgt nach den im Geschäftsplan festgelegten Grundsätzen zur Überschussverwendung getrennt für die Abrechnungsverbände Alttarife, Neutarife 1998, Neutarife 2005, Neutarife 2007 und Neutarife 2012 sowie Zusatztarife 2002, Zusatztarife 2004, Zusatztarife 2007 und Zusatztarife 2012.

Der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen, Jubiläumszahlungen und Altersteilzeit werden folgende Annahmen zu Grunde gelegt:

Pensionsverpflichtungen

	BilMoG-Bewertung
Bewertungsverfahren	PUC-Methode [1]
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Heubeck 2005 G
Zinssatz zur Bewertung der Pensionsverpflichtungen	4,88 %
Gehaltstrend	2,75 %
Rententrend	2,00 %/3,50 %
Trend für die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen	2,00 %
Bewertung von Witwen-/Witwerrentenanwartschaften	kollektiv
Pensionierungsalter	
– Altersteilzeitbeschäftigte – Sonstige	Ende ATZ [2] frühestmögliche Rentenbeginnalter gemäß RV-AltAnpG [3] 2007
Fluktuationswahrscheinlichkeiten	alters- und geschlechtsabhängig (0,00 % bis 5,61 %, durchschnittlich 2,1 %)

[1] PUC-Methode = Projected Unit Credit Method
[2] ATZ = Altersteilzeit
[3] RV-AltAnpG = Rentenversicherung Altersgrenzenanpassungsgesetz

Jubiläumsverpflichtungen

	BilMoG-Bewertung
Bewertungsverfahren	PUC-Methode
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Heubeck 2005 G
Zinssatz zur Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen	4,88 %
Pensionierungsalter	
– Altersteilzeitbeschäftigte – Sonstige	Ende ATZ frühestmögliche Rentenbeginnalter gemäß RV-AltAnpG 2007
Fluktuationswahrscheinlichkeiten	alters- und geschlechtsabhängig
Arbeitgeberbeitragssatz zur	
– Rentenversicherung	9,450 %
– Arbeitslosenversicherung	1,500 %
– Krankenversicherung	7,300 %
– Pflegeversicherung	1,025 %
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung (West)	71.400 p.a.
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung (West)	48.600 EUR p.a.

Altersteilzeitverpflichtungen

	BilMoG-Bewertung
Biometrische Rechnungsgrundlagen	Heubeck 2005 G
Zinssatz zur Bewertung der Verpflichtungen	4,88 %
Gehaltstrend	2,75 %
Arbeitgeberbeitragssatz zur	
– Rentenversicherung	9,450 %
– Arbeitslosenversicherung	1,500 %
– Krankenversicherung	7,000 %
– Pflegeversicherung	1,025 %
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung (West)	71.400 EUR p.a.
Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung	48.600 EUR p.a.

Die Sonstigen Rückstellungen werden mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Rückstellungsbeträge, für die keine Inanspruchnahme erfolgt, werden erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter Andere Verbindlichkeiten ausgewiesenen Schuldposten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Das unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Disagio wird entsprechend der Laufzeit der dazugehörigen Ausleihungen aufgelöst. Die Sonstigen Abgrenzungen werden mit dem jeweiligen Nominalwert angesetzt.

Ausweis

Der Ausweis erfolgt entsprechend den in § 2 der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) vorgeschriebenen Formblättern:

- Formblatt 1 (Bilanz)
- Formblatt 3 (Gewinn- und Verlustrechnung).

Erläuterungen zur Bilanz – Aktivseite –

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Umbuchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschreibungen Tsd. EUR	Abschreibungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	277	87				146	218
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	43.115			821		1.265	41.029
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.161						5.161
2. Beteiligungen	22.870			22.171			699
3. Summe B. II.	28.031			22.171			5.860
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.800.214	2.025.507		1.347.053			8.478.668
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.382.831	1.250.408		725.626			2.907.613
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	541			151			390
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	7.488.853	149.211		411.468			7.226.596
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.374.200	375.000		924.200			4.825.000
5. Einlagen bei Kreditinstituten	188.200	520.100					708.300
6. Summe B. III.	23.234.839	4.320.226		3.408.498		0	24.146.567
Kapitalanlagen insgesamt	23.305.985	4.320.226		3.431.490		1.265	24.193.456
A. und B. insgesamt	23.306.262	4.320.313		3.431.490		1.411	24.193.674

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß §§ 54, 55 und § 56 RechVersV

Für die ausgewiesenen Kapitalanlagen ergaben sich folgende Zeitwerte:

	2013	2012
	EUR	EUR
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	49.370.000	53.380.000
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.407.473	6.856.269
Beteiligungen	698.840	28.981.474
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.471.666.787	7.871.975.882
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.162.912.381	2.718.354.993
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	389.808	540.707
Namensschuldverschreibungen	8.465.353.842	9.255.970.531
Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.320.270.645	6.030.753.100
Einlagen bei Kreditinstituten	708.300.000	188.200.000
	26.185.369.776	26.155.012.956

Gemäß § 54 Satz 3 RechVersV beträgt die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen 24.193.456.326 Euro, die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes selbiger Kapitalanlagen beläuft sich auf 26.185.369.776 Euro. Daraus resultiert ein Saldo in Höhe von 1.991.913.450 (2.849.027.864) Euro.

Die jährliche Ermittlung der Zeitwerte der Grundstücke sowie der Anteile an verbundenen Unternehmen und der Beteiligungen wird grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren vorgenommen. Inhaberschuldverschreibungen wurden mit den Börsen-Jahresschlusskursen, Investmentanteile mit den Rücknahmepreisen bewertet. Die Bewertung von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen erfolgt mittels Barwert, dessen Berechnung auf den Referenzzinssätzen der EUR-SWAP-Kurve basiert. Abhängig vom Besicherungsgrad der Gattung, dem Rating des Emittenten sowie der Laufzeit des Produktes werden Bewertungsaufschläge (Credit Spreads) berücksichtigt. Die relevanten Credit Spreads entsprechen den jeweiligen Marktbedingungen und werden kontinuierlich überwacht.

A. Bei den Immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich vorwiegend um entgeltlich erworbene EDV-Software.

B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

	Anzahl	EUR
Geschäftsbauten	11	41.028.569
(davon eigengenutzt)	(3)	(13.597.648)

Die Abgänge in Höhe von 821.068 Euro resultieren aus der Veräußerung von einem Geschäftshaus in Mannheim.

Insgesamt waren planmäßige Abschreibungen auf Gebäude und Grundstücke in Höhe von 1.265.155 Euro vorzunehmen.

Unter den Grundstücken und Gebäuden wurde eine Immobilie mit einem Buchwert von 7.034.199 Euro und einem Zeitwert von 6.000.000 Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Da der Standort der Immobilie durch Neugestaltung deutlich aufgewertet werden soll und bereits von einer erhöhten Nachfrage nach Mietflächen in diesem Objekt auszugehen ist, erwarten wir, dass die bestehende Wertminderung lediglich von vorübergehender Dauer ist.

B.III.1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

	2013	2012
	EUR	EUR
Wertpapier-Spezialfonds	3.052.921.583	2.943.070.830
Immobilien-Spezialfonds	538.783.967	453.133.815
Gemischte Spezialfonds	4.886.060.938	4.403.259.154
Fondsanteile (Sicherung Altersteilzeit)	902.297	750.497
	8.478.668.785	7.800.214.296

Angaben gemäß § 285 Nr. 26 HGB

	Buchwert	Kurswert	Stille Lasten	Ausschüttung	Beschränkung tgl. Rückgabe Anteile
Wertpapier-Spezialfonds	3.052.921.583	3.059.384.319	172.802	78.104.773	Nein
Immobilien-Spezialfonds	538.783.967	540.413.468	1.349.962	9.000.000	Nein
Gemischte Spezialfonds	4.886.060.938	4.870.957.921	15.275.185	46.184.776	Nein
Fondsanteile (Sicherung Altersteilzeit)	902.297	911.079	0	20.678	Nein
	8.478.668.785	8.471.666.787	16.797.949	133.310.227	

Sämtliche in dieser Position ausgewiesenen Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind dem Anlagevermögen zugeordnet.

Unter den Spezialfonds sind Anteile mit einem Buchwert von 4.080.720.478 Euro und einem Zeitwert von 4.063.922.529 Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Wertminderungen, die infolge gestiegener Zinsen beziehungsweise durch Initialisierungskosten bei Neuauflage von Spezialfonds entstanden sind. Wir gehen deshalb davon aus, dass es sich dabei lediglich um eine vorübergehende Wertminderung handelt.

Investitionen in Anleihen hoch verschuldeter Staaten des Euroraums – alle Angaben in Tsd. Euro

	Portugal		Irland	
S&P	**BB**		**BBB+**	
Moody's	**Ba3**		**Ba1**	
Fitch	**BB+**		**BBB+**	
	MW [1]	**BW** [2]	**MW**	**BW**
Direktbestand				
Anleihen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	–	–	56.605	6.940
Pfandbriefe	–	–	304.145	46.242
Bankanleihen	–	–	–	–
Unternehmensanleihen	–	–	22.577	2.570
	–	–	383.327	55.752
Indirekter Bestand				
Anleihen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	3.118	378	2.300	83
Pfandbriefe	–	–	6.990	28
Bankanleihen	–	–	5.128	49
Unternehmensanleihen	–	–	–	–
Asset-Backed-Securities	–		2.882	6
Wandelanleihe	846	–13	–	–
Aktien	–	–	22.413	6.676
	3.964	365	39.713	6.842
Gesamtbestand				
Anleihen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	3.118	378	58.905	7.023
Pfandbriefe	–	–	311.135	46.270
Bankanleihen	–	–	5.128	49
Unternehmensanleihen	–	–	22.577	2.570
Asset-Backed-Securities	–	–	2.882	6
Wandelanleihe	846	–13	–	–
Aktien	–	–	22.413	6.676
	3.964	365	423.040	62.594

[1] MW = Marktwert
[2] BW = Bewertungsreserve

Die Bewertungsreserven im Direktbestand beziehen sich auf den Unterschiedsbetrag von Marktwert und Buchwert zum Bilanzstichtag. Die Bewertungsreserven im indirekten Bestand beziehen sich auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem aktuellen Anteilspreis zum Bilanzstichtag und dem Einstandswert. Die Angabe der Marktwerte im indirekten Bestand erfolgt ohne Stückzinsen.

Italien		Griechenland		Spanien		PIIGS	
BBB+ Baa2 BBB+		B– Caa3 B–		BBB– Baa3 BBB			
MW	BW	MW	BW	MW	BW	MW	BW
179.234	4.234	–	–	24.024	–915	259.863	10.259
167.118	22.442	–	–	277.712	26.023	748.975	94.707
110.659	10.659	–	–	–	–	110.659	10.659
209.060	11.752	–	–	101.294	1.952	332.931	16.274
666.071	49.087	–	–	403.030	27.060	1.452.428	131.899
29.461	154	–	–	11.313	84	46.192	700
2.668	–17	–	–	–	–	9.658	11
2.805	72	175	–16	8.295	–146	16.403	–40
3.540	150	–	–	101	–12	3.641	138
–	–	–	–	–	–	2.882	6
27.338	387	–	–	4.262	93	32.446	467
23.602	5.069	7.140	4.430	24.644	7.779	77.799	23.955
89.414	5.815	7.315	4.414	48.615	7.798	189.021	25.237
208.695	4.388	–	–	35.336	–830	306.055	10.959
169.786	22.425	–	–	277.712	26.023	758.633	94.718
113.464	10.731	175	–16	8.295	–146	127.062	10.619
212.600	11.902	–	–	101.395	1.941	336.572	16.413
–	–	–	–	–	–	2.882	6
27.338	387	–	–	4.262	93	32.446	467
23.602	5.069	7.140	4.430	24.644	7.779	77.799	23.955
755.485	54.902	7.315	4.414	451.644	34.860	1.641.449	157.137

B.III.2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	2013	2012
	EUR	EUR
Anleihen von Körperschaften des öffentlichen Rechts	799.641.470	525.256.540
Öffentliche Pfandbriefe	49.226.667	73.840.000
Pfandbriefe	578.867.066	576.019.800
Unternehmensanleihen	1.146.898.083	772.114.524
Bankanleihen	332.980.002	435.600.366
	2.907.613.288	2.382.831.230

Alle Inhaberschuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen zugeordnet. Unter den Öffentlichen Anleihen und Unternehmensanleihen sind Titel mit einem Buchwert von 277.518.355 Euro und einem Zeitwert von 271.943.892 Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen.

Bei den betroffenen Inhaberpapieren gehen wir unverändert davon aus, dass die Wertminderung aufgrund des Besicherungsgrades sowie der Bonität der Emittenten nur von vorübergehender Dauer ist. Ferner ist vom Fortbestand des politischen Commitments der europäischen Partnerstaaten sowie des IWF auszugehen. Wir sind davon überzeugt, dass die zukünftigen Zins- und Tilgungszahlung nicht ausfallgefährdet sind.

B.III.4.a) Namensschuldverschreibungen

	2013	2012
	EUR	EUR
Öffentlich-rechtliche Geld- und Kreditinstitute	1.350.000.000	1.350.000.000
Öffentliche Emittenten	80.000.000	80.000.000
Nullkupon-Anleihen	1.303.947.135	1.497.719.815
Privatrechtliche Geld- u. Kreditinstitute, ohne Refinanzierung	4.380.000.000	4.530.000.000
Privatrechtliche Geld- u. Kreditinstitute, aus Refinanzierung	430.900	1.133.582
Privatrechtliche Unternehmen	102.218.000	20.000.000
Sparbriefe	10.000.000	10.000.000
	7.226.596.035	7.488.853.397

Die Nullkupon-Anleihen sind zu Anschaffungskosten zuzüglich der aufgelaufenen Zinsen aktiviert. Unter den Nullkupon-Anleihen sind Namensschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 183.964.369 Euro und einem Zeitwert von 169.177.373 Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Aufgrund der Bonität der Emittenten gehen wir davon aus, dass die Wertminderung nur von vorübergehender Dauer ist.

B.III.4.b) Schuldscheinforderungen und Darlehen

	2013	2012
	EUR	EUR
Bund, Länder und andere Körperschaften oder Anstalten des öffentlichen Rechts	2.875.000.000	2.974.200.000
Öffentlich-rechtliche Geld- und Kreditinstitute	450.000.000	750.000.000
Privatrechtliche Geld- und Kreditinstitute	1.125.000.000	1.275.000.000
Hedgefonds	375.000.000	375.000.000
	4.825.000.000	5.374.200.000

In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Titel mit einem Buchwert von 575.000.000 Euro und einem Zeitwert von 558.658.487 Euro zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Aufgrund der Bonität der Emittenten gehen wir davon aus, dass die Wertminderung nur von vorübergehender Dauer ist.

Bei der Position Hedgefonds handelt es sich um ein kapitalgarantiertes Schuldscheindarlehen, dessen Ertrag an die Entwicklung einer Hedgefonds Plattform gekoppelt ist.

B.III.5. Die Position Einlagen bei Kreditinstituten enthält ausschließlich Tagesgelder.

C.II. Unter den Sonstigen Forderungen sind vorwiegend die Erträge aus Spezialfonds infolge der Aktivierung von Forderungen auf beschlossene Ausschüttungen für das Geschäftsjahr 2013 ausgewiesen.

D.III. Die Position Andere Vermögensgegenstände enthält überwiegend Rentenvorauszahlungen für Januar 2014.

E.II. Der unter Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Betrag betrifft hauptsächlich die Gehalts- und Mietvorauszahlungen für Januar. Ferner wurde ein Disagio aus der Begebung eines Nachrangdarlehens in Höhe von 33.571 Euro eingestellt.

Erläuterungen zur Bilanz – Passivseite –

A.I. Die Verlustrücklage (§ 37 VAG) beträgt 902.482.347 Euro. Im Berichtsjahr wurden 61.737.002 Euro aus dem Jahresüberschuss eingestellt.

B. Die Restlaufzeit von 125.000.000 Euro innerhalb der Nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt mehr als fünf Jahre. Der Zinsaufwand beläuft sich auf 9.699.451 Euro, davon 23.701 Euro aus der Auflösung des Disagios.

C.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2013	2012
	EUR	EUR
Stand 1. Januar	147.456.846	158.487.725
Entnahmen		
Barauszahlung	1.221.958	1.091.097
Anpassungszuschlag 2014 bzw. 2013	11.760.109	9.939.782
	134.474.779	147.456.846
Zuführung		
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	0	0
Stand 31. Dezember	134.474.779	147.456.846

Von diesem Betrag sind für festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile 16,4 Mio. Euro gebunden. Auf den ungebundenen Teil der RfB entfallen 118,1 Mio. Euro.

D.II. Sonstige Rückstellungen

Der unter den Sonstigen Rückstellungen ausgewiesene Betrag enthält hauptsächlich die Rückstellung für Jubiläumszahlungen, Altersteilzeit sowie weitere Rückstellungen, die im geschäftsüblichen Rahmen gebildet wurden.

E. Andere Verbindlichkeiten

Der unter Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft ausgewiesene Betrag ergab sich aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr. Der Rückversicherungssaldo belief sich auf 192.752 Euro.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen die noch zu zahlenden Zinsen aus Nachrangverbindlichkeiten und abzuführende Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge aus Rentenzahlungen.

Unter der Position Andere Verbindlichkeiten sind Beträge in Höhe von 1.157.532 (1.133.442) Euro gegenüber verbundenen Unternehmen bilanziert.

Sämtliche unter Andere Verbindlichkeiten ausgewiesenen Beträge haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

F. Der unter Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesene Betrag betrifft hauptsächlich das Disagio aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 503.662 Euro.

Aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen, Wechseln und Schecks bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2013	2012
	EUR	EUR
Firmengeschäft		
a) laufende Beiträge	464.147.537	462.132.506
b) Einmalbeiträge	52.725.159	20.959.987
Individualgeschäft		
a) laufende Beiträge	79.542.605	76.554.567
b) Einmalbeiträge	3.911.411	2.378.102
	600.326.712	562.025.162

	2013	2012
	EUR	EUR
Pensionsversicherung	598.972.270	560.519.845
Zusatzversicherung	1.354.442	1.505.317
	600.326.712	562.025.162

Die Beiträge einschließlich der vereinnahmten Rückdeckungsbeiträge betreffen ausschließlich die in den Versicherungsbedingungen festgelegten Pensions- und einbezogenen Sterbegeldversicherungen sowie die Zusatzversicherungen, die im Inland vereinnahmt wurden. Nebenleistungen erhebt der BVV Versicherungsverein nicht.

I.3.b)bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2013	2012
	EUR	EUR
Aktien, Investmentanteile, Genussscheine	133.310.227	214.640.017
Inhaberschuldverschreibungen	116.616.552	122.384.181
Nullkupon-Anleihen	66.993.401	91.238.651
Hypothekenforderungen	20.981	35.714
Namensschuldverschreibungen	279.725.127	295.214.827
Schuldscheinforderungen und Darlehen	221.467.836	258.902.003
Wertpapierleihe	1.979.974	2.054.415
Einlagen bei Kreditinstituten	1.050.749	2.728.404
	821.164.847	987.198.212

I.3.d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen

	2013	2012
	EUR	EUR
Namensschuldverschreibungen/Schuldscheinforderungen/		
übrige Ausleihungen	5.217.500	10.250.000
Inhaberschuldverschreibungen	82.916.594	61.136.432
Investmentanteile	8.643.815	7.912.160
Grundstücke	658.932	1.063.651
Beteiligungen	5.925.038	0
	103.361.879	80.362.243

I.5.a) Zahlungen für Versicherungsfälle

	2013	2012
	EUR	EUR
Alters- und Invalidenrenten	529.231.235	518.070.351
Hinterbliebenenrenten	61.890.598	59.444.751
Leistungen aus Zusatzversicherungen	2.702.241	2.467.338
Aufwendungen Versorgungsausgleich	24.676.020	17.459.618
Sterbegelder	3.596.410	3.375.366
Erstattungen	557.158	717.137
Abfindungen	295.343	281.882
Zahlungen für im Vorjahr unerledigte Versicherungsfälle	5.988.381	7.867.068
Regulierungsaufwendungen	5.684.095	5.870.321
	634.621.481	615.553.832

Die Zahlungen für Versicherungsfälle enthalten Leistungen in Höhe von 48.467.998 (42.081.848) Euro, die an die BVV Versorgungskasse und 4.607.740 (3.811.584) Euro, die an den BVV Pensionsfonds gezahlt wurden.

Das Abwicklungsergebnis aus der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beträgt 17.794.395 Euro und resultiert aus dem im Zeitverlauf schwankenden Schadensverlauf.

I.8. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung umfassen die Verwaltungskosten, soweit sie nicht unter den Ziffern I.5.a, I.9.a, I.10. und II. 2. ausgewiesen sind.

Von den gesamten Personalaufwendungen in Höhe von 16.465.079 Euro entfallen auf:

	2013	2012
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	12.918.587	12.692.258
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.105.289	2.051.444
Aufwendungen für Altersversorgung	1.441.203	1.766.489
	16.465.079	16.510.191

I.9.a) Die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen enthalten auch die Grundbesitzaufwendungen (mit Ausnahme der Grundsteuer, die bei den Sonstigen Steuern ausgewiesen wird).

I.10. Die Sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen für eigene Rechnung enthalten vor allem die geschäftsplanmäßig im Wege der Direktgutschrift als Überschussbeteiligung gezahlten Heilverfahrensleistungen.

II.2. Die Sonstigen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen den Zinsaufwand aus Nachrangdarlehen in Höhe von 9.699.451 Euro, Kosten für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 6.153.692 Euro sowie den Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen in Höhe von 1.296.553 Euro.

II.4. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten hauptsächlich die Kapitalertragsteuer auf Beteiligungserträge aus verbundenen Unternehmen für die Jahre 2011 und 2012.

II.5. Die Sonstigen Steuern enthalten hauptsächlich die für den BVV-Grundbesitz gezahlten Steuern.

Angaben gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Der BVV weist im Rahmen der Kapitalanlage offene Zusagen für Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 197.782.000 Euro aus. Die übrigen sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen im üblichen Geschäftsrahmen.

Angaben gemäß § 285 Nr. 29 HGB

Die latenten Steuern des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. entstehen aus vorhandenen Verlustvorträgen, unterschiedlichen Wertansätzen der Kapitalanlagen in der Handels- und Steuerbilanz sowie den in der Steuerbilanz angesetzten Ausgleichsposten für steuerliche Mehrgewinne und DBA-Erträge aus Spezialfonds. Insgesamt weisen die latenten Steuern einen Aktivüberhang aus und werden mit den aktuell gültigen Steuersätzen (rund 30 Prozent) der Körperschaft- und Gewerbesteuer bewertet.

Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 10 und 11 aufgeführt.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 4.837.499 Euro berücksichtigt. Die laufenden Pensionsbezüge beliefen sich auf 518.584 Euro.

Der Aufsichtsrat hat für seine Tätigkeit satzungsgemäß keine Vergütung erhalten.

Anhang

Angaben zu Beteiligungen

Der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. ist mit 100 Prozent der Stimmrechte an folgenden Unternehmen beteiligt:

BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Kurfürstendamm 111 – 113
10711 Berlin

Das Eigenkapital des BVV Pensionsfonds beträgt 5.161.000 Euro. Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2013 beläuft sich auf 156.568 Euro.

Mitarbeiter

Die Zahl der Mitarbeiter lag im Jahresschnitt bei 212 gegenüber 206 im Vorjahr. Die Nettobeschäftigtenzahl abzüglich der Zeiten ohne Lohnfortzahlungsanspruch einschließlich der Elternzeit betrug im Jahr 2013 durchschnittlich 180,7 gegenüber 178,4 im Jahr 2012 (Mitarbeiter in Ausbildung sind in diesen Angaben nicht berücksichtigt).

Die Angaben zum Abschlussprüferhonorar nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen im Konzernanhang.

Berlin, den 4. März 2014
Der Vorstand

Dr. Helmut Aden Rainer Jakubowski

Anhang

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2013

	Anwärter		Invaliden- und	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres [1]	162.945	182.294	39.079	43.114
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	3.282	3.233	2.006	1.557
2. sonstiger Zugang [2]	0	0	–	–
3. gesamter Zugang	3.282	3.233	2.006	1.557
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	204	155	1.296	1.071
2. Beginn der Altersrente [3]	1.721	1.136	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	236	359	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf [4]	–	–	6	14
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen [5]	138	127	23	30
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang [6]	32	24	2	3
8. gesamter Abgang	2.331	1.801	1.327	1.118
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	163.896	183.726	39.758	43.553
davon				
1. beitragsfreie Anwartschaften	55.963	70.917		Anpassungs-
2. freiwillige Versicherungen	31.061	36.463		zuschlag 2014 [7]
3. in Rückdeckung gegeben	662	698		
				Bestand
				am 01.01.2014

In den Rentenbeträgen sind die Überschussrente und der Anpassungszuschlag des Geschäftsjahres enthalten.

[1] Im Anfangsbestand sind Anwärter, die bereits aus einem anderen Vertrag eine Rente beziehen, nicht mehr enthalten
[2] Einschließlich Reaktivierung
[3] Einschließlich der vorgezogenen Altersrente
[4] Invalidenrentner, Witwen, Witwer, Waisen
[5] Abfindung bei Rentnern
[6] Einschließlich nachträglicher Änderung der Rentenart
[7] Angaben zur Höhe des Anpassungszuschlags 2014 vgl. Seite 49 und 50

Altersrenten	Hinterbliebenenrenten					
Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
				Witwen	Witwer	Waisen
EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	EUR	EUR
524.551.063	14.631	2.185	1.625	52.296.569	4.947.622	3.039.609
25.748.787	975	300	281	4.166.517	775.528	661.743
–	–	–	–	–	–	–
25.748.787	975	300	281	4.166.517	775.528	661.743
13.119.157	726	113	0	1.945.536	250.864	0
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
135.745	12	27	229	28.119	48.623	493.661
9.503	3	9	0	712	2.643	0
–	–	–	–	–	–	–
19.832	3	2	0	3.762	1.811	0
13.284.237	744	151	229	1.978.129	303.941	493.661
537.015.613	14.862	2.334	1.677	54.484.957	5.419.209	3.207.691
57.350				6.445	304	152
537.072.963				54.491.402	5.419.513	3.207.843

Bewegung des Bestandes an Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2013

A. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme EUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme EUR
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres 2013	–	–	10.737	17.661.461
2. am Ende des Geschäftsjahres 2013	–	–	10.124	15.684.792
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	52	178.685

Überschussbeteiligung

Es wurden folgende Überschussanteilssätze festgelegt:

Abrechnungsverband Alttarife	Sonderzuschlag in 2015	Anpassungszuschlag zum 01.01.2015
Tarif		
B, DA, RA (für Anwartschaften bis 31.12.2004)	0 %	0,0 %
B, DA, RA (für Anwartschaften ab 01.01.2005)	–	0,0 %
AZV, laufender Beitrag	0 %	0,0 %
AZV, Einmalbeitrag	0 %	0,0 %
RZV	0 %	0,0 %[1]

[1] Bei Eintritt des Versicherungsfalles wird die Rente um den ab Versicherungsbeginn kumulierten Satz der Anpassungszuschläge erhöht.

Tarif DN, N, RN	Anpassungszuschlag zum 01.01.2015
Abrechnungsverband:	
Neutarife 1998 (Abschlüsse bis 31.12.2004)	0,0 %
Neutarife 2005 (Abschlüsse ab 01.01.2005)	1,25 %
Neutarife 2007 (Abschlüsse ab 01.01.2007)	1,75 %
Neutarife 2012 (Abschlüsse ab 01.01.2012)	2,25 %
Neutarife 2013 (Abschlüsse ab 01.01.2013)	2,25 %

Tarif ARLEP	Anpassungszuschlag zum 01.01.2015
Gewinnverband: Altersrententarife	
Abrechnungsverband:	
Zusatztarife 2002 (Abschlüsse bis 31.12.2003)	0,55 %
Zusatztarife 2004 (Abschlüsse ab 01.01.2004)	1,05 %
Zusatztarife 2007 (Abschlüsse ab 01.01.2007)	1,75 %
Zusatztarife 2012 (Abschlüsse ab 01.01.2012)	2,25 %
Zusatztarife 2013 (Abschlüsse ab 01.01.2013)	2,25 %

Weitere Angaben zum Anhang

Abrechnungsverband: Zusatztarife 2002 (Abschlüsse bis 31.12.2003)	Einmalbonus in 2014	Anpassungszuschlag in 2014
Gewinnverband Risikotarife		
BR	0 %	0,0 %
BR-WZ	0 %	0,0 %
WI	10 %	0,5 %
WI-FS	25 %	0,0 %
WA	25 %	0,0 %
ST	20 %	0,0 %

Abrechnungsverband: Zusatztarife 2004 (Abschlüsse ab 01.01.2004)	Einmalbonus in 2014	Anpassungszuschlag in 2014
Gewinnverband Risikotarife		
BR	0 %	0,0 %
BR-WZ	0 %	0,0 %
WI	10 %	1,0 %
WI-FS	25 %	0,0 %
WA	25 %	0,0 %
ST	20 %	0,0 %

Statistische Angaben zum Jahresbericht

Entwicklung des beitragspflichtigen Bestandes

	Bestand Anfang 2013 [1]	Zugang	Abgang durch Tod	Abgang durch Invalidität	Abgang durch Erreichen der Altersgrenze	Abgang wegen Beitragsfreistellung oder Erstattung	Bestand Ende 2013	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	in %
Alter am 31.12.2013								
Männer								
unter 20 Jahre	336	436	–	–	–	38	734	1
20 – 24 Jahre	3.064	575	0	–	–	681	2.958	3
25 – 29 „	4.819	750	1	0	–	376	5.192	5
30 – 34 „	8.863	678	1	0	–	458	9.082	8
35 – 39 „	14.091	531	3	3	–	465	14.151	13
40 – 44 „	18.248	416	6	13	–	434	18.211	17
45 – 49 „	22.462	363	17	18	–	376	22.414	21
50 – 54 „	16.913	204	23	24	–	256	16.814	15
55 – 59 „	12.388	94	21	57	4	304	12.096	11
60 – 64 „	7.245	38	24	18	860	167	6.214	6
65 Jahre und älter	422	1	3	–	341	12	67	0
insgesamt	108.851	4.086	99	133	1.205	3.567	107.933	100
Frauen								
unter 20 Jahre	461	497	–	–	–	64	894	1
20 – 24 Jahre	3.971	551	0	–	–	748	3.774	3
25 – 29 „	6.557	632	1	0	–	379	6.809	6
30 – 34 „	11.147	540	1	2	–	416	11.268	10
35 – 39 „	14.978	380	2	10	–	397	14.949	13
40 – 44 „	19.543	360	3	17	–	341	19.542	17
45 – 49 „	22.309	375	18	26	–	292	22.348	20
50 – 54 „	16.863	227	9	49	–	205	16.827	15
55 – 59 „	11.913	110	12	79	–	251	11.681	11
60 – 64 „	5.129	26	9	18	354	87	4.687	4
65 Jahre und älter	209	1	0	0	176	4	30	0
insgesamt	113.080	3.699	55	201	530	3.184	112.809	100
Versicherte insgesamt	**221.931**	**7.785**	**154**	**334**	**1.735**	**6.751**	**220.742**	

Der Anteil der weiblichen Versicherten beträgt 51,1 Prozent.

[1] Im Anfangsbestand sind Anwärter, die bereits aus einem anderen Vertrag eine Rente beziehen, nicht mehr enthalten.

Bewegung des Rentnerbestandes 2013

	Bestand Ende 2012		Zugang	Abgang			Bestand Ende 2013	
				durch Tod	aus sonstigen Gründen	insgesamt		
	Anzahl	EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR
Rentenart								
Altersrenten								
Männer	33.518	275.418.457	1.763	1.033	23	1.056	34.225	285.304.438
Frauen	36.222	172.169.013	1.195	883	31	914	36.503	174.103.827
Invalidenrenten								
Männer	5.561	41.475.308	243	263	8	271	5.533	41.188.513
Frauen	6.892	35.488.285	362	188	16	204	7.050	36.418.835
Witwenrenten	14.631	52.296.569	975	726	18	744	14.862	54.484.957
Witwerrenten	2.185	4.947.622	300	113	38	151	2.334	5.419.209
Waisenrenten	1.625	3.039.609	281	0	229	229	1.677	3.207.691
insgesamt	100.634	584.834.863	5.119	3.206	363	3.569	102.184	600.127.470
Anpassungszuschlag 2014 [1]								64.251
Bestand am 01.01.2014								600.191.721

In den Alters- und Invalidenrenten aus laufender Versicherung sind 2.478 Kinderzuschüsse enthalten.

In den Rentenbeträgen sind die Überschussrente und der Anpassungszuschlag des Geschäftsjahres enthalten.

[1] Anpassungszuschlag zum 01.01.2014 siehe Seite 49 und 50

Verteilung des Rentnerbestandes nach Altersgruppen Ende 2013

	Anzahl der Rentner		Anzahl	Anzahl
	Männer	Frauen	der Witwen	der Witwer
Altersgruppen				
unter 30 Jahre	1	2	1	0
30 – 34 Jahre	8	17	9	1
35 – 39 „	40	67	25	10
40 – 44 „	98	185	73	33
45 – 49 „	189	401	200	83
50 – 54 „	346	650	354	141
55 – 59 „	673	1.180	691	168
60 – 64 „	4.729	6.645	1.018	282
65 – 69 „	9.951	9.927	1.235	322
70 – 74 „	10.011	10.273	2.265	450
75 – 79 „	7.443	7.332	2.862	417
80 – 84 „	3.679	3.395	2.495	198
85 – 89 „	1.945	2.343	2.293	165
90 – 94 „	587	1.034	1.131	60
95 – 99 „	51	85	168	4
100 Jahre und älter	7	17	42	0
insgesamt	39.758	43.553	14.862	2.334

Statistische Angaben

Durchschnittsbeträge der jährlichen Renten

	Bestand Ende 2013			Zugang 2013		
			im Durchschnitt			im Durchschnitt
	Anzahl	EUR	EUR	Anzahl	EUR	EUR
Rentenart						
Altersrenten Männer	34.225	285.304.438	8.336	1.763	16.845.484	9.555
Altersrenten Frauen	36.503	174.103.827	4.770	1.195	5.416.003	4.532
Invalidenrenten Männer	5.533	41.188.513	7.444	243	1.710.825	7.040
Invalidenrenten Frauen	7.050	36.418.835	5.166	362	1.800.903	4.975
Witwenrenten	14.862	54.484.957	3.666	975	4.127.512	4.233
Witwerrenten	2.334	5.419.209	2.322	300	770.682	2.569
Waisenrenten	1.677	3.207.691	1.913	281	630.467	2.244
insgesamt	102.184	600.127.470	5.873	5.119	31.301.876	6.115

Im Zugang sind auch die abgefundenen Bagatellrenten enthalten.

In den Rentenbeträgen sind die Überschussrente und der Anpassungszuschlag des Geschäftsjahres enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 18. März 2014
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Im Berichtsjahr haben vier Sitzungen des Aufsichtsrates und zusätzlich jeweils eine Sitzung des Anlage- und Investitionsausschusses sowie des Prüfungsausschusses stattgefunden.

Der Aufsichtsrat hat sich durch Vorlage umfassender Quartalsberichte über die Entwicklung des Unternehmens und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung, zur Geschäftspolitik und zur strategischen Ausrichtung der Kapitalanlage wurden beraten. Wie bereits in den Vorjahren hat sich der Aufsichtsrat insbesondere mit den Konsequenzen des anhaltenden extremen Niedrigzinsumfeldes für den BVV beschäftigt. In diesem Zusammenhang wurden wiederholt Fragen des Rechnungszinses und der Überschussbeteiligung sowie zur weiteren Stärkung der Finanzkraft und des Eigenkapitalaufbaus des BVV diskutiert und zu „Handlungsoptionen zur Absenkung des Rechnungszinses“ konkrete Maßnahmen beschlossen. Der Aufsichtsrat wurde ferner insbesondere über den Fortgang der Entwicklungen zu Solvency II und der Überarbeitung der Pensionsfondsrichtlinie sowie über die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und der Arbeitsgerichtsbarkeit informiert. Die Berichte über das Gesamtrisikomanagement im BVV sowie die Tätigkeit der Revision wurden zur Kenntnis genommen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 sowie der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Den Prüfungsbericht der beauftragten PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die den uneingeschränkten gesetzlichen Bestätigungsvermerk erteilt hat, hat der Aufsichtsrat mit den Wirtschaftsprüfern erörtert und schließt sich ihm an. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 wird gebilligt. Somit ist der Jahresabschluss festgestellt.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur uneingeschränkten versicherungsmathematischen Bestätigung gemäß § 11a Abs. 2b Satz 2 Versicherungsaufsichtsgesetz zur Kenntnis genommen und keine Einwände erhoben.

In der Mitgliederversammlung am 21. Juni 2013 fand eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat statt. Für Herrn Hermann-Josef Lamberti, der zum 25. Juni 2012 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war, wurde Herr Dr. Stephan Leithner, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, in den Aufsichtsrat gewählt.

Drei Mitglieder haben im Laufe des Jahres ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt: Frau Karin Ruck zum 23. Juli 2013, Herr Harold Hörauf zum 30. September 2013 und Herr Ulrich Sieber zum 31. Dezember 2013. Eine Neuwahl des Aufsichtsrates findet in der Mitgliederversammlung 2014 statt.

Der Aufsichtsrat dankt Frau Ruck, Herrn Hörauf und Herrn Sieber für ihre langjährige, konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat.

Berlin, den 25. April 2014
Der Aufsichtsrat

Heinz Laber
Vorsitzender

BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin

Aufsichtsrat

Heinz Laber *Vorsitzender*	Mitglied des Vorstandes, UniCredit Bank AG, München
Gabriele Platscher *stellv. Vorsitzende*	Vorsitzende des Betriebsrates, Deutsche Bank Braunschweig/Hildesheim
Ulrich Sieber *stellv. Vorsitzender bis 31.12.2013*	ehem. Mitglied des Vorstandes, Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Hans-Hermann Altenschmidt	Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates, Commerzbank AG, Essen
Michael O. Bentlage	Partner, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Frankfurt am Main
Edwin Echl	Mitglied des Vorstandes, SEB AG, Frankfurt am Main
Harold Hörauf *bis 30.09.2013*	ehem. Mitglied des Aufsichtsrates, Bankhaus HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf
Bettina Kies-Hartmann	Stellvertretende Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Michael Klaus	Mitglied des Partnerkreises, B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG, Frankfurt am Main
Peter König	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, UniCredit Bank AG, München
Dr. Stephan Leithner *ab 21.06.2013*	Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Annegret Oerder	Mitglied des Betriebsrates, Commerzbank AG, Köln
Dr. Hans-Walter Peters	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
Karin Ruck *bis 23.07.2013*	ehem. Mitglied des Betriebsrates, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Helene Strinja	Vorsitzende des Betriebsrates, SEB AG, Frankfurt am Main

Vorstand

Dr. Helmut Aden	Berlin
Rainer Jakubowski	Berlin

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berlin

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Die BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. ist eine überbetriebliche rückgedeckte Unterstützungskasse in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der BVV Versorgungskasse ist durch den Rückdeckungsversicherungsvertrag geprägt, der am 1. Juli 1999 mit dem BVV Versicherungsverein des Bankgewebes a.G. geschlossen wurde. Sämtliche Verpflichtungen aus den Leistungszusagen der BVV Versorgungskasse werden entsprechend ihrer Leistungspläne vom BVV Versicherungsverein rückgedeckt.

Die Mitglieder der BVV Versorgungskasse – die Trägerunternehmen – sind deutsche Banken und andere Unternehmen aus dem Finanzdienstleistungsbereich sowie diesen verbundene Dienstleistungsunternehmen. Die versorgungsberechtigten Mitarbeiter der Trägerunternehmen sind ebenfalls Mitglieder der BVV Versorgungskasse.

Gegenstand der Versorgung ist die Erbringung einer Rentenleistung nach Erreichen der Altersgrenze, bei andauernder Berufsunfähigkeit oder Erwerbsminderung sowie die Zahlung von Hinterbliebenenrenten.

Seit dem Jahr 2006 bietet die BVV Versorgungskasse auch die Möglichkeit zu einer außerordentlichen Mitgliedschaft.

Wirtschaftsbericht

Mitgliedsunternehmen

Am 31. Dezember 2013 waren 745 (730)[1] Unternehmen Vollmitglied beim BVV. Im Berichtsjahr konnten 28 (18) neue Unternehmen für die Vollmitgliedschaft im BVV gewonnen werden; gleichzeitig haben 13 (16) Unternehmen zumeist durch Verschmelzungen ihre Mitgliedschaft beim BVV beendet.

Im Jahr 2013 haben sich 21 (23) Unternehmen entschlossen, die durch Entgeltumwandlung finanzierte betriebliche Altersversorgung ihrer Angestellten beim BVV durchzuführen. Dafür haben sie die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV Versicherungsverein oder in der BVV Versorgungskasse erworben. Demgegenüber haben im Berichtsjahr 9 (3) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV zumeist durch Verschmelzungen beendet. Insgesamt bestand am 31. Dezember 2013 für 366 (354) Unternehmen die außerordentliche Mitgliedschaft im BVV.

Eine Aufstellung aller Mitglieds- und Trägerunternehmen sowie der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen ist auf den Seiten 91 ff. abgedruckt.

Bestandsentwicklung

Am 31. Dezember 2013 hatte die BVV Versorgungskasse einen beitragspflichtigen Mitgliederbestand von 125.464 (128.579) Personen. Davon sind 66.125 (68.830) Personen im Leistungsplan A und 59.339 (59.749) Personen in den Leistungsplänen N und ARLEP angemeldet.

Die Überschüsse aus der kongruenten Rückdeckungsversicherung werden überwiegend an die in der BVV Versorgungskasse angemeldeten Mitarbeiter der Trägerunternehmen in Form von Leistungserhöhungen ausgeschüttet.

[1] Angaben in Klammern jeweils Vorjahreszahlen

Ausblick

Im Vergleich zu den anderen Durchführungswegen kann die BVV Versorgungskasse mit zwei wesentlichen Vorteilen argumentieren: Zum einen bietet die BVV Versorgungskasse die volle Steuerfreiheit von Zuwendungen in unbegrenzter Höhe – auch für Entgeltumwandlungen des Arbeitnehmers – und zum anderen gewährleistet sie die Sicherheit der Leistungen durch die kongruente Rückdeckung der Verpflichtungen beim BVV Versicherungsverein.

Im Rahmen der Neuordnung von bestehenden Versorgungszusagen zeichnet sich die BVV Versorgungskasse durch einen besonders attraktiven Dotierungsrahmen aus und spielt in Kombination mit dem BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG eine entscheidende Rolle bei der Übertragung von Direktzusagen auf einen externen Versorgungsträger. Für die Unternehmen hat die Auslagerung der internen Pensionsverpflichtungen vor allem eine bilanzentlastende Wirkung. Aus steuerlichen Gründen werden dabei in der Regel künftige, noch zu erwerbende Anwartschaften – der so genannte Future Service – auf eine rückgedeckte Unterstützungskasse übertragen.

Neben dem BVV Pensionsfonds ergänzt die BVV Versorgungskasse das Angebotsspektrum der BVV-Unternehmen. Damit entspricht der BVV den Erwartungen sowie Bedürfnissen seiner Kunden und bietet ihnen eine leistungsfähige und zeitgemäße Gestaltung der Übertragung von internen Pensionsverpflichtungen.

Die BVV Versorgungskasse ist ebenso wie die anderen Durchführungswege von den Entwicklungen im Rahmen der Portabilitätsrichtlinie betroffen. Die Beschränkung auf grenzüberschreitende Sachverhalte stellt keine Erleichterung dar, da diese nur aufgenommen wurden, um die Richtlinie ohne Einstimmigkeit verabschieden zu können. Auch wenn vor allem die Übergangsregelung und die Dynamisierung problematisch sind, muss zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass der Richtlinienvorschlag inhaltlich angenommen und auch in nationales Recht umgesetzt wird.

Der fehlende Rechtsanspruch im Durchführungsweg Unterstützungskasse führt in der Praxis häufig zu aufsichts- und steuerrechtlichen Fragestellungen und Abgrenzungsproblematiken. Die Versorgungsberechtigten werden jedoch durch den fehlenden Rechtsanspruch nicht benachteiligt, denn die Richter des Bundesarbeitsgerichts haben den fehlenden Rechtsanspruch bereits vor einiger Zeit umgedeutet in ein an sachliche Gründe gebundenes Widerrufsrecht des Arbeitgebers. Damit besteht ein faktischer Anspruch des Arbeitnehmers auf die zugesagten Versorgungsleistungen. Wir gehen davon aus, dass es zu den aufsichts- und steuerrechtlichen Fragen zu Klarstellungen kommen wird.

Der BVV erwartet, dass die Unterstützungskasse auch weiterhin für die Trägerunternehmen ein attraktiver Durchführungsweg sein wird und im Rahmen der Neuordnung von Versorgungssystemen sowie der Gestaltung von Zusagen für Fach- und Führungskräfte zum Einsatz kommt.

Jahresabschluss 2013

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite

		2012
	EUR	Tsd. EUR
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen an Trägerunternehmen	944.988	904
2. Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung	6.148.458.202	5.712.501
3. Sonstige Vermögensgegenstände	277.160	249
Rechnungsabgrenzungsposten	4.082.400	3.491
	6.153.762.750	5.717.145

Passivseite

		2012
	EUR	Tsd. EUR
Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke	6.148.458.202	5.712.501
Verbindlichkeiten aus der Rückdeckungsversicherung	944.988	904
Sonstige Verbindlichkeiten	277.160	249
Rechnungsabgrenzungsposten	4.082.400	3.491
	6.153.762.750	5.717.145

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

		2012
	EUR	Tsd. EUR
1. Zuwendungen von Trägerunternehmen	348.693.795	344.071
2. Veränderung der Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung	435.957.070	523.821
3. Erhaltene Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung	48.467.998	42.082
4. Geleistete Rückdeckungsversicherungsbeiträge	348.693.795	344.071
5. Aufwendungen für Rentenleistungen	48.467.998	42.082
6. Zuführung zur Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke	435.957.070	523.821
7. Jahresüberschuss	0	0

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung sind in Höhe der beim Rückdeckungsversicherer bilanzierten Deckungsrückstellung ausgewiesen.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Die Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke ist in Höhe der Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung bilanziert.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

Die Forderungen an Trägerunternehmen betreffen rückständige Zuwendungen.

Die Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung entsprechen dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital beim Rückdeckungsversicherer.

Unter Rechnungsabgrenzungsposten sind im Voraus an den Rückdeckungsversicherer geleistete Beiträge für das Folgejahr sowie Rentenvorauszahlungen für Januar 2014 ausgewiesen.

Passivseite

Die Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke betrifft Ansprüche aus der Rückdeckungsversicherung.

Die Verbindlichkeiten aus der Rückdeckungsversicherung resultieren aus noch nicht geleisteten Rückdeckungsversicherungsbeiträgen.

Der Rechnungsabgrenzungsposten enthält vorausgezahlte Zuwendungen von Trägerunternehmen sowie im Voraus vom Rückdeckungsversicherer erhaltene Rentenleistungen für Januar 2014.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Zuwendungen von Trägerunternehmen sind in voller Höhe als Rückdeckungsversicherungsbeiträge verwendet worden.

Die Aufwendungen für Rentenleistungen betreffen gezahlte Versorgungsleistungen, die in voller Höhe vom Rückdeckungsversicherer erstattet wurden.

Die Zuführung zur Rückstellung für satzungsgemäße Zwecke entspricht der Erhöhung des Anspruchs aus der Rückdeckungsversicherung.

Angaben gemäß § 285 Nr. 3 HGB

Im Rahmen eines mit dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungsvertrages übernimmt dieser aus Effizienzgründen alle Verwaltungstätigkeiten der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. Aufwendungen des BVV Versicherungsvereins sind durch die zu leistenden Beiträge abgegolten. Durch den Vertrag ergeben sich positive Auswirkungen auf die Liquidität der BVV Versorgungskasse.

Sonstige Angaben

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 58 und 59 aufgeführt.

Berlin, den 4. März 2014
Der Vorstand

Dr. Helmut Aden Rainer Jakubowski

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An den BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 18. März 2014
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt	ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Aufgaben die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Im Berichtsjahr haben vier Sitzungen des Aufsichtsrates sowie eine Sitzung des Prüfungsausschusses stattgefunden. Ferner hat sich der Aufsichtsrat durch Vorlage umfassender Quartalsberichte über die Entwicklung des Unternehmens und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung und zur Geschäftspolitik wurden beraten.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 sowie der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Den Prüfungsbericht der beauftragten PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die den uneingeschränkten gesetzlichen Bestätigungsvermerk erteilt hat, hat der Aufsichtsrat mit den Wirtschaftsprüfern erörtert und schließt sich ihm an. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 wird gebilligt. Somit ist der Jahresabschluss festgestellt.

In der Mitgliederversammlung am 21. Juni 2013 fand eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat statt. Für Herrn Hermann-Josef Lamberti, der zum 25. Juni 2012 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war, wurde Herr Dr. Stephan Leithner, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, in den Aufsichtsrat gewählt.

Drei Mitglieder haben im Laufe des Jahres ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt: Frau Karin Ruck zum 23. Juli 2013, Herr Harold Hörauf zum 30. September 2013 und Herr Ulrich Sieber zum 31. Dezember 2013. Eine Neuwahl des Aufsichtsrates findet in der Mitgliederversammlung 2014 statt.

Der Aufsichtsrat dankt Frau Ruck, Herrn Hörauf und Herrn Sieber für ihre langjährige, konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat.

Berlin, den 25. April 2014
Der Aufsichtsrat

Heinz Laber
Vorsitzender

BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin

Aufsichtsrat

Heinz Laber *Vorsitzender*	Mitglied des Vorstandes, UniCredit Bank AG, München
Gabriele Platscher *stellv. Vorsitzende*	Vorsitzende des Betriebsrates, Deutsche Bank Braunschweig/Hildesheim
Ulrich Sieber *stellv. Vorsitzender bis 31.12.2013*	ehem. Mitglied des Vorstandes, Commerzbank AG, Frankfurt am Main
Hans-Hermann Altenschmidt	Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates, Commerzbank AG, Essen
Michael O. Bentlage	Partner, Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA, Frankfurt am Main
Edwin Echl	Mitglied des Vorstandes, SEB AG, Frankfurt am Main
Harold Hörauf *bis 30.09.2013*	ehem. Mitglied des Aufsichtsrates, Bankhaus HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf
Bettina Kies-Hartmann	Stellvertretende Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
Michael Klaus	Mitglied des Partnerkreises, B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG, Frankfurt am Main
Peter König	Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, UniCredit Bank AG, München
Dr. Stephan Leithner *ab 21.06.2013*	Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Annegret Oerder	Mitglied des Betriebsrates, Commerzbank AG, Köln
Dr. Hans-Walter Peters	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
Karin Ruck *bis 23.07.2013*	ehem. Mitglied des Betriebsrates, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Helene Strinja	Vorsitzende des Betriebsrates, SEB AG, Frankfurt am Main

Vorstand

Dr. Helmut Aden	Berlin
Rainer Jakubowski	Berlin

Verantwortliche Aktuarin

Katrin Schulze

Treuhänder

Michael Waage	Treuhänder
Friedhelm Dresp	stellv. Treuhänder

Abschlussprüfer

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berlin

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG wurde in der Rechtsform der Aktiengesellschaft mit Wirkung vom 23. November 2007 als 100-prozentige Tochtergesellschaft des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. gegründet.

Der BVV Pensionsfonds kommt vor allem im Rahmen von Neuordnungen und damit einhergehenden Auslagerungen von Pensionsverpflichtungen zum Einsatz. Im Rahmen von § 3 Nr. 66 in Verbindung mit § 4e Einkommensteuergesetz (EStG) bietet der BVV Pensionsfonds den Unternehmen der Banken- und Finanzdienstleistungsbranche die Möglichkeit, ihre Direktzusagesysteme auf den BVV Pensionsfonds zu übertragen.

Sämtliche Versorgungsverpflichtungen aus dem BVV Pensionsfonds werden vom BVV Versicherungsverein kongruent rückgedeckt.

Gegenstand der Versorgung ist die Erbringung einer Rentenleistung nach Erreichen der Altersgrenze, bei andauernder Berufsunfähigkeit oder Erwerbsminderung sowie die Zahlung von Hinterbliebenenrenten. Je nach Gestaltungsvariante bietet der BVV Pensionsfonds die Möglichkeit einer vollständigen Umstrukturierung von endgehaltsabhängigen Zusagen oder unterschiedliche Modelle, um bestehende Direktzusagen auch ohne arbeitsrechtliche Modifikation abzulösen.

Im Berichtszeitraum wurde ein Beitragsvolumen in Höhe von 26,8 (2,9)[1] Mio. Euro erzielt. Damit ist im Vergleich zum Vorjahr bei den Unternehmen die Motivation, Pensionsverpflichtungen auf den BVV zu übertragen, spürbar gestiegen.

Bis zum Bilanzstichtag wurden insgesamt 2.309 (1.958) Versorgungszusagen übertragen. Dabei forciert der BVV Pensionsfonds auch andere BVV-Dienstleistungen und generiert Beiträge für die BVV Versorgungskasse sowie den BVV Versicherungsverein.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem nach § 312 Aktiengesetz (AktG) erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass der BVV Pensionsfonds bei den aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die dem Vorstand zum Zeitpunkt der Vornahme der Rechtsgeschäfte bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhielt. Berichtspflichtige Maßnahmen wurden weder getroffen noch unterlassen.

Wirtschaftsbericht

Jahresabschluss, Überschuss, Gewinnquellen

Aus dem Überschuss des Geschäftsjahres von 164,8 (170,0) Tsd. Euro wurden 8,2 (8,5) Tsd. Euro in die gesetzliche Rücklage eingestellt. Der verbleibende Überschuss von 156,6 (161,5) Tsd. Euro steht als Bilanzgewinn zur Verwendung durch die Aktionäre zur Verfügung. Der erwirtschaftete Gesamtüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den Zinserträgen der Kapitalanlagen für eigene Rechnung. Der Geschäftsverlauf war im Berichtszeitraum erwartungsgemäß.

Bestandsentwicklung

Es bestehen 2.309 (1.958) Versorgungsverhältnisse, davon 1.505 (1.316) für Anwärter. Für diese Versorgungsverhältnisse wurden Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein abgeschlossen.

Eine Versorgungszusage für einen Anwärter besteht nach dem Pensionsplan N-I, alle anderen nach dem Pensionsplan N.

[1] Angaben in Klammern jeweils Vorjahreszahlen

Leistungsempfänger

Im BVV Pensionsfonds bestehen 804 (642) Versorgungsverhältnisse für Rentenempfänger, davon 636 (508) Altersrenten, 35 (25) Invalidenrenten und 133 (109) Hinterbliebenenrenten.

Beiträge

Die Beitragseinnahmen des Geschäftsjahres beliefen sich auf 26,8 (2,9) Mio. Euro und betrafen ausschließlich Einmalbeiträge von Trägerunternehmen. Hierbei handelt es sich um Zahlungen für in der Vergangenheit erworbene Pensionsansprüche und Anwartschaften.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen für eigene Rechnung beliefen sich im Berichtsjahr auf 237,0 (238,6) Tsd. Euro. Es handelt sich ausschließlich um Zinserträge. Die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen für eigene Rechnung betrug 4,6 Prozent.

Darüber hinaus wurden Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Höhe von 1.157,2 (1.033,7) Tsd. Euro erzielt.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf insgesamt 312,2 (608,4) Tsd. Euro. Darin enthalten sind Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Höhe von 312,1 (608,3) Tsd. Euro. Dabei handelt es sich um endgültig erloschene Ansprüche aus den Rückdeckungsversicherungen aufgrund des Todes von Versorgungsberechtigten.

Leistungen

Die gesamten Versorgungsleistungen betrugen 4.614,3 (3.813,5) Tsd. Euro. Hiervon entfallen auf Alters- und Invalidenrenten 4.007,3 (3.252,9) Tsd. Euro sowie 600,4 (558,7) Tsd. Euro auf Hinterbliebenenrenten.

Steuerzahlungen

Der BVV Pensionsfonds unterliegt der uneingeschränkten Steuerpflicht. Die Aufwendungen für Körperschaft-, Kapitalertrag- und Gewerbeertragsteuer wurden mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag bemessen, sodass für das Geschäftsjahr 2013 ein Gesamtaufwand von 71,7 (73,5) Tsd. Euro anzusetzen ist.

Verwaltungskosten

Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des BVV Pensionsfonds ist durch den Rückdeckungsvertrag mit dem BVV Versicherungsverein gekennzeichnet. Sämtliche Aufwendungen im Zusammenhang mit pensionsfonds- und kapitalanlagespezifischen Verwaltungstätigkeiten werden vertragsgemäß durch das Mutterunternehmen übernommen. Infolgedessen fallen keine Verwaltungsaufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb oder die Kapitalanlagen an.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des BVV Pensionsfonds umfasst das Grundkapital, die Kapitalrücklagen, die Gewinnrücklagen und den Bilanzgewinn. Beim Grundkapital handelt es sich um 50 Tsd. Namensaktien mit einem Nennbetrag von jeweils 100 Euro. Unter der Kapitalrücklage wird der vom BVV Versicherungsverein bereitgestellte Organisationsfonds ausgewiesen. Er beträgt zum Bilanzstichtag 161 Tsd. Euro. Die gesetzliche Rücklage wurde in Höhe von 8,2 Tsd. Euro dotiert. Der Bilanzgewinn enthält den nach teilweiser Verwendung des Jahresergebnisses verbleibenden Überschuss des Berichtsjahres in Höhe von 156,6 Tsd. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt im Verhältnis zur Deckungsrückstellung (ohne Hinzurechnung des Organisationsfonds) 4,0 Prozent. Die Solvabilitätsquote beträgt 168,3 Prozent.

Kapitalanlagen

Die Ertragssituation des BVV Pensionsfonds war geprägt von der Anlage des gezeichneten Kapitals und der laufenden Verwaltung der im geringen Umfang notwendigen Liquidität.

Das im Gründungsjahr zur Verfügung gestellte Eigenkapital wurde langfristig in Form eines Schuldscheindarlehens eines deutschen Bundeslandes mit seinerzeit 20-jähriger Laufzeit und einem Kupon von 4,73 Prozent investiert. Die vergleichsweise geringe Liquidität lag per Ende Dezember 2013 bei 136,5 Tsd. Euro, die durchschnittliche Verzinsung des Tagesgeldes betrug im Jahr 2013 rund 0,4 Prozent.

Deckungsrückstellung und Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Die Deckungsrückstellung entspricht den Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Kapitalanlagen entsprechen dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung.

Liquidität

Infolge des bestehenden Rückdeckungsvertrages mit dem BVV Versicherungsverein und der daraus abgeleiteten Übernahmeverpflichtung bei ausstehenden Zahlungsanforderungen sowie durch Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität in Form von Barmitteln sind Liquiditätsengpässe für den BVV Pensionsfonds nicht absehbar. Insgesamt stehen zum Bilanzstichtag Einlagen bei Kreditinstituten und laufende Guthaben in einer Gesamthöhe von 136,6 (133,1) Tsd. Euro zur Verfügung.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Risikobericht

Der BVV Pensionsfonds ist in das bestehende Risikomanagement des BVV Versicherungsvereins eingebunden. Die Risiken für den BVV Pensionsfonds sind auf Zinsänderungs- und Kreditrisiken aus den Kapitalanlagen für eigene Rechnung beschränkt. Für sämtliche Versorgungsverhältnisse sind Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein abgeschlossen. Diese Rückdeckungsversicherungen bedecken als Kapitalanlagen die Verpflichtungen des BVV Pensionsfonds. Somit entstehen aus dem betriebenen Geschäft weder pensionsfondstechnische Risiken noch Kapitalanlagerisiken für den BVV Pensionsfonds. Die Verwaltungstätigkeiten werden vollständig durch den BVV Versicherungsverein übernommen.

Ausblick und Perspektiven

Der BVV Pensionsfonds nahm im Januar 2008 seine Geschäftstätigkeit auf. Sein vorrangiges Geschäftsziel ist es, in Kombination mit der kongruent rückgedeckten BVV Versorgungskasse die Pensionsverpflichtungen aus Direktzusagen von Finanzdienstleistungsunternehmen zu übernehmen und auszufinanzieren.

Die Direktzusage ist in Deutschland noch immer der vorherrschende Durchführungsweg in der betrieblichen Altersversorgung, wobei sie seit einigen Jahren bei den Arbeitgebern zunehmend an Attraktivität verliert. Die Gründe dafür sind vielfältig: Ständig steigende regulatorische Anforderungen, Bilanzsprungrisiken, biometrische Risiken und der zunehmend negative Einfluss auf die Bilanzkennzahlen, der überwiegend durch die Niedrigzinspolitik und die daraus resultierenden steigenden Pensionsverpflichtungen herbeigeführt wird. Deshalb besteht zunehmend das Interesse, Direktzusagen auf andere Durchführungswege und somit auf externe Versorgungsträger ohne negative steuerliche Effekte auszulagern. Diese Übertragung hat für die Unternehmen einen bilanzentlastenden Effekt, da die für die Direktzusage notwendigen Rückstellungen aufgelöst werden. Weitere Zielsetzungen für eine Auslagerung der Direktzusage sind häufig die Übertragung biometrischer Risiken, die Vereinheitlichung heterogener Versorgungs-

systeme sowie die Reduktion administrativer Kosten.

Die Perspektiven des BVV Pensionsfonds in den nächsten Jahren sind aufgrund des Liquiditätsbedarfs bei der Ausfinanzierung von Pensionszusagen maßgeblich von den Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten und den daraus resultierenden speziellen Auswirkungen für die Banken- und Finanzdienstleistungsbranche abhängig. In den vergangenen Jahren wurde daher eine bedarfsgerechte Produktpalette erarbeitet, die orientiert an den Bedürfnissen der Trägerunternehmen, gezielt weiterentwickelt wird. Das Zusammenspiel der Durchführungswege Pensionsfonds und Unterstützungskasse ermöglicht es dem BVV, ein attraktives Leistungsspektrum anzubieten und kundenbezogene Produktlösungen weiterzuentwickeln. Es ist für die folgenden Geschäftsjahre davon auszugehen, dass das aktuelle Niedrigzinsniveau weiter anhält und sich in den Bilanzen und der Ertragsrechnung der Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen auswirken wird. Diese Entwicklungen werden die Ertragslage des BVV Pensionsfonds weiter stark beeinflussen und in den zukünftigen Geschäftsjahren zu stark schwankenden Beitragseinnahmen führen. Wir erwarten jedoch Beiträge in der Größenordnung des Jahres 2013. Neben den bisher erzielten Einmalbeiträgen trägt der BVV Pensionsfonds auch indirekt maßgeblich zum Erfolg des BVV bei, weil darüber hinaus kontinuierlich Neubeiträge in die BVV Versorgungskasse fließen. Das im Jahr 2014 zu erwartende Kapitalanlageergebnis für eigene Rechnung, der resultierende Jahresüberschuss des BVV Pensionsfonds, die Dotierung der Gewinnrücklage sowie der Bilanzgewinn werden aufgrund des Geschäftsmodells auf dem Niveau des aktuellen Geschäftsjahres erwartet. Durch den intensiven Austausch mit den Mitgliedsunternehmen hat der BVV neben dem bereits angebotenen Pensionsplan einen weiteren auf den Kundenbedarf abgestimmten nicht versicherungsförmigen Pensionsplan entwickelt, der nach unserer Ansicht den Liquiditätsaufwand bei Übertragungen deutlich reduzieren wird. Deshalb sieht der BVV in diesem Geschäftsfeld große Potenziale, die bereits im Jahr 2014 positiv zum Geschäftsergebnis beitragen sollten.

Im Jahr 2013 stimmte der Deutsche Bundestag dem Entwurf der Bundesregierung zum Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetz zu, der eine Besserstellung des Durchführungsweges Pensionsfonds beinhaltet. In Abänderung des § 112 VAG wurde dem Pensionsfonds nun das volle Kapitalwahlrecht zugestanden, sodass entsprechende Versorgungszusagen 1:1 auf einen Pensionsfonds übertragen werden können. Der BVV wird den möglichen Bedarf sowie positive Ertragsaussichten prüfen und gegebenenfalls die bestehenden Pensionspläne um ein solches Kapitalwahlrecht ergänzen.

Für den BVV Versicherungsverein, in dem die für die Versorgungsberechtigten maßgeblichen wirtschaftlichen Entwicklungen ihren Niederschlag finden, erwarten wir für die Jahre 2014 und 2015 erneut ein sehr anspruchsvolles Umfeld, wobei die Geschäftsergebnisse wesentlich von den weiteren Geschehnissen an den internationalen Kapitalmärkten bestimmt sein werden.

Die entscheidende Einflussgröße für das Ergebnis des BVV Versicherungsvereins stellt das allgemeine Zinsumfeld dar. Seit mehreren Jahren liegt die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen als Indikator für das Umfeld zinstragender Vermögensanlagen deutlich unter 4 Prozent. Insbesondere aufgrund der anhaltenden Schuldenproblematik in Verbindung mit geringem Wirtschaftswachstum in den meisten westlichen Industrieländern bleiben die Kapitalmarktzinsen voraussichtlich unzureichend niedrig. Daher bleibt eine flexible Anlagepolitik in Verbindung mit einer weiteren Diversifikation in anderen Regionen und Anlageklassen angezeigt.

Bilanz zum 31. Dezember 2013
Aktivseite

			2012
	EUR	EUR	Tsd. EUR
A. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Sonstige Ausleihungen			
a) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.000.000		5.000
2. Einlagen bei Kreditinstituten	136.500		133
		5.136.500	5.133
B. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
I. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern		130.028.531	103.987
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:			
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	42.025		0
II. Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen	1.318.261		1.287
		1.360.286	1.287
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	80		0
II. Andere Vermögensgegenstände	411.334		330
		411.414	330
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		230.693	231
		137.167.424	110.968

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Berlin, den 4. März 2014

Der Treuhänder
Michael Waage

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	2012 Tsd. EUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
1. Gezeichnetes Kapital	5.000.000			5.000
2. abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0			0
		5.000.000		5.000
II. Kapitalrücklage		161.000		161
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		47.810		40
IV. Bilanzgewinn		156.568		161
			5.365.378	5.362
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle			160.728	154
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
I. Deckungsrückstellung			130.028.531	103.987
D. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen			1.896	2
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber:				
1. Arbeitgebern		1.157.532		1.133
II. Verbindlichkeiten gegenüber Lebensversicherungsunternehmen		453.359		330
III. Sonstige Verbindlichkeiten		0		0
			1.610.891	1.463
			137.167.424	110.968

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C.I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 116 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Berlin, den 4. März 2014

Die Verantwortliche Aktuarin
Katrin Schulze

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	EUR	EUR	2012 Tsd. EUR
I. Pensionsfondstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		26.758.676	2.879
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		1.394.191	1.272
3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		4.399.492	2.932
4. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge		0	5
5. Aufwendungen für Versorgungsfälle			
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	4.607.740		3.812
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	6.569		2
		4.614.309	3.814
6. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		26.041.117	1.003
7. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	114		0
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	312.101		608
		312.215	608
8. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		197.211	388
9. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen		1.150.619	1.032
10. Pensionsfondstechnisches Ergebnis		236.888	243
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung			
1. Sonstige Aufwendungen	425		0
2. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		236.463	243
3. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		71.654	74
4. Jahresüberschuss		164.809	169
5. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage		8.241	8
6. Bilanzgewinn		156.568	161

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Die unter den Einlagen bei Kreditinstituten ausgewiesenen Tagesgelder werden zum Nennwert bilanziert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden nach § 341d HGB mit dem Zeitwert angesetzt.

Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft und Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen sind mit den Nominalbeträgen bilanziert.

Die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten sowie die Anderen Vermögensgegenstände werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die unter dem Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesenen, noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert.

Die Bilanzierung der unter dem Gezeichneten Kapital ausgewiesenen Beträge erfolgt zum Nennwert der Namensaktien.

Unter der Kapitalrücklage wird der Organisationsfonds zum Nominalbetrag bilanziert.

Die gesetzliche Rücklage wird nach den Vorschriften des § 150 Abs. 2 AktG dotiert.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle wird entsprechend der voraussichtlichen Inanspruchnahme für Versorgungsfälle der letzten Geschäftsjahre bilanziert.

Die unter den Pensionsfondstechnischen Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgewiesene Deckungsrückstellung entspricht dem am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Das Vermögen wurde aus geleisteten einmaligen Einlösungsbeiträgen entsprechend dem zu Grunde liegenden Pensionsplan gebildet. Zur Bedeckung der Verpflichtungen wurden Rückdeckungsversicherungen bei dem BVV Versicherungsverein abgeschlossen.

Die Einlösungsbeiträge sind so kalkuliert, dass die prospektiv bewerteten Verpflichtungen aus den Leistungszusagen für Anwärter und Rentner mit den Rechnungsgrundlagen zu Beginn der Zusage finanziert sind. Sie wurden unter Anwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen auf Basis eines besten Schätzwertes und unter Einbeziehung von Sicherheitsspannen ermittelt.

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgt einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode.

Für Verpflichtungen im Rentenbezug wurde die nach § 17 der Verordnung über die Rechnungslegung von Pensionsfonds (RechPensV) mindestens zu bildende Deckungsrückstellung prospektiv als Barwert der Leistungen berechnet. Dabei wurden als Rechnungsgrundlagen die Sterbetafeln des BVV Versicherungsvereins mit einem Rechnungszins von 2,25 Prozent, für ab 1. Januar 2012 übernommene Zusagen mit einem Rechnungszins von 1,75 Prozent verwendet.

Die Deckungsrückstellung entspricht damit genau dem unter dem Posten Aktiva B.I. ausgewiesenen Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Somit ist sichergestellt, dass die während des Rentenbezugs mindestens zu bildende Deckungsrückstellung bedeckt ist. Zusatzreserven nach § 13 Abs. 2 RechPensV sind nicht erforderlich.

Der unter den Steuerrückstellungen ausgewiesene Betrag umfasst den noch nicht gezahlten Steueraufwand des Geschäftsjahres. Die Bilanzierung erfolgt zum voraussichtlichen Erfüllungs-

betrag, der sich nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ergibt.

Rückstellungsbeträge, für die keine Inanspruchnahme erfolgt, werden erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter Andere Verbindlichkeiten ausgewiesenen Schuldposten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet.

Ausweis

Der Ausweis erfolgt entsprechend den in § 2 RechPensV vorgeschriebenen Formblättern:

- Formblatt 1 (Bilanz)
- Formblatt 2 (Gewinn- und Verlustrechnung).

Erläuterungen zur Bilanz – Aktivseite –

Entwicklung der Aktivposten A I im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Umbuchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschreibungen Tsd. EUR	Abschreibungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A.I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Sonstige Ausleihungen							
a) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.000						5.000
2. Einlagen bei Kreditinstituten	133	3					136
Insgesamt	5.133	3					5.136

Entwicklung der im Aktivposten B I erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2013

Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Umbuchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Nicht realisierte Gewinne Tsd. EUR	Nicht realisierte Verluste Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
1. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	103.987	26.759		4.920	4.399	197	130.028
Insgesamt	103.987	26.759		4.920	4.399	197	130.028

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 36 RechPensV in Verbindung mit §§ 54, 55 und § 56 RechVersV

Für die ausgewiesenen Kapitalanlagen ergaben sich folgende Zeitwerte:

	2013	2012
	EUR	EUR
Schuldscheinforderungen und Darlehen	6.246.473	6.695.269
Einlagen bei Kreditinstituten	136.500	133.100
	6.382.973	6.828.369

Ferner hält der BVV Pensionsfonds Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, deren Zeitwert nach § 341d HGB ermittelt wurde und sich auf 130.028.531 (103.987.414) Euro beläuft.

Die Bewertung des Schuldscheindarlehens erfolgt mittels Barwert, dessen Berechnung auf den Referenzzinssätzen der EUR-SWAP-Kurve basiert. Abhängig vom Besicherungsgrad der Gattung, dem Rating des Emittenten sowie der Laufzeit des Produktes werden Bewertungsaufschläge (Credit Spreads) berücksichtigt. Die relevanten Credit Spreads entsprechen den jeweiligen Marktbedingungen und werden kontinuierlich überwacht.

A.I.1.a) Schuldscheinforderungen und Darlehen

Das in dieser Position ausgewiesene Schuldscheindarlehen ist zu Anschaffungskosten in Höhe von 5.000.000 Euro bewertet.

A.I.2. Die Einlagen bei Kreditinstituten umfassen ausschließlich Tagesgelder.

B.I. Der BVV Pensionsfonds hält Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Form von Lebensversicherungsverträgen bei verbundenen Unternehmen in Höhe von 130.028.531 (103.987.414) Euro.

C.II. Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen

Die in dieser Position ausgewiesenen Beträge enthalten hauptsächlich die im Rahmen der Rückdeckungsversicherung zugeteilten Überschussanteile. Die entsprechenden Beträge werden direkt an die Trägerunternehmen ausgeschüttet. Ferner sind an den Rückdeckungsversicherer weitergeleitete Beitragsvorauszahlungen von Trägerunternehmen enthalten. Sämtliche in dieser Position ausgewiesenen Forderungen bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen.

D. Bei den unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Positionen handelt es sich um laufende Bankguthaben und Rentenvorauszahlungen für das Jahr 2014.

E.I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

In dieser Position sind die noch nicht fälligen Zinsen der Kapitalanlage des BVV Pensionsfonds für eigene Rechnung erfasst.

Erläuterungen zur Bilanz – Passivseite –

A.I.1. Gezeichnetes Kapital

In dieser Position ist das Grundkapital des BVV Pensionsfonds ausgewiesen. Es handelt sich dabei um 50.000 Namensaktien – ausgestellt auf den BVV Versicherungsverein – mit einem Nennbetrag von jeweils 100 Euro.

A.II. Kapitalrücklage

Zum 31. Dezember 2013 beträgt die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB unverändert 161.000 Euro.

A.III.1. In die Gesetzliche Rücklage wurde nach § 150 Abs. 2 AktG aus dem Jahresüberschuss ein Betrag von 8.241 Euro eingestellt. Sie beträgt zum 31. Dezember 2013 47.810 Euro.

A.IV. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2013 beträgt 156.568 Euro.

C.I. Deckungsrückstellung

Die mindestens zu bildende Deckungsrückstellung beträgt 81.152.430 Euro. Zusatzdeckungsrückstellungen waren nicht zu bilden.

D.I. Die unter der Position ausgewiesenen Steuerrückstellungen setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2013 EUR	2012 EUR
Rückstellung für Körperschaftsteuer/ Solidaritätszuschlag	967	782
Rückstellung für Gewerbesteuer	929	989
	1.896	1.771

E. Die unter den Anderen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Beträge umfassen die vertraglich an die Trägerunternehmen auszuschüttenden Erträge aus den Rückdeckungsversicherungen, vom Rückdeckungsversicherer erhaltene Rentenvorauszahlungen sowie die von den Trägerunternehmen im Voraus geleisteten Beiträge. Sämtliche unter der Position E.II. ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die unter den anderen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Beträge haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Beiträge

Bei den verdienten Beiträgen des BVV Pensionsfonds in Höhe von 26.758.676 (2.878.957) Euro handelt es sich um Einmalbeiträge resultierend aus leistungsbezogenen Pensionsplänen ohne Gewinnbeteiligung.

I.2.a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2013 EUR	2012 EUR
Erträge aus Kapitalanlagen für eigene Rechnung		
Zinsen aus Schuldscheinforderungen	236.484	236.516
Tagesgeldzinsen	519	2.090
	237.003	238.606
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Erträge aus Lebensversicherungsverträgen)		
Direktgutschriften	1.150.619	1.031.713
Rückstellungen für unerledigte Versorgungsfälle	6.569	1.959
	1.394.191	1.272.278

I.5.a)

Die Zahlungen für Versorgungsfälle belaufen sich auf insgesamt 4.607.740 (3.811.584) Euro. Darin sind Zahlungen für das laufende Geschäftsjahr in Höhe von 3.833.338 (3.211.371) Euro für Alters- und Invalidenrenten sowie Aufwendungen für Hinterbliebenenrenten in Höhe von 600.418 (541.905) Euro enthalten.

I.7. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2013 EUR	2012 EUR
Aufwendungen aus Kapitalanlagen für eigene Rechnung	114	146
Aufwendungen aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aufwendungen aus Lebensversicherungsverträgen)		
Abgangsverluste	312.101	608.294
	312.215	608.440

I.8.

Der unter Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen ausgewiesene Betrag betrifft ausschließlich negative Veränderungen der Deckungsrückstellung infolge von Todesfällen aus dem Versichertenbestand mit Hinterbliebenenversorgung.

I.9.

Die Sonstigen pensionsfondstechnischen Aufwendungen enthalten ausschließlich die an die Arbeitgeber auszuschüttenden Überschüsse aus der Rückdeckungsversicherung.

II.3. Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2013	2012
	EUR	EUR
Gewerbeertragsteuer	34.165	34.936
Körperschaftsteuer	35.406	36.001
Solidaritätszuschlag	1.954	2.009
Kapitalertragsteuer	129	518
	71.654	73.464

Angaben gemäß § 285 Nr. 3 HGB

Im Rahmen eines mit dem BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. abgeschlossenen Funktionsausgliederungsvertrages übernimmt der BVV Versicherungsverein aus Effizienzgründen alle Verwaltungstätigkeiten für den BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG. Aufwendungen des BVV Versicherungsvereins sind durch die zu leistenden Beiträge abgegolten. Ferner übernimmt der BVV Versicherungsverein alle Kosten des BVV Pensionsfonds einschließlich der externen Unternehmenskosten. Durch den Vertrag ergeben sich positive Auswirkungen auf die Liquidität des BVV Pensionsfonds.

Sonstige Angaben

Die Namen der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sind auf den Seiten 68 und 69 aufgeführt.

Der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG verfügt über kein eigenes Personal.

Am BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG ist zum Bilanzstichtag der BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. zu 100 Prozent beteiligt.

Der Jahresabschluss des BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG wird in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Kurfürstendamm 111 – 113, 10711 Berlin einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Berlin, den 4. März 2014
Der Vorstand

Dr. Helmut Aden Rainer Jakubowski

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2013

	Anwärter		Invaliden- und	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	643	673	259	274
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	120	91	97	65
2. sonstiger Zugang	3	8	–	–
3. gesamter Zugang	123	99	97	65
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	8	16
2. Beginn der Altersrente	18	9	–	–
3. Invalidität	2	3	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	–	–
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	–	–	–	–
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	–	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	1	–	–
8. gesamter Abgang	20	13	8	16
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	746	759	348	323
davon				
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	–	–		
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	–	–		
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	746	759		
4. beitragsfreie Anwartschaften	746	759		Anpassungs-
5. in Rückdeckung gegeben	662	698		zuschlag 2014
6. in Rückversicherung gegeben	–	–		
7. lebenslange Altersrente	746	759		
8. Auszahlungsplan mit Restverrentung	–	–		Bestand
				am 01.01.2014

Altersrenten	Hinterbliebenenrenten					
Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
				Witwen	Witwer	Waisen
EUR	Anzahl	Anzahl	Anzahl	EUR	EUR	EUR
3.358.968	103	5	1	567.932	6.978	239
1.023.417	22	8	2	36.206	5.463	202
–	–	–	–	–	–	–
1.023.417	22	8	2	36.206	5.463	202
87.082	6	1	–	10.324	1.768	0
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
–	–	1	–	–	–	–
–	0	–	–	0	696	0
–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–
87.082	6	2	–	10.324	2.464	0
4.295.303	119	11	3	593.814	9.977	441
33.651				2.823	47	4
4.328.954				596.637	10.024	445

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 18. März 2014
PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sören Kreißl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht und sich von ihrer Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Im Berichtsjahr haben vier Sitzungen des Aufsichtsrates sowie eine Sitzung des Prüfungsausschusses stattgefunden. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über die Entwicklung des Unternehmens und alle wichtigen Geschäftsvorfälle informiert. Alle grundsätzlichen Fragen zur Geschäftsführung und zur Geschäftspolitik wurden beraten.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 sowie der Lagebericht wurden vom Aufsichtsrat geprüft. Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Den Prüfungsbericht der beauftragten PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, die den uneingeschränkten gesetzlichen Bestätigungsvermerk erteilt hat, hat der Aufsichtsrat mit den Wirtschaftsprüfern erörtert und schließt sich ihm an. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013 wird gebilligt. Somit ist der Jahresabschluss festgestellt.

Mit dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden geprüft.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,

2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstandes am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Der Abhängigkeitsbericht und der hierzu erstattete Prüfungsbericht wurden allen Mitgliedern des Aufsichtsrates übermittelt. Diese Unterlagen wurden in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich erörtert. Den hierzu erstatteten Bericht des Abschlussprüfers haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur uneingeschränkten versicherungsmathematischen Bestätigung gemäß § 11a Abs. 2b Satz 2 Versicherungsaufsichtsgesetz zur Kenntnis genommen und keine Einwände erhoben.

In der Hauptversammlung am 21. Juni 2013 fand eine Ersatzwahl für den Aufsichtsrat statt. Für Herrn Hermann-Josef Lamberti, der zum 25. Juni 2012 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war, wurde Herr Dr. Stephan Leithner, Mitglied des Vorstandes, Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, in den Aufsichtsrat gewählt.

Drei Mitglieder haben im Laufe des Jahres ihr Aufsichtsratsmandat niedergelegt: Frau Karin Ruck zum 23. Juli 2013, Herr Harold Hörauf zum 30. September 2013 und Herr Ulrich Sieber zum 31. Dezember 2013. Eine Neuwahl des Aufsichtsrates findet in der Hauptversammlung 2014 statt.

Der Aufsichtsrat dankt Frau Ruck, Herrn Hörauf und Herrn Sieber für ihre langjährige, konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat.

Berlin, den 25. April 2014
Der Aufsichtsrat

Heinz Laber
Vorsitzender

Definition von Kennzahlen

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung gibt an, welche Verzinsung ein Unternehmen aus den Kapitalanlagen erzielt. Sie wird berechnet als Differenz sämtlicher Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagen im Verhältnis zur durchschnittlichen Höhe der Kapitalanlagen. Berücksichtigt werden auch Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie Zuschreibungen und Abschreibungen.

Erweiterte Nettoverzinsung

Zusätzlich zu den in die Berechnung der Nettoverzinsung einfließenden Erträgen und Aufwendungen berücksichtigt die erweiterte Nettoverzinsung die Entwicklung der Stillen Reserven und Lasten im Geschäftsjahr.

Durchschnittsverzinsung

Exakter ist die Bezeichnung laufende Durchschnittsverzinsung (LVU). Diese Kennzahl umfasst alle laufenden Erträge aus Kapitalanlagen vermindert um die laufenden Verwaltungsaufwendungen für die Kapitalanlagen sowie normale Abschreibungen auf Grundstücke und Gebäude im Verhältnis zur durchschnittlichen Höhe der Kapitalanlagen.

Betriebskostensatz

Synonym werden – betriebswirtschaftlich ungenau – auch die Bezeichnungen Verwaltungskostenquote und Verwaltungskostensatz verwendet. Diese Kennzahl setzt die Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwendungen einschließlich der Gemeinkosten ohne Aufwendungen für Schadenregulierung) für den Versicherungsbetrieb ins Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen. Der Betriebskostensatz ist ein Anhaltspunkt dafür, wie effizient die Verträge der Versicherten verwaltet werden.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote setzt das Eigenkapital (Verlustrücklage und nicht zweckgebundene Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattungen – sowie Nachrangdarlehen) ins Verhältnis zur Deckungsrückstellung. Sie ist ein Maßstab dafür, inwieweit die Verpflichtungen gegenüber den Versicherten allein durch Eigenkapital abgesichert sind.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Summe der Aufwendungen für die laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen. Synonym werden auch die Bezeichnungen Betriebskosten sowie in der Praxis häufig – betriebswirtschaftlich aber ungenau – Verwaltungskosten verwendet.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Gezahlte und zurückgestellte Versicherungsleistungen für im Geschäftsjahr eingetretene Versicherungsfälle einschließlich der Aufwendungen für Schadenregulierung und des Ergebnisses aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellungen.

Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)

Überschussanteile, die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen und im Geschäftsjahr als Beiträge zur Erhöhung der Versicherungsleistungen beziehungsweise der Guthaben der Versicherten verwendet werden.

Deckungsrückstellung

Aus den bestehenden Versicherungsverträgen ergeben sich Ansprüche beziehungsweise Verpflichtungen, gegenüber den Versicherten, für die Beitragsanteile in der Deckungsrückstellung zurückzustellen sind. Ihre Höhe wird gemäß den versicherungsmathematischen Rechnungsgrundlagen ermittelt.

Direktgutschrift

Die Direktgutschrift ist derjenige Teil des Überschusses, der nicht zurückgestellt, sondern direkt im Geschäftsjahr einzelnen Versicherungsverträgen in Form einer zusätzlichen Versicherungsleistung gutgeschrieben wird, zum Beispiel als Zuschuss an den Versicherten für Heilverfahren.

Garantieverzinsung

Die Garantieverzinsung ist der bei Vertragsabschluss garantierte Rechnungszins (garantierte Mindestverzinsung), der auch während der gesamten Dauer des Vertrages mit dem BVV zu gelten hat. Die Garantieverzinsung ist anders als die Überschussbeteiligung für die Versicherten fest kalkulierbar.

Beim BVV wurden Verträge, die bis zum 31. Dezember 2004 abgeschlossen wurden mit 4 Prozent verzinst, Verträge ab dem 1. Januar 2005 erhalten 2,75 Prozent, Verträge ab dem 1. Januar 2007 2,25 Prozent und Verträge ab dem 1. Januar 2012 1,75 Prozent.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Die Differenz aus Erträgen und Aufwendungen, die nicht direkt dem Versicherungsgeschäft zugerechnet werden können, wird als nichtversicherungstechnisches Ergebnis bezeichnet.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB)

Die RfB umfasst als Passivposition in der Bilanz Beträge, die zur Ausschüttung an die Versicherten in späteren Rechnungsperioden vorgesehen sind und ausschließlich hierfür verwendet werden können.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

In dieser Passivposition der Bilanz wird der Aufwand reserviert, der zur Abwicklung bereits eingetretener, im Geschäftsjahr aber noch nicht oder nur zum Teil regulierter Versicherungsfälle notwendig ist.

Erläuterung wesentlicher Fachbegriffe

Überschussbeteiligung

Unter dem Begriff Überschussbeteiligung werden alle Komponenten zusammengefasst, mit denen die Versicherten an den erwirtschafteten Überschüssen des BVV beteiligt werden. Die einzelnen Überschussanteilssätze sind im Jahresbericht dargestellt.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Das versicherungstechnische Ergebnis bezeichnet die Differenz aus Erträgen und Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft. Zusammen mit dem Ergebnis der nichtversicherungstechnischen Rechnung abzüglich der Steuern ergibt es den Jahresüberschuss des Unternehmens.

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

2IP Institutional Investment-Partners Group GmbH	Frankfurt am Main
360Grad Multi Family Office Vermögensverwaltung GmbH	Köln
Aareal Bank AG	Wiesbaden
ABC International Bank plc Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
ABN AMRO Clearing Bank N.V., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
ABN AMRO Commercial Finance	Köln
ABN AMRO Holding (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
ABN AMRO Hypotheken Groep B.V.	Köln
ActiFin GmbH	Friedrichsdorf
ADIG Fondsvertrieb GmbH	München
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
AKBANK AG	Frankfurt am Main
akf bank GmbH & Co KG	Wuppertal
AL Konzept Gesellschaft für Leasingfinanzierungen mbH	Grünwald
AL Planbau Gesellschaft für integriertes Bauen mbH	Oberhaching
Al.pha GmbH	Oberhaching
ALBA BauProjektManagement GmbH	Oberhaching
ALCAS GmbH	Grünwald
Allgemeine Beamten Kasse Kreditbank AG	Berlin
Allianz Global Investors Europe GmbH	Frankfurt am Main
Allied Irish Banks plc	Frankfurt am Main
Alpha 15 GmbH	Erfurt
Alpha Family Office GmbH	Frankfurt am Main
Alpha Trains (Locomotives) GmbH	Köln
Alpha Trains Europa GmbH	Köln
Alte Leipziger Trust Investment-Gesellschaft mbH	Oberursel
Amundi Deutschland, Niederlassung einer französischen Société Anonyme	Frankfurt am Main
Arab Banking Corporation Daus & Co. GmbH	Frankfurt am Main
Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e.V.	Berlin
Archon Capital Bank Deutschland GmbH	Hof/Saale
Ares Capital Europe Ltd	Frankfurt am Main
Ares Management Limited Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Argoneo Real Estate GmbH	Frankfurt am Main
Asecuris Asset Managment Advisory GmbH	Frankfurt am Main
Assecuranzia Versicherungsmakler GmbH	Offenbach
Assenagon Asset Management S.A. Zweigniederlassung München	München
Assenagon GmbH	München
Asset Concepts GmbH	Bad Neuenahr-Ahrweiler
Atos Worldline GmbH	Frankfurt am Main
AUSTRALIA AND NEW ZEALAND BANKING GROUP LTD, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Austria Leasing GmbH	Eschborn
Avaloq Sourcing (Deutschland) AG	Leipzig
AVG Anlagevermittlung GmbH	Grünwald
Aviva Investors Global Services Limited	Frankfurt am Main
AXA IM S.A.	Düsseldorf
AXA Investment Managers Deutschland GmbH	Köln
B. Metzler GmbH	Frankfurt am Main
B. Metzler seel. Sohn & Co. Holding AG	Frankfurt am Main
B. Metzler seel. Sohn & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Frankfurt am Main
B+S Banksysteme Aktiengesellschaft	München
Baden-Württembergische Wertpapierbörse GmbH	Stuttgart
Balea Soft GmbH & Co. KG	Hamburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

Banco Bilbao Vizcaya Argentaria S.A. (BBVA) Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BANCO DO BRASIL S.A.	Frankfurt am Main
BANCO ESPANOL DE CREDITO, REPRÄSENTANZ FÜR DEUTSCHLAND	Frankfurt am Main
Banco Santander, S.A. Filiale Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank 1 Saar eG	Saarbrücken
Bank für Tirol und Vorarlberg Aktiengesellschaft – Zweigniederlassung Deutschland	Memmingen
Bank J. Safra Sarasin (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
Bank Julius Bär Europe AG	Frankfurt am Main
Bank of America, N.A. Filiale Frankfurt/Main	Frankfurt am Main
Bank of Beirut (UK) Ltd., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Bank of China Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Bank of Ireland, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank of Scotland – Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank Sepah-Iran Filiale Frankfurt	Frankfurt am Main
Bank Vontobel Europe AG	München
Bankenfachverband e.V.	Berlin
Bankenverband Baden-Württemberg e.V.	Stuttgart
Bankenverband Hamburg e.V.	Hamburg
Bankenvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V.	Düsseldorf
Bankhaus Bauer AG	Stuttgart
Bankhaus C.L. Seeliger	Wolfenbüttel
Bankhaus Carl F. Plump & CO AG	Bremen
BANKHAUS GEBR. MARTIN AG	Göppingen
Bankhaus Hallbaum AG	Hannover
Bankhaus Löbbecke AG	Berlin
Bankhaus Main AG	Frankfurt am Main
BANKHAUS MAX FLESSA KG	Schweinfurt
Bankhaus Neelmeyer AG	Bremen
Bankhaus Rautenschlein GmbH	Schöningen
Bankhaus Wölbern & Co. (AG & Co. KG)	Hamburg
Bank-Verlag GmbH	Köln
Banque Européenne du Crédit Mutuel, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Banque Fédérative du Crédit Mutuel – Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Banque PSA Finance S.A. Niederlassung Deutschland	Neu-Isenburg
Barclays Bank PLC, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Baring Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Barra International, Ltd. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BAY Investment GmbH	Königstein
Bayerische Landesbank	München
Bayerische Landesbausparkasse (LBS Bayern)	München
Bayerischer Bankenverband e.V.	München
Bayern Card-Services GmbH	München
Bayern Corporate Services GmbH	München
Bayern Facility Management GmbH	München
BBV- Betriebsberatung- und Computerdienst GmbH	München
bbv-Beratungsdienst Gesellschaft des Bayerischen Bauernverbandes für landwirtschaftliche Steuerhilfe mbH	München
BEGO Immobilien Management GmbH	Berlin
Behn Meyer Europe GmbH	Hamburg
Benchmark Financial Services GmbH, Wien, Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Berenberg Lux Invest S.A.	Luxemburg
Berliner Volksbank eG	Berlin
Beteiligungsgesellschaft für das Bankhaus Löbbecke & Co. mbH	Berlin
Bethmann Bank AG	Frankfurt am Main
BGAG Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH	Frankfurt am Main
BGAG Immobilien Ost GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

BHF-BANK Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Mainz
BIRSTEINER VOLKSBANK EG	Birstein
BKK Wirtschaft & Finanzen	Melsungen
BlackRock Asset Management Deutschland AG	München
BlackRock Investment Management (UK) Limited, German Branch, Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
BlackRock Property Germany GmbH	Frankfurt am Main
BLB Immobilien GmbH	Bremen
BNP PARIBAS Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
BNP Paribas Investment Partners Belgium S.A., Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
BNP PARIBAS LEASE GROUP S.A. Zweigniederlassung Deutschland	Köln
BNP PARIBAS Niederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
BNP Paribas Real Estate Investment Management Germany GmbH	München
BNP PARIBAS SECURITIES SERVICES Zweigniederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
BNY Mellon Fund Management (Luxembourg) S.A.	Luxemburg
BNY Mellon Investment Management Holdings (Germany) Limited	Düsseldorf
BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
BÖAG Börsen AG	Hamburg
boerse-stuttgart Holding GmbH	Stuttgart
Börse Berlin AG	Berlin
Börse Düsseldorf AG	Düsseldorf
Börse Stuttgart AG	Stuttgart
Bouwfonds Investment Management Deutschland GmbH	Berlin
BRAINTRADE Gesellschaft für Börsensysteme mbH	Frankfurt am Main
brightONE GmbH	Hamburg
BTMU Lease (Deutschland) GmbH	Düsseldorf
BTV Leasing Deutschland GmbH	Augsburg
Buchstelle des BBV GmbH	München
Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH	Frankfurt am Main
Bundesverband deutscher Banken e.V.	Berlin
Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen e.V.	Berlin
Bürgschaftsbank Bayern GmbH	München
Bürgschaftsbank Bremen GmbH	Bremen
Bürgschaftsbank Hessen GmbH	Wiesbaden
Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH	Mainz
Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg
Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH	Kiel
Büttner, Kolberg & Partner Vermögensverwalter GmbH	Frankfurt am Main
BV Risk Solutions GmbH	Köln
BVI Bundesverband Investment und Asset Management e.V.	Frankfurt am Main
BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Berlin
BWB Holding AG	Bremen
CACEIS Bank Deutschland GmbH	München
Capitects GmbH	Frankfurt am Main
Capitell Vermögens-Management AG	Frankfurt am Main
Cardif Allgemeine Versicherung	Stuttgart
Catella Real Estate AG Kapitalanlagegesellschaft	München
CBRE Global Investors Germany GmbH	Frankfurt am Main
China Construction Bank, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
CIS Asset Management (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
CIT Commercial Services (Europe) GmbH	Frankfurt am Main
CIT Industrie Bank (Germany) GmbH	Frankfurt am Main
CIT Leasing (Germany) GmbH	Frankfurt am Main
CIT Technology Finance (Germany) GmbH	München

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

CLAAS FINANCIAL SERVICES S.A.S. Zweigniederlassung Deutschland	Köln
Clearstream Banking AG	Frankfurt am Main
Close Brothers Seydler Bank AG	Frankfurt am Main
CM-CIC Asset Management	Frankfurt am Main
CM-CIC Leasing GmbH	Frankfurt am Main
Collegium Vermögensverwaltungs AG	Osnabrück
Collineo Asset Management GmbH	Dortmund
Commerz Building and Management GmbH	Essen
Commerz Business Consulting GmbH	Frankfurt am Main
Commerz Direktservice GmbH	Duisburg
Commerz Finanz GmbH	München
Commerz Finanz Services GmbH	Duisburg
Commerz Real AG	Düsseldorf
Commerz Real Investmentgesellschaft mbH	Wiesbaden
Commerz Systems GmbH	Frankfurt am Main
COMMERZBANK Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
CommerzFactoring GmbH	Mainz
Compiricus AG	Schenefeld
Complementa Investment-Controlling GmbH	Frankfurt am Main
COMUNITHY Immobilien GmbH	Düsseldorf
ConCardis GmbH	Frankfurt am Main
Concept Vermögensmanagement GmbH & Co. KG	Bielefeld
Concerto Financial Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Conpartis GmbH	Hof
Copex International GmbH	München
Copex Investment Partners Limited & Co. KG	München
Copex Wealth Managers Limited & Co. KG	München
COREALCREDIT BANK AG	Frankfurt am Main
Cortal Consors S.A., Zweigniederlassung Deutschland	Nürnberg
C-QUADRAT Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
CredaRate Solutions GmbH	Köln
Crede Experto IT-Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Crédit Agricole Cheuvreux S.A. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Crédit Agricole Corporate and Investment Bank	Frankfurt am Main
Credit Europe Bank N.V. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Credit Suisse (Deutschland) Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Credit Suisse Asset Management Immobilien Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Credit Suisse Leasing Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
Credit Suisse Pension Systems GmbH	Frankfurt am Main
Credit Suisse Realwerte (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Credit Suisse Securities (Europe) Limited Niederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Credit- und Volksbank eG	Wuppertal
Crefo Factoring N-M-S GmbH & Co. KG	Kassel
Crossflow Financial Advisors GmbH	München
Crown Westfalen Bank AG i.L.	Bochum
CSR Beratungsgesellschaft mbH	Kriftel
CVC Capital Beratungs GmbH	Frankfurt am Main
CVC Capital Partners (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
CVW-Privatbank AG	Wilhermsdorf
D&S Vermögensverwaltungen GmbH	Frankfurt am Main
DAB bank AG	München
Danske Bank, Zweigniederlassung Hamburg	Hamburg
DARAG Deutsche Versicherungs- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft	Wedel
Dawnay, Day Property Investment GmbH	Düsseldorf
DB Advisors SicAV	Luxemburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

DB Capital & Asset Management Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln
DB Industrial Holdings AG	Eschborn
DB Kredit Service GmbH	Berlin
DB Overseas Finance Deutschland AG	Eschborn
DB Print GmbH	Frankfurt am Main
DB Private Equity GmbH	Köln
DB Vita S.A. Luxembourg	Luxemburg
Delta Lloyd Asset Management Vertriebs GmbH	Mainz
Delta Lloyd Investment Managers GmbH	Wiesbaden
DenizBank (Wien) AG, Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Asset & Wealth Management International GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Asset & Wealth Management Investment GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Bauspar AG	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Investment Services GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG	Frankfurt am Main
Deutsche Bank Stiftung	Frankfurt am Main
Deutsche Beteiligungs AG	Frankfurt am Main
Deutsche Börse AG	Frankfurt am Main
Deutsche Börse Computershare GmbH	Frankfurt am Main
Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt am Main
DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG	Bremen
Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mbH	Eschborn
Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft)	Hannover, Berlin
Deutsche Immobilien Leasing GmbH (DIL)	Düsseldorf
Deutsche Kreditbank AG	Berlin
Deutsche Oppenheim Family Office AG	Grasbrunn
Deutsche PensFlex GmbH	Bonn
Deutsche Pfandbriefbank AG	München
Deutscher Bankangestellten-Verband e.V.	Düsseldorf
DEUTSCHES AKTIENINSTITUT e.V.	Frankfurt am Main
Dexia Asset Management Luxemburg S.A. Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Dexia Kommunalbank Deutschland AG	Berlin
DF Deutsche Forfait AG	Köln
DI Deutsche Ingenico Holding GmbH	Ratingen
DJE Kapital AG	Pullach
DKB Finance GmbH	Berlin
DKB IT-Services GmbH	Potsdam
DKB Service GmbH	Potsdam
DKB Wohnungsgesellschaft Sachsen mbH	Leipzig
DNB Bank ASA, Filiale Deutschland	Hamburg
DONNER & REUSCHEL Aktiengesellschaft	Hamburg
DONNER & REUSCHEL TREUHAND-Gesellschaft mbH & Co. KG	Hamburg
DONNER & REUSCHEL Vermögensverwaltung Luxembourg S.A.	Luxemburg
Döttinger/Straubinger AG	München
DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH	Frankfurt am Main
Dr. Kohlhase Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	München
Dreide Marketing GmbH	Singen
Dresdner Lateinamerika AG	Hamburg
Düsseldorfer Hypothekenbank AG	Düsseldorf
DVB Bank SE	Frankfurt am Main
dwpbank Deutsche WertpapierService Bank AG	Frankfurt am Main
DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt am Main
DWS Investment S.A.	Luxemburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

EastMerchant Capital GmbH	Leipzig
EastMerchant GmbH	Düsseldorf
easycash GmbH	Ratingen
EBA CLEARING	Frankfurt am Main
Edmond de Rothschild Asset Management SAS Deutschland	Frankfurt am Main
Ehinger Volksbank eG	Ehingen
Einlagensicherungs- und Treuhandgesellschaft mbH	Köln
EKW Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	Großdingharting
Emporiki Bank – Germany GmbH	Frankfurt am Main
Equistone Partners Europe GmbH	München
Erste Asset Management Deutschland GmbH	Vaterstetten bei München
Erste Group Bank AG Niederlassung Berlin	Berlin
Erste Group Bank AG Niederlassung Stuttgart	Stuttgart
ETHENEA Independent Investors Services (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Eurex Bonds GmbH	Frankfurt am Main
Eurex Clearing AG	Frankfurt am Main
Eurex Frankfurt AG	Frankfurt am Main
Eurex Repo GmbH	Frankfurt am Main
EURO Kartensysteme GmbH	Frankfurt am Main
Eurocity Bank AG	Frankfurt am Main
EUROPE ARAB BANK plc	Frankfurt am Main
European Bank for Fund Services GmbH	Aschheim
European Professional Partners GmbH	Frankfurt am Main
EUWAX AG	Stuttgart
F & C Management Limited, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
FACT Informationssysteme & Consulting AG	Neuss
FACT Unternehmensberatung GmbH	Frankfurt am Main
Fair Value REIT-AG	München
Falke Bank AG i.L.	Düsseldorf
FDR Limited, Zweigniederlassung Deutschland	Nürnberg
FDS Finanz-Daten-Systeme GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
FGH Bank N.V. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Fimas GmbH	Frankfurt am Main
Finance in Motion GmbH	Frankfurt am Main
Finanz Informatik GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
FINANZDIENSTE Am Kaiserdom GmbH	Königslutter
FINANZWOCHE GmbH	Pullach
Fineon Unternehmensberatung für Versorgungseinrichtungen, Riskmanagement und Finanzberatung GmbH	Bad Feilnbach
Fintegral Consulting GmbH	Frankfurt am Main
fintexx GmbH	Frankfurt am Main
First Data Deutschland GmbH	Bad Vilbel
Fitch Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
FIVV Finanzinformation & Vermögensverwaltung AG (FIVV AG)	München
FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH	Potsdam
fonds.management.consulting GmbH	Rodgau
Fortis Bank SA/NV Niederlassung Deutschland	Köln
Fortis Lease Deutschland AG	Düsseldorf
Frankfurt School Financial Services GmbH	Frankfurt am Main
Frankfurt School of Finance & Management	Frankfurt am Main
Frankfurt School Verlag GmbH	Frankfurt am Main
Frankfurter Bankgesellschaft (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
Frankfurter Münzhandlung GmbH	Frankfurt am Main
Fürst Fugger Privatbank Asset Management GmbH	München

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

Fürst Fugger Privatbank Kommanditgesellschaft	Augsburg
Fürstlich Castell'sche Bank, Credit-Casse AG	Würzburg
G S & P Institutional Management GmbH	Düsseldorf
G&P Institutional Management AG	Frankfurt am Main
GBB-Rating Gesellschaft für Bonitätsbeurteilung mbH	Köln
GBK Beteiligungen Aktiengesellschaft	Hannover
GCF II Advisor GmbH	Frankfurt am Main
GCS German Card Switch GmbH	Köln
GDB Gesellschaft für Datensicherheit und IT-Beratung mbH	Köln
GE Capital Bank AG	Mainz
GE Capital Factoring GmbH	Frankfurt am Main
GE Capital Leasing GmbH	Düsseldorf
GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH	Wuppertal
Generali Partner GmbH	Frankfurt am Main
Geoban S.A., Niederlassung Deutschland	Mönchengladbach
GIV Gesellschaft für individuelle Vermögensverwaltung mbH	Bergisch Gladbach
Gladbacher Bank AG	Mönchengladbach
GNC CardServices GmbH	München
GO German Office AG	Wiesbaden
Goal GmbH & Co. KG	Grünwald
Gontard & MetallBank AG	Frankfurt am Main
GRENKE BANK AG	Baden-Baden
Grossbötzl, Schmitz & Partner Corporate Finance GmbH & Co. KG	Düsseldorf
Grossbötzl, Schmitz & Partner Vermögensverwaltersozietät GmbH	Düsseldorf
Grundstücksgesellschaft Trinkausstraße KG	Düsseldorf
GS&P Kapitalanlagegesellschaft S.A.	Luxemburg
GSFS Germany GmbH	Frankfurt am Main
GSLP International S.à r.l. Luxembourg Vermögensverwaltersozietät	Luxemburg
H & P Vermögensverwaltung GmbH	Frankfurt am Main
Harald Quandt Grundbesitz GmbH & Co. KG	Bad Homburg
Harald Quandt Holding GmbH	Bad Homburg
Hauck & Aufhäuser Asset Management GmbH	München
Hauck & Aufhäuser Finance Consulting GmbH	München
Hauck & Aufhäuser Privatbankiers KGaA	Frankfurt am Main
HAUSBANK MÜNCHEN eG – Bank für Haus- und Grundbesitz	München
Hegel Karbenn & Cie. Corporate Finance GmbH	Köln
Heidelberger Volksbank eG	Heidelberg
Henderson Global Investors	Frankfurt am Main
Henderson Global Investors ltd.	Frankfurt am Main
HETA Asset Resolution Germany GmbH	München
HGA Capital Grundbesitz und Anlage GmbH	Hamburg
HGA Real Estate GmbH	Hamburg
HQ Advisor GmbH	Bad Homburg
HQ Trust GmbH	Bad Homburg
HSBC Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Düsseldorf
HSBC Insurance Brokers Ltd.	Frankfurt am Main
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG	Düsseldorf
HSBC Trinkaus Real Estate GmbH	Düsseldorf
HSH N Projektmanagement und Consult GmbH	Hamburg
HSH N Real Estate Consulting GmbH	Hamburg
HSH Nordbank AG	Hamburg, Kiel
HSH Nordbank Immobilien Development GmbH	Hamburg
HSH Security GmbH	Hamburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

HVB Immobilien AG	München
Hypo Pfandbriefbank International S. A.	Luxemburg
Hypo Real Estate Holding AG	München
Hypothekenbank Frankfurt AG	Frankfurt am Main
Hypothekenbank Frankfurt International S.A.	Senningerberg/Luxemburg
HypoVereinsbank BKK	München
IBB Investitionsbank Berlin	Berlin
ib-bank-systems GmbH	Potsdam
IGEFI Deutschland GmbH	Trier
Ikano Bank GmbH	Wiesbaden
ING ASSET MANAGEMENT B.V. Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
ING Belgien AG Niederlassung Köln	Köln
ING Commercial Finance B.V. Zweigniederlassung Deutschland	Neuss
ING-DiBa AG	Frankfurt am Main
Inkasso Kodat GmbH & Co. KG	Essen
INOVALIS Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
INOVALIS Property Management GmbH	Frankfurt am Main
Instinet Europe Limited (Frankfurt Branch)	Frankfurt am Main
Instinet Europe Limited Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Instinet GmbH	Frankfurt am Main
Institut für bankhistorische Forschung e.V.	Frankfurt am Main
Institutional Investment Consulting Partners GmbH	Frankfurt am Main
Institutional Investment Group GmbH	Frankfurt am Main
Institutional Investment-Partners GmbH	Frankfurt am Main
Inter-Concern-Revisions GmbH	Frankfurt am Main
Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH (IFK)	Frankfurt am Main
InterFinanz GmbH	Düsseldorf
International Card Services B.V.	Düsseldorf
Internationale Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf
Internos Spezialfondsgesellschaft mbH	Wiesbaden
Internos Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Intesa Sanpaolo S.p.A. Filiale Frankfurt am Main	Frankfurt am Main, München
INVESCO Asset Management Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
INVESCO Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
INVESCO Real Estate GmbH	München
Investitionsbank Schleswig-Holstein	Kiel
IPC Internationale Projekt Consult GmbH	Frankfurt am Main
IPD Investment Property Databank GmbH	Frankfurt am Main
IVG Institutional Funds GmbH	Wiesbaden
IWS-Internationale Wechselstube GmbH	Frankfurt am Main
J.P. Morgan AG	Frankfurt am Main
J.P. Morgan Fonds Services GmbH	Frankfurt am Main
J.P. Morgan Holding Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
J.P. Morgan International Bank Ltd., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
J.P. Morgan Partners Deutschland GmbH	München
J.P. Morgan Securities plc Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Jefferies International Limited Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Hamburg
Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Niederlassung Luxemburg	Luxemburg
John Deere Bank S.A. Repräsentanz Deutschland	Bruchsal
JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
JPMorgan Chase Bank, N.A., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Jyske Bank A/S, Filiale Hamburg	Hamburg

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

KAS Bank N.V. German Branch	Wiesbaden
KAS Investment Servicing GmbH	Wiesbaden
KBC Bank Deutschland AG	Bremen
KENSTONE GmbH	Eschborn
KGAL Capital GmbH & Co. KG	Grünwald
KGAL GmbH & Co. KG	Grünwald
KGAL Investment Management GmbH & Co. KG	Grünwald
Kleinwort Benson Bank Limited, Zweigniederlassung Deutschland	München
KLG Köpenicker Liegenschafts-Gesellschaft mbH	Berlin
KMU Personalservices GmbH	Neuenhagen
KOREA EXCHANGE BANK (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
Krüger Family Office GmbH	Siegburg
Kurpfalz Immobilien GmbH	Heidelberg
Lazard Asset Management (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
LB Immobilienbewertungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG	Kiel
Lehman Brothers Bankhaus AG in Insolvenz	Frankfurt am Main
Leonteq Securities Europe GmbH	Frankfurt am Main
LFG Value Investment Services GmbH	München
LGT Capital Management AG	Frankfurt am Main
LHB Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
LHI Capital Management GmbH	Pullach im Isartal
LHI Kapitalverwaltungsgesellschaft mbH	Pullach
LHI Leasing GmbH	Pullach im Isartal
Lilja & Co. GmbH	Frankfurt am Main
limes datentechnik gmbh	Bad Homburg
Lindorff Deutschland GmbH	Heppenheim
Lingohr & Partner Asset Management GmbH	Erkrath
Livingstone Partners GmbH	Düsseldorf
Löffler Steuerberatungsgesellschaft mbH	Glashütte
LOTTO Hamburg GmbH	Hamburg
Lufthansa AirPlus Servicekarten GmbH	Neu-Isenburg
Lupus alpha Asset Management AG	Frankfurt am Main
Lupus alpha Business Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Lupus alpha Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
M. Völzke-Bonk, Hausverwaltungen	Mönchengladbach
M.M. Warburg & CO Hypothekenbank AG	Hamburg
M.M. Warburg & CO Kommanditgesellschaft auf Aktien	Hamburg
M.M. Warburg & CO Luxembourg S.A.	Luxemburg
M.M. Warburg Anlage-Verwaltungsgesellschaft mbH	Hamburg
MainFirst Bank AG	Frankfurt am Main
Maravon GmbH	Frankfurt am Main
Marcard, Stein & Co. AG	Hamburg
Markit Indices Limited	Frankfurt am Main
MasterCard Europe SPRL, Representative Office Germany	Frankfurt am Main
MathFinance AG	Waldems
MAV-Leasing GmbH & Co Kommanditgesellschaft	Düsseldorf
Max Heinr. Sutor oHG	Hamburg
max.xs financial services AG	Frankfurt am Main
Mediobanca S.p.A., Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Mediside Ärzteberatung GmbH	Düsseldorf
Merca Leasing Verwaltungs-GmbH	Kronberg im Taunus
Merck Finck & Co, Privatbankiers	München

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

Merck Finck Treuhand AG	Frankfurt am Main
Meriten Investment Management GmbH	Düsseldorf
MERKUR BANK KGaA, Niederlassung Auerbach/Treuen/Markneukirchen	Auerbach
MERKUR BANK KGaA, Niederlassung Ingolstadt	Ingolstadt
MERKUR BANK KGaA, Niederlassung Jena	Jena
MERKUR BANK KGaA, Niederlassung München	München
MERKUR BANK KGaA, Niederlassung Weimar	Weimar
Merrill Lynch International Bank Limited Zweigniederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Merrill Lynch Management GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Grundstücksverwaltung GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Immobilien GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Investment GmbH	Frankfurt am Main
Metzler IT-Services GmbH	Frankfurt am Main
Metzler KG	Frankfurt am Main
Metzler North America GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Real Estate GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Securities GmbH	Frankfurt am Main
Metzler FundServices GmbH	Frankfurt am Main
Metzler Vermögenstreuhand GmbH	Frankfurt am Main
Meurer + Woskowiak Unternehmensberatung GmbH	München
MFI Asset Management GmbH	München
MFL Mobil-Finanz-Leasing GmbH & Co KG	Düsseldorf
MHB-Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main
Michael Pintarelli Finanzdienstleistungen AG	Wuppertal
Misr Bank-Europe GmbH	Frankfurt am Main
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen (MBG) mbH	Hannover
Mizuho Bank, Ltd. Filiale Düsseldorf	Düsseldorf, Frankfurt am Main
Monega Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln
Morgan Stanley Bank AG	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Bank International Limited Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Private Wealth Management Ltd., Niederlassung Deutschland	München
Morgan Stanley Properties Germany GmbH	Frankfurt am Main
Morgan Stanley Real Estate Investment GmbH	Frankfurt am Main
Münchener Hypothekenbank eG	München
National Bank of Pakistan Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Natixis Global Asset Management NGAM S.A., Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Natixis Pfandbriefbank AG	Frankfurt am Main
NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
net-m privatbank 1891 AG	Bielefeld
Neuberger Berman Europe Ltd.	Frankfurt am Main
NIBC Bank N.V. – Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Niedersächsische Bürgschaftsbank (NBB) GmbH	Hannover
noa bank GmbH & Co. KG	Düsseldorf
NOMOS Steuerberatungsgesellschaft mbH	Grünwald
Nomura Asset Management Deutschland KAG mbH	Frankfurt am Main
NOMURA BANK (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Nord/LB Asset Management Holding GmbH	Hannover
NORD/LB Capital Management GmbH	Hannover
NORD/LB Kapitalanlagegesellschaft AG	Hannover
nordaktienbank AG	Hamburg
Nordea Bank Finland Plc, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Nordea Fonds Service GmbH	Köln
Nordea Investment Management AG	Königstein

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

Nordtreuhand GmbH	Bremen
Northern Trust Management Services (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Oberbank AG, Zweigniederlassung Deutschland	München
Oechsle International Advisors, LLC Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
One Equity Partners Europe GmbH	Frankfurt am Main
OnIvation GmbH	Frankfurt am Main
onVesta GmbH	Königstein
OnVista Bank GmbH	Frankfurt am Main
opemo Aktiengesellschaft	Mönchengladbach
Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln
Oppenheim Kapitalanlage GmbH	Köln
OptiM&A GmbH	Frankfurt am Main
Ostdeutscher Bankenverband e.V.	Berlin
OSV Partners Germany GmbH	Berlin
OTP-Bank Zweigniederlassung Deutschland	Eschborn
OTTO M. SCHRÖDER BANK AG	Hamburg
P6 GmbH	München
PensionCapital GmbH	München
Photon Energy Corporate Services DE GmbH	Berlin
Photon Energy Engineering Europe GmbH	Berlin
Photon Energy Operations DE GmbH	Berlin
Pictet & Cie (Europe) S.A. Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Pioneer Investments Kapitalanlagegesellschaft mbH	Unterföhring
Portigon AG	Düsseldorf
Prime Capital AG	Frankfurt am Main
Prime Renewables GmbH	Frankfurt am Main
Privat Bank AG der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, Zweigniederlassung Süddeutschland	Passau, München, Regensburg
ProAktiva Vermögensverwaltung AG	Hamburg
ProCredit Bank AG	Frankfurt am Main
ProCredit Holding AG Co. KGaA	Frankfurt am Main
Progredius GmbH	Frankfurt am Main
Prüfungs- und Beratungsgesellschaft für das Kreditwesen mit beschränkter Haftung	Köln
Prüfungsverband deutscher Banken e.V.	Köln
PSO Leasing- und Finanz- AG	Mühlen
QC Partners GmbH	Frankfurt am Main
Quadriga Capital Beteiligungsberatung GmbH	Frankfurt am Main
QUIPU GmbH Frankfurt	Frankfurt am Main
QuoVadis Finanzplanung GmbH	Henstedt-Ulzburg
Rabobank International, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG Zweigniederlassung Süddeutschland	Passau, München, Nürnberg
Ramius UK Ltd., Zweigniederlassung Deutschland	Willich
RBS (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
RBS Deutschland Holdings GmbH	Frankfurt am Main
registrar services GmbH	Eschborn
ReiseBank AG	Frankfurt am Main
Resba GmbH i.L.	Hof
Ries Corporate Solutions GmbH	Bensheim
Risk Research Prof. Hamerle GmbH & Co. KG	Regensburg
Robeco Deutschland, NL der Robeco Institutional Asset Management B.V.	Frankfurt am Main
Roland Reitelshöfer Vermögensberatungs- und Verwaltungs-GmbH	Fürth
Rothschild GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

RREEF Investment GmbH	Eschborn
RREEF Management GmbH	Eschborn
RREEF Spezial Invest GmbH	Eschborn
Rudnik und Partner GmbH	Seevetal
Russell Investments Ltd., Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
S PrivateBanking Dortmund GmbH	Dortmund
Saar Bank Immobilien GmbH	Saarbrücken
Sachsen DV Betriebs- und Servicegesellschaft mbH	Leipzig
Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA	Köln
Salm-Salm & Partner GmbH	Wallhausen
Salzburg München Bank Aktiengesellschaft	München
Sauer Finance Holding GmbH	Hamburg
Sberbank Europe AG	Frankfurt am Main
Schroder & Co. Ltd., Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
Schroder Investment Management GmbH	Frankfurt am Main
Schroder Property Investment Management GmbH	Frankfurt am Main
Schroder Property Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Schwäbische Bank AG	Stuttgart
Scoach Europa AG	Frankfurt am Main
SDZ Rhein-Ruhr GmbH	Düsseldorf
SEB AB, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
SEB AG	Frankfurt am Main
SEB Master Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH	Frankfurt am Main
SGK Servicegesellschaft Kreditmanagement mbH	Frankfurt am Main
SGSS Deutschland Kapitalanlagegesellschaft mbH	Unterföhring
Situs Global Servicing GmbH	Mainz
SKG BANK AG	Saarbrücken
SMBC Sumitomo Mitsui Banking Corporation, Filiale Düsseldorf	Düsseldorf
Societe Generale	Frankfurt am Main
Space Holding (Ireland) Ltd.	Frankfurt am Main
Spar- und Kreditbank Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden eG	Bad Homburg
SPIEKERMANN & CO AKTIENGESELLSCHAFT	Osnabrück
SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn
St. Galler Kantonalbank Deutschland AG	München
State Street Bank GmbH	München
StatPro (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
Stoxx Ltd. (Betriebsstätte Deutschland)	Frankfurt am Main
Südtiroler Sparkasse AG, Niederlassung München	München
S-Unternehmenbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Leipzig mbH	Leipzig
Sutherland Consulting GmbH	Frankfurt am Main
Svenska Handelsbanken AB (publ), Zweigniederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Swiss & Global Asset Management Kapital AG	Frankfurt am Main
Swisscanto Asset Management International S.A.	Frankfurt am Main
Sydbank	Flensburg
T.I.Q.S GmbH & Co. KG	Stuttgart
TAG Immobilien Service GmbH	Berlin
TAG Immobilien Wohn-Invest GmbH	Berlin
TAG Potsdam-Immobilien GmbH	Berlin
TAG Wohnungsgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH	Berlin
TAG Wohnungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH	Schwerin
TAG Wohnungsgesellschaft Sachsen mbH	Gera
TAG Wohnungsgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH	Berlin
TAG Wohnungsgesellschaft Thüringen mbH	Gera

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

TBF Global Asset Management GmbH	Singen
TeleCash GmbH & Co. KG	Bad Vilbel
terrafirma GmbH	Frankfurt am Main
The Bank of New York Mellon SA/NV, Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
The Bank of New York Mellon, Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
The Bank of Tokyo-Mitsubishi UFJ, Ltd.	Düsseldorf
The Bank of Tokyo-Mitsubishi UFJ, Ltd. / Berlin Representative Office	Berlin
The Bank of Tokyo-Mitsubishi, Ltd. Hamburg Branch	Hamburg
The Royal Bank of Scotland N. V.	Frankfurt am Main
The Royal Bank of Scotland plc	Frankfurt am Main
The Value Group GmbH	München
tnp Mitteldeutsche Anlagen Leasing AG	Leipzig
Trading Systems Portfolio Management AG	Bad Homburg v. d. H.
Travelex Financial Services GmbH	Frankfurt am Main
Tresides Asset Management GmbH	Steinbronn
TRESONO Family Office AG	Köln
Treukontax Steuerberatungsgesellschaft mbH	München
Triodos Bank NV	Frankfurt am Main
Triodos Finanz GmbH	Frankfurt am Main
UBI Banca International S.A. – Luxembourg, Niederlassung München	München
UBS Beteiligungs-GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
UBS Capital GmbH	München
UBS Deutschland AG	Frankfurt am Main
UBS Global Asset Management (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
UBS Investment Bank AG	Frankfurt am Main
UBS Real Estate Kapitalanlagegesellschaft mbH	München
UniCredit Bank AG	München
UniCredit Business Integrated Solutions S.C.p.A., Zweigniederlassung Deutschland	Unterföhring
UniCredit Credit Management Bank S.p.A., Branch Germany	München
UniCredit Family Financing Bank, Niederlassung der UniCredit S.p.A.	München
Unicredit Global Business Services GmbH	München
UniCredit Leasing Finance GmbH	Hamburg
UniCredit Leasing GmbH	Hamburg
UniCredit SpA Zweigniederlassung München	München
Universal-Investment-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Universal-IT Services-Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main
UVS Universal-Vertriebs-Services GmbH	Frankfurt am Main
Valovis Bank AG	Essen
Value Transformation Services S.r.l. Zweigniederlassung Deutschland	München
Van Eck Global (Europe) GmbH	Frankfurt am Main
VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München
vdp Research GmbH	Berlin
VEM Aktienbank AG	München
Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.	Frankfurt am Main
Verband deutscher Pfandbriefbanken e.V.	Berlin
Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e.V.	Stuttgart
Vereinigung für Bankberufsbildung e.V.	Frankfurt am Main
Vereinigung für Bankbetriebsorganisation e.V.	Frankfurt am Main
Veritas Investment GmbH	Frankfurt am Main
Veritas Portfolio GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Vermögensbutler AG	Ditzingen
Versorgungskasse I BayernLB GmbH	München
Versorgungskasse II BayernLB GmbH	München
Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer	Düsseldorf

Verzeichnis der Mitglieds- und Trägerunternehmen

Stand 31.12.2013

Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin
Victonia Beratungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Vietnam Joint Stock Commercial Bank for Industry and Trade, Filiale Deutschland	Frankfurt am Main
Visa Europe Services Inc.	Frankfurt am Main
Viso Asset Management Consulting GmbH	Nidderau
VM Bank International S.A.	Luxemburg
VM Vermögens-Management GmbH	Düsseldorf
Volksbank eG	Sottrum
Volksbank im Harz eG	Osterode am Harz
Volksbank Kurpfalz H + G BANK eG	Heidelberg
Volksbank Lübeck eG	Lübeck
Volksbank Minden eG	Minden
Volksbank Pfullendorf eG	Pfullendorf
Volksbank Remscheid-Solingen eG	Remscheid
Volksbank Rottweil eG	Rottweil
VON ESSEN GmbH & Co. KG Bankgesellschaft	Essen
Vontobel Financial Products GmbH	Frankfurt am Main
VP Vermögensverwaltung GmbH	München
VR Bank Ostholstein Nord – Plön eG	Neustadt in Holstein
VR Diskontbank GmbH	Eschborn
VR FACTOREM GmbH	Eschborn
VR-Bank Biedenkopf-Gladenbach eG	Biedenkopf
VR-Bank Dinkelsbühl eG	Dinkelsbühl
VR-Bank Neu-Ulm/Weißenhorn eG	Neu-Ulm
VTB Bank (Austria) AG, Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
VTB Bank (Deutschland) AG	Frankfurt am Main
Wallrich Asset Management AG	Frankfurt am Main
Warburg Alternative Investments AG, Ndl. Deutschland	Hamburg
Warburg Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
Warburg Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	Frankfurt am Main
Warburg Invest Luxembourg S.A.	Luxemburg
Wealth Management Capital Holding GmbH	München
WealthCap Initiatoren GmbH	Hamburg
WealthCap PEIA Management GmbH	München
Weberbank Actiengesellschaft	Berlin
Wellington Management International Ltd. Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
Wells Fargo Bank International Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
Weserbank AG i. L.	Bremerhaven
Westfalen Corporate Finance GmbH	Bochum
Whiteshire Debt. Solutions GmbH	Frankfurt am Main
Wölbern Treuhand GmbH	Hamburg
Worldpay UK Limited Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
XAIA Investment GmbH	München
Xlaunch AG	Frankfurt am Main
YceSystems Nettec AG	Leipzig
ZIRAAT BANK INTERNATIONAL AG	Frankfurt am Main

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln
Aberdeen Asset Management Deutschland AG	Frankfurt am Main
ACB-GmbH	Wiesbaden
ADANAC Finanz & Consult AG	Bad Vilbel
AGEVIS GmbH	Much
AGL Anlagen- und Geräte Leasing GmbH	Hannover
AGL Service- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Hannover
aik APO Immobilien-Kapitalanlagegesellschaft mbH	Düsseldorf
Akbank N.V. Zweigniederlassung Essen	Essen
ALBIS Fullservice Leasing GmbH	Essen
Albulus Advisors Germany GmbH	Frankfurt am Main
Alceda Asset Management GmbH	Hamburg
Altira AG	Frankfurt am Main
Altira ecolutions Management GmbH	Frankfurt am Main
American Express International Inc.	Frankfurt am Main
American Express Payment Services Ltd.	Frankfurt am Main
American Express Service Europe Ltd.	Frankfurt am Main
AMF Capital AG	Frankfurt am Main
AnCeKa Vermögensbetreuungs Aktiengesellschaft	Kaufbeuren
antea ag	Hamburg
antea vermögensverwaltung gmbH	Hamburg
Antecedo Asset Management GmbH	Bad Homburg
APO Asset Management GmbH	Düsseldorf
AQ Accounting GmbH	Hamburg
AQ Management GmbH	Hamburg
Aquantum AG	Oberhaching/Deisenhofen
Aquila Capital Advisors GmbH	Hamburg
Aquila Capital Concepts GmbH	Hamburg
Aquila Capital Institutional GmbH	Hamburg
Aquila Capital Investment GmbH	Hamburg
Aquila Capital Structured Assets GmbH	Hamburg
AQX Securities GmbH	Hamburg
Archon Group Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
Art-Invest Real Estate Funds GmbH	Köln
ARTUS ASSET MANAGEMENT AG	Düsseldorf
Arval Service GmbH	Hamburg
Atos Information Technology GmbH	Essen
Augur Capital AG	Frankfurt am Main
Augur Financial Holding Eins GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
Augusta Vermögensverwaltung GmbH	Mannheim
AVANA Invest GmbH	München
Baden-Württembergische Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte	Tübingen
Bank of Communications Frankfurt Branch	Frankfurt am Main
BANKHAUS AUGUST LENZ & Co. AG	München
Bankhaus Herzogpark AG	München
Bankhaus von der Heydt GmbH & Co. KG	München
Bantleon AG	Hannover
Barclaycard – Barclays Bank PLC	Hamburg
baufi.net GmbH	Rendsburg
Bavaria Industriebeteiligungen + Finanzanlagen GmbH	Grünwald
Bayerische Börse AG	München
Bayerische Vermögen AG, Vermögensbetreuung für private Kunden Aktiengesellschaft	Traunstein
Bayern-Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH	München
BearingPoint Germany GmbH	Frankfurt am Main
BearingPoint Global Solutions Delivery GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

BearingPoint GmbH	Frankfurt am Main
BearingPoint Holdings GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
BearingPoint Service GmbH	Frankfurt am Main
BearingPoint Software Solutions GmbH	Berlin
BEITEN BURKHARDT Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	München
Berliner Effektengesellschaft AG	Berlin
Bilfinger Real Estate GmbH	Frankfurt am Main
biw Bank für Investment und Wertpapiere AG	Willich
BM Wirtschafts- und Finanzkontor Gesellschaft für Vermögensberatung mbH	Königstein im Taunus
Böhm Kurze Zumbrink Capital Management GmbH	Berlin
Bremer Aufbau-Bank GmbH	Bremen
Bund-Verlag GmbH	Frankfurt am Main
Capital Dynamics GmbH	München
CARAT Fonds Service AG	München
cash.life AG	Pullach
Caveras Treuhand GmbH	Hamburg
CFS Salecker & Wieser Consulting GmbH	Grafing
cfs. ORG GmbH	Langenfeld
Chris Andrews Financial Partners GmbH	Straßlach
ClaStep GmbH	Nieder-Olm
Close Brothers Factoring GmbH	Mainz
Cofinpro AG	Karlsruhe
Collineo Corporate Finance GmbH	Dortmund
comdirect bank AG	Quickborn
Commerz TransactionServices Mitte GmbH	Erfurt
Commerz TransactionServices Nord GmbH	Magdeburg
Commerz TransactionServices West GmbH	Hamm
compartner Unternehmensberatung GmbH	Düsseldorf
Constructive Consulting Regulatory & Risk GmbH	Bergisch Gladbach
Cortent Kommunikation AG	Frankfurt am Main
CPB Software (Germany) GmbH	Miltenberg
CR Capital Real Estate AG	Berlin
Creditweb Deutschland GmbH	Wiesbaden
CSI LifeCycle Leasing GmbH	Neu-Isenburg
Daiwa Securities SMBC Europe Ltd., Niederlassung Frankfurt	Frankfurt am Main
DB HR Solutions GmbH	Frankfurt am Main
DB Immobilien GmbH	Heidelberg
dbs Delta Business Service GmbH	Warstein
De Lage Landen Leasing GmbH	Düsseldorf
Delta Lloyd Lebensversicherung AG	Wiesbaden
Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG	Düsseldorf
Deutsche Auskunftei Service GmbH	Hamburg
Deutsche Bundesbank, Zentrale	Frankfurt am Main
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG	Hamburg
Deutsche Kontor Privatbank AG	Grünwald
Deutscher Derivate Verband e.V.	Frankfurt am Main
Die FirmenRente – Betriebliche Versorgungswerke-Einrichtung	Berlin
DKB Grundbesitzvermittlung GmbH	Berlin
Doric Asset Finance GmbH & Co. KG	Offenbach
Doric Asset Value GmbH	Offenbach
Doric GmbH	Offenbach
Doric Management 1 GmbH	Offenbach
Doric Select GmbH & Co. KG	Offenbach
DPE Deutsche Private Equity GmbH	München

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

Dr. Eckhardt + Partner GmbH	Bad Soden
Dr. Lauer, Dr. Rödl & Partner GbR	Fürth
Dr. Nausch Unternehmensberatung GmbH	Düsseldorf
Dr. Rödl & Partner GdbR Wirtschaftsprüfer Steuerberater	Ansbach
Dr. Rödl & Partner Steuerberatungsgesellschaft	Eschborn
Duff & Phelps GmbH	München
E&P Holding GmbH & Co. KG	Köln
E&P Real Estate GmbH & Co. KG	Köln
Ecolutions GmbH & Co. KGaA	Frankfurt am Main
Ehninger Bank eG	Ehningen
Eiffe Moos GmbH Co. KG	Hamburg
Eisenlohr GmbH	München
e-millenium 1 Verwaltung GmbH	Stuttgart
Equens SE	Frankfurt am Main
equinet Bank AG	Frankfurt am Main
Eurevisio GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Bad Homburg
Europäisch-Iranische Handelsbank AG	Hamburg
European Commodity Clearing AG	Leipzig
European Energy Exchange AG	Leipzig
Evenord eG	Nürnberg
Evenord-Bank eG-KG	Nürnberg
EVO Payments International GmbH	Köln
EVP Capital Management AG	Frankfurt am Main
Feldberg Capital GmbH	Frankfurt am Main
FEREAL AG	Bad Homburg
Feri AG	Bad Homburg
Feri EuroRating Services AG	Bad Homburg
Feri Institutional & Family Office GmbH	Bad Homburg
Feri Investment Services GmbH	Bad Homburg
Feri Trust GmbH	Bad Homburg
Fermat GmbH	Frankfurt am Main
Fidecum AG	Bad Homburg
FIL Investment Management GmbH	Kronberg im Taunus
FIL Investment Services GmbH	Kronberg im Taunus
FIL Investments International, Niederlassung Frankfurt	Kronberg im Taunus
FIRST INTERNATIONAL BANK AG	Frankfurt am Main
First Private Investment Management KAG mbH	Frankfurt am Main
FMS Aktiengesellschaft	München
FMSA Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	Frankfurt am Main
FOCAM AG	Frankfurt am Main
FondsConsult Research AG	München
FR Consulting AG	Mömbris
Freiburger Vermögensmanagement GmbH	Freiburg
Fundtech GmbH	Frankfurt am Main
Gallinat-Bank AG	Essen
Gallinat-Leasing GmbH	Essen
GAR Gesellschaft für Aufsichtsrecht und Revision mbH WPG	Niddatal
Gass Capital Markets GmbH	Frankfurt am Main
GE Capital Services GmbH	Neu-Isenburg
GE Corporate Finance Bank SAS, Zweigniederlassung Frankfurt am Main	Frankfurt am Main
Gebser & Partner AG	Frankfurt am Main
GEFA-Leasing GmbH	Wuppertal
GENOST Asset Management GmbH	Leipzig

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

Gesban Servicios Administrativos Globales, S.L. Niederlassung in Deutschland	Mönchengladbach
GET Capital AG	Mönchengladbach
GFG Finanz GmbH	Mainz
GFKL Financial Services AG	Essen
Global Format GmbH & Co. KG	München
Global Format Verwaltungsgesellschaft mbH	München
Goldman Sachs Wertpapier GmbH	Frankfurt am Main
GPSM GmbH	München
Grohmann & Weinrauter VermögensManagement GmbH	Königstein im Taunus
GSA Finanzplanung GmbH	Bremen
Hamburg Trust Asset Management HTAM GmbH	Hamburg
Hamburg Trust Beteiligungsmanagement HTB GmbH	Hamburg
Hamburg Trust Consulting HTC GmbH	Hamburg
Hamburg Trust Grundvermögen und Anlage GmbH	Hamburg
Hamburger Lebensversicherung AG	Wiesbaden
Hansen & Heinrich AG	Berlin
Hansen & Heinrich Vorsorgeberatung GmbH	Berlin
Hartmann und Partner Finanzmanagement GmbH	Rendsburg
HCI Capital AG	Hamburg
HCI Concept GmbH & Co. KG	Hamburg
HCI Hanseatische Capitalberatungsgesellschaft mbH	Hamburg
HCI Immobilien Consult GmbH	Hamburg
HCI Real Estate Asset Management GmbH	Bremen
HCI Treuhand GmbH & Co. KG	Bremen
HCI Treuhand SERVICE GmbH & Co. KG	Hamburg
HCI Vermögensanlage GmbH & Co. KG	Hamburg
Heinz Langer Versicherungsdienst GmbH	Wuppertal
Herter & Co. GmbH	Frankfurt am Main
HEUBECK-FERI Pension Asset Consulting GmbH	Bad Homburg
Hill, Heit & Partner GmbH	Gießen
HKB Bank GmbH	Frankfurt am Main
HKB Finanz GmbH	Frankfurt am Main
HM Trust AG	Hamburg
HOIST Immobilien GmbH	Eschborn
HPI Hanseatic Properties International GmbH	Bremen
HSB Systemhaus GmbH Hardware Software Beratung	Selb
HSBC Transaction Services GmbH	Düsseldorf
HSC Hanseatische Sachwert Concept GmbH	Hamburg
HSH Financial Markets Advisory S.A.	Kiel
HSH Investment Management S.A.	Kiel
HWB Unternehmerberatung GmbH	Kiel
Hypoport AG	Berlin
I.C.M. InvestmentBank AG	Berlin
ICAP Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
ifb AG	Köln
IKB Data GmbH	Düsseldorf
IKB Deutsche Industriebank AG	Düsseldorf
IKB Leasing GmbH	Hamburg
IMBW Capital & Consulting GmbH	Stuttgart
immofori Aktiengesellschaft	Hamburg
IMPAQ GmbH	Frankfurt am Main
IMPAQ GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main
IMPAQ Preferred Solutions GmbH	Frankfurt am Main

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

INFINIGON GmbH	Düsseldorf
IPG Investment Partners AG	München
ITCM Immobilien Consulting und Management GmbH & Co.	Hamburg
Job Transfer GmbH	Berlin
Johannes Führ Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
JRS Finanzmandate AG	Stadtbergen
KE Associates GmbH & Co. KG	Eschborn
Kohlberg & Associates GmbH	Frankfurt am Main
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt	Erfurt
Konsul Inkasso GmbH	Essen
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Berlin
KPMG Bayerische Treuhandgesellschaft	München
KPMG Dr. Schmitt & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	München
KPMG IT-Service GmbH	Berlin
KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	Berlin
KSW Vermögensverwaltung AG	Nürnberg
Kühn Finanz GmbH	Hamburg
Landwirtschaftliche Rentenbank	Frankfurt am Main
LAZARD & CO. GMBH	Frankfurt am Main
L-EA Private Equity GmbH	Karlsruhe
Lohnbach Investment Partners GmbH	Frankfurt am Main
LRI Invest S.A., Niederlassung Deutschland	Frankfurt am Main
LRP Capital GmbH	Mainz
Mackewicz & Partner Investment Advisers	München
Maple Bank GmbH	Frankfurt am Main
Mercer Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
METARISK Weick & Paessens Partnerschaft	Brühl
Milbank, Tweed, Hadley & McCloy LLP	München
moneydoo GmbH	Heide
Movesta Lease and Finance GmbH	Düsseldorf
MULTI-INV€ST Gesellschaft für Vermögensbildung mbH	Frankfurt am Main
Nau Steuerberatungssozietät	Frankfurt am Main
Nord Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH	Hannover
NordFinanz Bank Aktiengesellschaft	Bremen
norisbank GmbH	Berlin
North Channel Bank GmbH & Co. KG	Berlin
NYCON ENERGY AG	Frankfurt am Main
Orangefield Trust (Germany) GmbH	Frankfurt am Main
Packenius, Mademann & Partner GmbH	Erkelenz
PalaisQuartier Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
partake AG	Berlin
PASS Banking Solutions GmbH	Bad Mergentheim
Pass IT-Consulting Dipl. Inf. G. Rienecker GmbH & Co. KG	Aschaffenburg
Patriarch Multi-Manager GmbH	Frankfurt am Main
PEMA GmbH	Herzberg am Harz
Philips Medical Capital GmbH	Wuppertal
Phynance GmbH	Köln
PontosConsult GmbH	Düsseldorf

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

PreSelect GmbH	Berlin
PricewaterhouseCoopers AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Frankfurt am Main
Pricoa Capital Group	Frankfurt am Main
Privates Anlagemanagement GmbH & Co.	Hamburg
Proceed Asset Trading GmbH	Essen
Proceed Collection Services GmbH	Essen
Proceed Portfolio Services GmbH	Essen
Proceed Securitization Services GmbH	Essen
prompter AG	Mainz
Raiffeisenbank Ehingen-Hochsträß eG	Ehingen
Raum Für Führung GmbH	Frankfurt am Main
RBV GmbH	Gronau
Real-Treuhand Immobilien Bayern GmbH, Zweigniederlassung München	München
REVISA Berroth + Partner Steuerberatungsgesellschaft	Neckarsulm
Rödl & Partner Anwaltskanzlei München GbR	München
Rödl & Partner GbR	München
Rödl & Partner GbR	Nürnberg
Rödl & Partner GbR PMC	Nürnberg
Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Nürnberg
Rödl & Partner ImmoWert GmbH Immobilienbewertungsgesellschaft	Nürnberg
Rödl & Richter GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft	Berlin
Rödl Consulting AG	Nürnberg
Rödl Dynamics AG	Nürnberg
Rödl Equity Partner Beteiligung GmbH & Co. KG	Nürnberg
Rödl IT Operation GmbH	Nürnberg
Rödl Rechtsanwaltsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mbH	Eschborn
Rödl Treuhand Hamburg GmbH Steuerberatungsgesellschaft	Hamburg
Rolf Guerdan, Wirtschaftsprüfer · Steuerberater GbR	Darmstadt
Roux Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
RP Rheinische Portfolio Management GmbH	Köln
RWE Supply & Trading GmbH	Essen
S Broker AG & Co. KG	Wiesbaden
SachsenFonds Asset Management GmbH	Aschheim
SachsenFonds GmbH	Aschheim
SachsenFonds Holding GmbH	Aschheim
SachsenFonds Treuhand GmbH	Aschheim
Santander Consumer Bank AG	Mönchengladbach
Santander Consumer Debit GmbH	Mönchengladbach
Santander Consumer Holding GmbH	Mönchengladbach
Santander Service GmbH	Mönchengladbach
Schallehn Family Office GmbH	Wiesbaden
Schleswiger Volksbank eG	Schleswig
SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG	Düsseldorf
SdK Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger e.V.	München
Selinus Capital GmbH	Frankfurt am Main
Service-Center Inkasso GmbH Düsseldorf	Düsseldorf
Servicing Advisors Deutschland GmbH	Frankfurt am Main
SG Equipment Finance SA & Co. KG	Wuppertal
Silvia Quandt Research GmbH	Frankfurt am Main
SKS Schweers, Kemps & Schuhmann Unternehmensberatung GmbH & Co. KG	Hochheim am Main
Soltrx Transaction Services GmbH	Düsseldorf
SOLVIA Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Wolfenbüttel
Sparda-Bank Berlin eG	Berlin
Spudy & Co. Family Office GmbH	Hamburg

Verzeichnis der außerordentlichen Mitgliedsunternehmen

Stand 31.12.2013

Standard Chartered Bank Germany Branch	Frankfurt am Main
Standard Life Investments	Frankfurt am Main
Starpool Finanz GmbH	Lübeck
State Bank of India	Frankfurt am Main
Strategic Management GmbH	Frankfurt am Main
Strategic Value Partners (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main
STS Informationstechnologie GmbH	Frankfurt am Main
STS Solution GmbH	Frankfurt am Main
SÜBERA GmbH	Au bei Freiberg
SÜDVERS GmbH Assekuranzmakler	Au bei Freiberg
SÜDVERS Kreditversicherungsmakler GmbH	Au bei Freiburg
SÜDVERS Service- und Management GmbH	Au bei Freiburg
SÜDWESTBANK AG	Stuttgart
Süd-West-Kreditbank Finanzierung GmbH	Bingen
Superfund Asset Management GmbH	Frankfurt am Main
SVA Vermögensverwaltung Stuttgart GmbH	Stuttgart
swb Gesellschaft für M&A-Beratung mbH	Kiel
SWB Treuhand GmbH	Stuttgart
Swift Capital Partners GmbH	Hamburg
Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Duisburg
Tiberius Services AG	Stuttgart
TK Finanzconsulting GmbH & Co. KG	Beckum
TK Finanzen & Service GmbH & Co. KG	Beckum
TRADEGATE AG, Wertpapierhandelsbank	Berlin
TRADEGATE Exchange GmbH	Berlin
Trigonum GmbH	Hamburg
TriSolutions GmbH	Hamburg
Universal Factoring GmbH	Ratingen
Universal Leasing GmbH	Essen
Universal Leasing Verwaltungsgesellschaft mbH	Essen
ValEx Deutschland GmbH	Stockheim
Value-Trust Financial Advisors GmbH	München
V-Bank AG	München
VCM Capital Management GmbH	München
VESTA GmbH	Idar-Oberstein
VÖB-Service GmbH	Bonn
Volksbank Rhein-Ruhr eG	Duisburg
von der Heydt Capital Finance GmbH & Co. KG	München
vPE WertpapierhandelsBank AG	München
VR Bank Leipziger Land eG	Borna
Wagner und Brettmann Vermögensmanagement GmbH	Hannover
WERTE Invest Family Office GmbH	Köln
Werte Invest Vermögensverwaltung GmbH	Köln
Westdeutsche ImmobilienBank AG	Mainz
Westdeutsche ImmobilienHolding GmbH	Düsseldorf
Westend Brokers AG	Frankfurt am Main
WestFonds Immobilien-Anlagegesellschaft mbH	Düsseldorf
WestGKA Management Gesellschaft für kommunale Anlagen mbH	Düsseldorf
XCOM AG	Willich
X-WERT BankTechnology AG	Rheinbach

BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.
BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.
BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Kurfürstendamm 111 – 113
10711 Berlin

Telefon: 030 / 896 01-0
Telefax: 030 / 896 01-791